

10. VERTREIBUNG,
ZWANGSAUSSIEDLUNG,
„ETHNISCHE SÄUBERUNG“

„Ethnische Säuberung? Allein schon das Wort ist abscheulich. Schmutz wäre, wer vertrieben, wer verschleppt wird? [...] Warum nicht Deportation? Oder sollte etwa der Abtransport meiner Verwandten und Schulkameraden in die Gaskammer gleichfalls eine ethnische Säuberung gewesen sein? Weil die ethnische ‚Sauberkeit‘ ein Wert wäre? Sollte die andere, vielleicht in der Nachbarschaft lebende, Ethnie gar der Schmutz selbst sein?“²⁸³⁵

Der ungarische Schriftsteller György Konrád setzte sich am 10. August 2006 im Berliner Kronprinzenpalais in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ kritisch mit den politischen, ideologischen und psychologischen Hintergründen von „ethnischer Säuberung“ und „Deportation“ auseinander und traf einige bedenkenswerte Feststellungen:

- „Das Recht des Menschen auf jenes Territorium, jene Gegend, jene Siedlung, wo er lebt, wo er gelebt hat, wo seine Vorfahren gelebt haben, ist ein elementares und grundlegendes Menschenrecht. [...] Die Erinnerung ist an den Raum gebunden, unsere Vergangenheit und deren Schauplatz hängen zusammen. Die Wegnahme des Schauplatzes ist der Raub meiner Vergangenheit.“
- „Die Deportation von Menschen oder die mit Drohungen einhergehende Vertreibung von ihrem Wohnort ist ein international zu verfolgendes Verbrechen. Die Zwangsumsiedlung eines Menschen ist nichts anderes, als einem Körper Wunden beizubringen, Qualen zuzufügen.“
- „Wenn die Idee eines homogenen Nationalstaats als Norm Verbreitung findet, wenn die Gleichsetzung von Staat und Nation geschieht, von Staat und Religion, von Staat und Ethnie, dann kann irgendeine Abstraktion (Nation, Staat, Religion, Klasse, Ideologie) Verursacher von Deportationen sein. [...] Dass der Mensch mit Gewalt vertrieben, von dort weggebracht werden kann, wo er lebt, dieser Brauch entspringt jener politischen Paranoia, die mit den Etatismen des zwanzigsten Jahrhunderts einhergegangen ist, namentlich jene Vorstellung, dass der Staat über den einzelnen, über ein Volk verfügen, dass er Menschen umsetzen, zum Militärdienst, Mord und Ermordetwerden verpflichtet darf. Die radikale Ausübung nationalen Selbstbestimmungsrechts erfolgt zum Nachteil des Selbstbestimmungsrechts des einzelnen. Der Wert welchen Subjekts ist höher anzusetzen: die Souveränität der Staaten oder die des einzelnen?“
- „Ein höheres Interesse, durch das Deportationen zu rechtfertigen wären, gibt es nicht. Kollektive Bestrafung und Verfolgung von Gemeinschaften können weder politisch noch religiös legitimiert werden. Die Bestrafung von Kindern für die Vergehen der Eltern darf nicht zugelassen werden. Die Bestrafung darf nicht auf die Familie übertragen werden. [...] Keinerlei gewaltsame Deportation ist als endgültig abgeschlossen zu betrachten. Jeder Deportierte, unabhängig von seiner nationalen, ethnischen, religiösen Zugehörigkeit, hat ein Recht auf – zumindest moralische – Wiedergutmachung.“
- „Ethnische Säuberung ist eine ‚Deportation gepaart mit dem Genuss patriotischer Plünderung‘. Solche Maßnahmen sind nicht nur für die unmittelbar Betroffenen schlecht, sondern auch für die Zurückgebliebenen, wissen sie doch nicht, durch wen die Deportierten ersetzt

²⁸³⁵ György KONRÁD, Gibt es eine gute Deportation? Eröffnungsrede zur Ausstellung „Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“ am 10. August 2006 im Kronprinzenpalais in Berlin, Zentrum gegen Vertreibungen (Hg.), (Berlin 2006) 14-17.

werden: „Neulinge, Wütende, Barbaren“. Meist gelingt die Ansiedlung schlecht, der Angesiedelte empfindet das neue Haus nicht als seines, befürchtet, der alte Besitzer könnte zurückkommen, und statt das Haus instandzuhalten, hegt er lieber Groll gegen die vorhergehenden Bewohner.²⁸³⁶

Bereits nach dem Münchener Abkommen Ende September 1938, vor allem aber nach Beginn des deutschen Angriffs auf Polen Anfang September 1939, hatte im östlichen und südöstlichen Europa eine der größten Umsiedlungs-, Flucht-, Vertreibungs- und Aussiedlungsaktionen in der Geschichte Europas begonnen, die bis 1950 insgesamt mehr als 35 Millionen Menschen erfasste. Betroffen waren etwa 14 Millionen Deutsche, 7 Millionen Juden (ohne westeuropäische Juden), 5 Millionen Polen, 2,5 Millionen Russen und Weißrussen, 2 Millionen Ukrainer, 1,9 Millionen Tschechen und Slowaken, 700.000 Südslawen, 500.000 Griechen, 400.000 Finnen und Karelrier, 300.000 Magyaren, 250.000-300.000 Italiener, 250.000 Letten, 190.000 Krimtataren, 190.000 Litauer, 180.000 Bulgaren, 160.000 Esten, 100.000 Rumänen sowie Zehntausende Roma und Sinti, Albaner, Türken und andere.²⁸³⁷ In diesen Zahlen sind die über 10 Millionen „Fremdarbeiter“ im Deutschen Reich sowie die temporär aus den verschiedenen Frontgebieten Geflüchteten noch nicht mitgezählt. Nicht mitgezählt sind auch die über 20 Millionen gewaltsam ums Leben gekommenen Zivilisten – die Mehrheit Juden, Weißrussen, Ukrainer, Russen, Polen, Jugoslawen, Griechen, Balten und Deutsche. Die ethnische Karte, wie sie noch für Ostmitteleuropa 1914 zwischen Oder und Dnipro, zwischen Böhmerwald und Dnister sowie zwischen Istrien und Südkarpaten gegolten hatte, existierte nicht mehr; auch die alten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ordnungen waren zerstört.²⁸³⁸

Karl Schlögel fragt zu Recht: „War es nicht ein grandioses, aus purer Ignoranz gespeistes Missverständnis zu glauben, man könne europäische Geschichte im 20. Jahrhundert überhaupt unterrichten, ohne Umsiedlung und Vertreibung zur Sprache zu bringen?“ Trotz der europäischen Dimension von gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen, trotz der Europäizität von Umsiedlung und Vertreibung habe es keine europäische Öffentlichkeit und keinen europäischen Diskurs zum Vertreibungs- und Umsiedlungskomplex gegeben. Die wissenschaftliche Reflexion blieb weit hinter der millionenfach gemachten kollektiven Erfahrung zurück.

²⁸³⁶ KONRÁD, *Deportation*, 14-17.

²⁸³⁷ Paul Robert MAGOCSI, *Historical Atlas of Central Europe. From the Early Fifth Century to the Present* (Seattle & Toronto 2002) 164-168; *The Oxford Companion to the Second World War*, 295f., 934-936; *Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948*, hg. von der Redaktion GEO (Hamburg 2004); *Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem*, hg. vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Stuttgart 2005); *Flucht, Vertreibung, Integration. Begleitbuch zur Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Bielefeld 2006); *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts. Katalog zur Ausstellung im Kronprinzenpalais*, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen (Berlin 2006); Grzegorz HRYCIUK [et alii] (Hgg.), *Wysiedlenia, wypędzenia i uciezki 1939-1959. Polacy, Żydzi, Niemcy, Ukraińcy. Atlas ziem Polski* (Warszawa 2008).

²⁸³⁸ MAGOCSI, *Historical Atlas*, 189-193.

Trotz des in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten Großforschungsprojektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ benötigten deutsche „Großhistoriker“ und Nobelpreisträger bis in die 1990er Jahre, um die Zusammenhänge zwischen Hitlers „ethnischer Flurbereinigung“, Hitlers „Endlösung“, der Eroberung Ostmitteleuropas durch die Rote Armee, der Flucht und Vertreibung von 13 bis 14 Millionen Deutschen und dem Zusammenbruch des deutschen Ostens zu thematisieren. Nach 1989 konnte endlich die säkulare Tendenz, die offensichtlich den Umsiedlungs- und Vertreibungsabsichten innewohnt, deutlich aufgezeigt werden: die ethnische Homogenisierung als Programm des modernen Nationalstaates und die ethnische Säuberung als Methode von *ethnic and social engineering*. Flucht und Vertreibung sind nun im gesamteuropäischen Bildervorrat deutlich verortet: Flüchtlingstrecks mit Pferdegespannen, Marschkolonnen, Orte der Gräueltaten, Beschlagnahme-, Selektions- und Ausweisungskommanden, Kennzeichnung durch Armbinden, Viehwaggons für die Deportation, Evakuierungsschiffe, Barackenlager. Andererseits, so Schlögel: „Mit den Menschen ist die lebendige Erinnerung verloren gegangen.“ Die Vertriebenen haben den Kontakt zu ihrer alten Heimat vielfach verloren, die Neueingesiedelten haben andere Kulturen mitgebracht und geschaffen. Michael Schwartz hebt in seinem fundierten Beitrag im letzten Band der Reihe „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ den „Prozesscharakter“ dieser „ethnischen Säuberungen“ zwischen 1941 und 1950 [besser: zwischen 1938 und 1950] hervor, erwähnt die „Vorerfahrungen“ seit den Balkankriegen und dem griechisch-türkischen Krieg 1922, macht aber die historischen Wirkungszusammenhänge und politischen Verantwortlichkeiten doch zu einseitig an der NS-Gewaltherrschaft fest, obwohl er andererseits auf die Vertreibungsplanungen der alliierten Kriegsgegner seit 1939 und die Verschleppungen und Zwangsumsiedlungen in der Sowjetunion seit September 1939 verweist.²⁸³⁹

Die Aufteilungs- und Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien seit 1991 mit offensichtlich geplanten Vertreibungen von Millionen Menschen aus ihren Wohnungen, Häusern, Dörfern und Städten ließen in der öffentlichen Meinungsbildung den Terminus „ethnische Säuberung“ (*etničko čišćenje*) entstehen, der erstaunlich rasch Eingang in die internationalen Medien fand. Historikern war freilich bewusst, dass dieses Prinzip der „ethnischen Säuberung“ wie ein roter Faden die Geschichte des mittleren, östlichen und südöstlichen Europa im 20. Jahrhundert durchzog.²⁸⁴⁰ Zwar sind die Behauptungen der tschechischen Historiker Zdeněk

²⁸³⁹ Karl SCHLÖGEL, Europa ist nicht nur ein Wort. Zur Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: Jürgen Danyel – Philipp Ther (Hgg.), Flucht und Vertreibung in europäischer Perspektive, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (2003) 5-12; Michael SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“ als Kriegsfolge: Ursachen und Verlauf der Vertreibung der deutschen Zivilbevölkerung aus Ostdeutschland und Osteuropa 1941-1950, in: DRZW 10/2, 509-656, hier 509-511.

²⁸⁴⁰ Vgl. den neuesten Überblick von Philipp THER, Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa (Göttingen 2011) 7. Ther charakterisiert – angelehnt an die Definitionen der UNO und des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag – „ethnische Säube-

Beneš, Václav Kural und Jiří Pešek nicht zutreffend, in Österreich-Ungarn habe es – der alldeutschen nationalen Gesinnung entsprechend – eine „Vertreibung“ der Serben aus Syrmien im Jahre 1914 und der Italiener aus dem Trentino im Jahre 1915/16 gegeben; noch abstruser erscheinen Andeutungen von Absichten, „die Tschechen nach Bosnien auszusiedeln“.²⁸⁴¹ Andererseits wies der britische Geschäftsträger in Prag bereits im November 1919 seinen Außenminister George Nathaniel Marquess Curzon auf Überlegungen von Außenminister Beneš hin, zwischen den Magyaren in der Slowakei und den Slowaken in Ungarn einen Bevölkerungsaustausch durchzuführen:

„[...] There were, he stated, about half a million Magyars in Slovakia, and an approximately equal number of Slovaks in Hungary. He did not think that the exchange of the two minorities and their return to the country of their origin would be wholly unpracticable. It might at any rate be attempted if the Allied Powers would agree to this solution of the question.“²⁸⁴²

In den 1920er Jahren versuchten die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie die Anzahl der Minderheitenangehörigen durch neue Fragestellungen bei den Volkszählungen statistisch zu reduzieren. So sollte die Frage nach der „Nationalität“ bei zwei- und mehrsprachigen Personen die Entscheidung zugunsten der Staatsnation erleichtern. Auch den staatlichen Zählorganen selbst wurde damit ein Interpretationsspielraum in die Hand gegeben. Aber in Summe zeigten die Volkszählungsergebnisse von 1930 in der Tschechoslowakei und 1931 in Jugoslawien, dass diese und andere Assimilationsstrategien höchstens in gemischtsprachigen größeren Städten wirksam wurden. Leider liegen noch keine Forschungen darüber vor, ob diese Erfahrungen – in Verbindung mit der Weltwirtschaftskrise und ihren negativen sozialen Konsequenzen – innerhalb der nationalstaatlichen Eliten zu Haltungsänderungen weg von Assimilations-, hin zu Aussiedlungsstrategien führten.²⁸⁴³

Der britische Historiker Carlile A. Macartney, ein hervorragender Kenner der Nationalitätenprobleme im Donauraum und seit 1928 Schriftführer des Minderheitenkomitees des Völkerbundes, kam bereits 1934 zum Schluss, dass ein Natio-

nung“ als „eine systematisch organisierte, mit Gewalt verbundene und in der Regel dauerhafte Zwangsaussiedlung einer durch ihre Ethnizität oder Nationalität definierten Gruppe“.

²⁸⁴¹ Zdeněk BENEŠ und Václav KURAL, *Der Weltkrieg und die Stellung der Tschechen*, in: *Geschichte verstehen*, 36-38; Jiří PEŠEK, *Der internationale Rahmen der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen*, in: *Geschichte verstehen*, 196f. Die drei Historiker verwechseln offensichtlich temporäre Evakuierungen aus Frontgebieten, die noch während oder unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg wieder rückgängig gemacht wurden, mit auf Dauer angelegten Vertreibungen.

²⁸⁴² Chargé d'affaires Cecil Gosling to Earl Curzon, Prague, November 6, 1919, in: *Documents on British Foreign Policy 1919-1939*, ed. by E. L. WOODWARD and Rohan BUTLER, First Series, vol. VI: 1919 (London 1956) 335-337. Tatsächlich lebten 1920 noch etwa 750.000 Magyaren in der südlichen Slowakei und in der südlichen Karpato-Ukraine und nur gut 100.000 Slowaken in Ungarn. – Károly KOCSIS and Eszter KOCSIS-HODOSI, *Ethnic Geography of the Hungarian Minorities in the Carpathian Basin* (Budapest 1998) 41.

²⁸⁴³ *Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei* 1, 9.

nalstaat und eine selbstbewusste nationale Minderheit einfach inkompatibel seien. Daher sah er nur drei gangbare Lösungen:

- eine Verschiebung der Grenzen;
- eine Aussiedlung der Minderheit in ihr „Mutterland“;
- eine Veränderung der Legitimationsgrundlage des Nationalstaates.

Die vierte Lösung, den Massenmord bzw. Genozid, wollte er nicht in Betracht ziehen: „Perhaps a fourth [solution, Erg. Cattaruzza] should be counted – physical slaughter; but although this most effective of all remedies is still in vogue in certain countries it shall not be discussed in this humane essay.“²⁸⁴⁴

Es muss klar gesagt werden, dass Großbritannien und Frankreich im Jahre 1938 bereit waren, sich mit der Dominanz der NS-Großraumwirtschaft im Donauraum und in Südosteuropa und einer tiefgreifenden Revision der Versailler Friedensordnung abzufinden. Während die Westmächte im Frühjahr 1919 der „Weimarer Koalition“ – dem Bündnis von Sozialdemokratie, Zentrum und linksliberaler Deutscher Demokratischer Partei – und der „Großen Koalition“ in Wien – bestehend aus den Sozialdemokraten und Christlichsozialen – den „Anschluss“ Deutsch-Österreichs untersagt hatten, akzeptierten sie dies im März 1938 unter der Gewaltandrohung Hitlers. Und während sie in Saint-Germain 1919 die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen zurückgewiesen hatten, setzten sie im September 1938 die tschechoslowakische Führung unter Druck, einer Abtretung der sudetendeutschen Gebiete zuzustimmen – nun unter Kriegsandrohung Hitlers. „It was not wrong to seek a peaceful solution to the Czech crisis, but it was criminally irresponsible not to consider what to do if that didn't satisfy Hitler's appetite for conquest.“²⁸⁴⁵

Hans Lemberg verwies 1992 mit Recht auf die negativen Beispiele der Umsiedlungen nach den Balkankriegen 1912/13, auf den – militärisch freilich bereits vorher herbeigeführten – Zwangsaustausch zwischen Griechen und Türken im Vertrag von Lausanne 1923²⁸⁴⁶, auf die deutsch-italienischen Umsiedlungsverträge bezüglich der Südtiroler zwischen 1939 und 1942²⁸⁴⁷, auf 15 Umsiedlungsverträge zwischen dem Deutschen Reich und den osteuropäischen Nachbarstaaten 1939/40, auf den berüchtigten nationalsozialistischen „Generalplan Ost“ aus dem Jahre 1941/42, auf Umsiedlungspläne der westlichen Alliierten – vor allem im

²⁸⁴⁴ MACARTNEY, National States, 422f.; CATTARUZZA, Endstation Vertreibung, 15.

²⁸⁴⁵ SHEEHAN, Soldiers, 116.

²⁸⁴⁶ Vgl. Kalliopi K. KOUFA and Constantinos SVOLOPOULOS, The Compulsory Exchange of Populations between Greece and Turkey: The Settlement of Minority Questions at the Conference of Lausanne, 1923, and its Impact on Greek-Turkish Relations, in: Paul Smith, Kalliopi Koufa and Arnold Suppan (eds.), Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940, vol. V: Ethnic Groups in International Relations (Hants – New York 1991) 275-308.

²⁸⁴⁷ Karl STUHLPFARRER, Umsiedlung Südtirol. Zur Außenpolitik und Volkstumspolitik des deutschen Faschismus, 1939-1945. Erster Teil: Vereinbarung, Organisation und Anfänge der Umsiedlung, 1939-1940 (Wien 1983).

Foreign Office – und auf Umsiedlungspläne in der Stalin’schen Sowjetunion.²⁸⁴⁸ Abgesehen von den Deportationen der Juden aus den Niederlanden, Frankreich, Italien, Luxemburg, Belgien, Dänemark und Norwegen nach Auschwitz, Theresienstadt und in andere NS-Vernichtungslager und abgesehen von der teilweisen Umsiedlung der deutschen Südtiroler ab 1939 gab es hingegen westlich der Linie Lübeck–Triest keine größeren Umsiedlungs- oder Aussiedlungsaktionen. Davon blieben nach 1945 auch die Deutschen im Elsaß, im belgischen Eupen-Malmedy und im dänischen Nordschleswig verschont. Die während des Krieges bereits ausgesiedelten deutschen Südtiroler – immerhin etwa 75.000 Personen, d. h. mehr als ein Drittel der über 200.000 „Optanten“ für Deutschland – konnten mit italienischer Zustimmung nach 1945 wieder zurückkehren, aber nur 20.000 ergriffen die Chance.²⁸⁴⁹

Norman Naimark verglich den Völkermord der osmanischen Führung an den Armeniern 1915, die Judenvernichtung der Nationalsozialisten, die Zwangsdeportationen der Inguschen, Tschetschenen und Krimtataren durch Stalin 1944, die Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei 1945/46 und schließlich die Gewalttaten im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Er lehnt Kontinuitätsthese zu den Übergriffen osmanischer Heere im Verlauf der Jahrhunderte, zu den Pogromen im Russischen Reich, zum deutschen und österreichischen Antijudaismus oder zum angeblichen Hass unter den Balkanvölkern ab und verweist auf die „modernen“ Voraussetzungen zu den Vertreibungen und zum Massenmord im 20. Jahrhundert: auf die Machtfülle des modernen Nationalstaates, die modernen Kommunikations- und Transportmittel (vor allem den Viehwaggon als menschenverachtendes Symbol für die Vertreibungen!), moderne Waffen und moderne „Experten“ (Ingenieure, Physiker, Chemiker, Biologen, Ärzte, Geo- und Bevölkerungswissenschaftler, Historiker etc.). Entscheidend sei schließlich eine neue Ideologie geworden: Die „ethnische Säuberung“ war „total“ gemeint, d. h. sie sollte alle Mitglieder einer anderen nationalen und/oder rassischen Gruppe betreffen, nicht zuletzt auch die Frauen und Kinder. Die „ethnischen Säuberungen“ wurden immer von politischen „Führern“ befohlen und besonders in Kriegs- und Nachkriegszeiten durchgeführt, wobei als Vorwand meist der Vorwurf der Kolla-

²⁸⁴⁸ Hans LEMBERG, „Ethnische Säuberung“: Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 6.11.1992, B 46, 27-38.

²⁸⁴⁹ Vgl. Antony E. ALCOCK, *The History of the South Tyrol Question* (London 1970); Felix ERMACORA (Hg.), *Geheimerbericht der Südtiroler Delegation zur Pariser Konferenz 1946. Mit einer historischen und aktuellen Standortbestimmung* (Wien – München 1987); Klaus EISTERER – Rolf STEININGER (Hgg.), *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5, Innsbruck 1989); Rolf STEININGER, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit* (Innsbruck – Wien 1997); Viktoria STADLMAYER, *Kein Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide De Gasperi* (Schlern-Schriften 320, Innsbruck 2002); Michael GEHLER, *Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918-1958. Streiter für die Freiheit und Einheit Tirols*, 2 Teile (Schlern-Schriften 333/1, 2, Innsbruck 2007).

boration, Staats- und Volksschädigung und Spionage erhoben wurde. Im Übrigen besteht kein Zweifel, dass Hitler und Stalin vom Genozid an den Armeniern gehört hatten, dass Stalin auch von Hitlers Bevölkerungsverschiebungen beeinflusst war, und dass Polen, Tschechen, Slowaken, Magyaren, Serben, Kroaten und Slowenen deutsche Diskriminierungsmaßnahmen übernahmen – bis hin zu den in der Öffentlichkeit weithin sichtbaren weißen Armbändern (meist mit einem „N“ = poln. *Niemiec*, tschech. *Němec*, slowak. *Nemec*, serb. *Njemac*, kroat. *Nijemac*, slowen. *Nemec*). Freilich spielten bei den West- und Südslawen auch Rache und Vergeltung ein entscheidendes Motiv, so dass in Schlesien, Mähren, Böhmen und der Vojvodina zeitweise sogar durch den Krieg verrohte sowjetische Panzerkommandanten schockiert gewesen sein sollen, mit welcher Brutalität Polen, Tschechen und Serben gegen deutsche Zivilisten vorgehen.²⁸⁵⁰

Götz Aly wies auf offenkundige Zusammenhänge zwischen „völkischer Flurbereinigung“, „Neuordnung Europas“ und „biologischer Vernichtung“ der Juden hin. So wollten Hitler, Himmler und Heydrich im Herbst 1939 ein „Judenreservat Lublin“ schaffen, während im Sommer 1940 der Plan, die Juden nach Madagaskar zu deportieren, in den Vordergrund rückte. Im Frühjahr 1941 – parallel zu den Planungen für das Unternehmen „Barbarossa“ – begannen im Reichssicherheitshauptamt die Planungen zur Vernichtung der Juden. Die „Heim-ins-Reich“-Umsiedlungsaktionen von über 500.000 „Volksdeutschen“, für deren zurückgelassene Besitztümer (Häuser, Wohnungen, Höfe, Betriebe, Geräte, Hausrat und Vieh) das Reichsfinanzministerium Italien, den baltischen Staaten, der Sowjetunion und Rumänien etwa 3 Milliarden Reichsmark verrechnete, zwangen die Umsiedlungsbehörden der SS immer wieder zu rascheren Deportationen von Polen und Juden ins Generalgouvernement. Daher war SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann nicht nur für die Deportationen von Juden zuständig, sondern auch für jene von Polen, Slowenen und Serben. Auch der einzelne „Volksdeutsche“ war nicht gefragt worden, sondern landete mit seiner „Option für Deutschland [...] auf demselben bevölkerungspolitischen Rangierbahnhof [...] wie die Juden“. Allerdings – und dies ist Aly entgegenzuhalten –, die Volksdeutschen landeten nicht auf der mörderischen Rampe von Auschwitz-Birkenau und entgingen auch sonst kollektiven Mordaktionen der SS.²⁸⁵¹

Adolf Hitler 1939: „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“

Noch in seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 argumentierte Hitler mit der Notwendigkeit einer Revision von Versailles, um eine „weitschauende Ord-

²⁸⁵⁰ NAIMARK, Fires (2001); vgl. Naimarks Interview mit Markus WEHNER, Wille zum Totalen. Ethnische Säuberungen im zwanzigsten Jahrhundert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Februar 1999; „Die Zukunft soll vernichtet werden“, in: Der Spiegel, 14/1999, 174-176.

²⁸⁵¹ ALY, „Endlösung“, 9-26.

nung des europäischen Lebens“ herbeizuführen; dazu formulierte er folgende Ziele:

- 1) die Herstellung einer Reichsgrenze, die den historischen, ethnographischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gerecht werde;
- 2) die „Befriedung des gesamten Gebietes im Sinne der Herstellung einer tragbaren Ruhe und Ordnung“;
- 3) „die absolute Gewährleistung der Sicherheit nicht nur des Reichsgebietes, sondern der gesamten Interessenzone“;
- 4) „die Neuordnung, der Neuaufbau des wirtschaftlichen Lebens, des Verkehrs und damit aber auch der kulturellen und zivilisatorischen Entwicklung“;
- 5) „als wichtigste Aufgabe aber: eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, das heißt, eine Umsiedlung der Nationalitäten, so dass sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist.“ Der ganze Osten und Südosten Europas sei zum Teil mit „Splintern des deutschen Volkstums“ gefüllt. Gerade in ihnen liege ein Grund und eine Ursache fortgesetzter staatlicher Störungen. Im Zeitalter des Nationalitätenprinzips und des Rassegedankens sei es utopisch zu glauben, dass man diese „Angehörigen eines hochwertigen Volkes“ ohne weiteres assimilieren könne. Daher seine Schlussfolgerung: „Es gehört daher zu den Aufgaben einer weitschauenden Ordnung des europäischen Lebens, hier Umsiedlungen vorzunehmen, um auf diese Weise wenigstens einen Teil der europäischen Konfliktstoffe zu beseitigen. Deutschland und die Union der Sowjetrepubliken sind übereingekommen, sich hierbei gegenseitig zu unterstützen.“²⁸⁵²

Keine Frage, auch Hitler hatte von den gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen nach den Balkankriegen und dem griechisch-türkischen Krieg 1922 gehört. In seinen „Tischgesprächen“ 1941/42 berief er sich wiederholt auf die Kolonialkriege der Briten in Indien und Südafrika und das genozidale Vorgehen der USA gegen die nordamerikanischen Indianer. Schon im August 1939 hatte er das beabsichtigte unbarmherzige Vorgehen gegen die polnische Zivilbevölkerung mit der zynischen Frage argumentiert: „Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“²⁸⁵³

Tatsächlich hatte das „Großdeutsche Reich“ bereits im Herbst 1938 bevölkerungspolitische Maßnahmen im südlichen, östlichen und südöstlichen Europa eingeleitet, die bald Um- und Aussiedlungen von Juden, Tschechen, Polen, Slowenen und Serben, „Rücksiedlungen“ von „Volksdeutschen“ aus Südtirol, dem Baltikum, Wolhynien, Ostgalizien, der Bukowina, Bessarabien, der Dobrudscha, der Gottschee und Bosnien, Arbeitskräftebeschaffung in allen besetzten Gebieten und Germanisierungsmaßnahmen in ehemaligen Provinzen Polens (Posen, Westpreußen, Ost-Oberschlesien), der Tschechoslowakei („Reichsgau Sudetenland“, Südböhmen, Südmähren) und Jugoslawiens (Untersteiermark, Oberkrain und westliches Banat) umfassten. Stellten die Verträge über die Südtiroler, die Kanaltaler

²⁸⁵² Max DOMARUS (Hg.), Hitler. Reden und Proklamationen, Bd. 2: Untergang (1939-1945), 6. Oktober 1939, 1.378-1.393, hier 1.383; CATTARUZZA, Endstation Vertreibung, 22.

²⁸⁵³ SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 559.

und Gottscheer Entgegenkommen Hitlers gegenüber Mussolini dar, so galten die Umsiedlungsverträge in Ostmitteleuropa der Konfliktvermeidung mit dem damals unverzichtbaren Bündnispartner Sowjetunion.²⁸⁵⁴

Auf deutscher Seite wurden erste Aussiedlungspläne – abgesehen von der eindeutigen Bemerkung Hitlers im November 1937 – erst nach Errichtung des Protektorats erwogen. Sudetendeutsche Stellen bemühten sich um Zustimmung zur Ausweisung von rund der Hälfte der Tschechen, besonders der Optanten, aus dem Reichsgau Sudetenland ins Protektorat. Aber auch der Gauleiter von Niederdonau, Hugo Jury, ersuchte Staatssekretär Frank um das Recht, diejenigen Tschechen, die vor dem 15. März 1939 das südmährische Grenzgebiet verlassen hatten und inzwischen zurückgekehrt waren, abzuschieben. Frank sprach sich jedoch im September 1939 gegen das „Einströmen zahlreicher Tschechen aus dem Sudetengau“ aus, „da dies auf die Bevölkerung des Protektorates beunruhigend wirken könnte und die Tschechen der Grenzgebiete besonders radikal eingestellt sind“. Vielmehr regte er an, einen Teil der Tschechen ins Altreich umzusiedeln. Aber auch der NSDAP-Kreisleiter von Saaz (Žatec) bemühte sich im Winter 1939/40, „den Kreis möglichst bald von allen tschechischen Elementen frei zu machen“. Daher ermächtigte der Reichsinnenminister am 19. März 1940 die Landräte des Sudetengaus, allenfalls „die Protektoratsangehörigen aus diesen Gebieten wieder zu entfernen, die aus Anlass der Eingliederung des Sudetenlandes geflohen waren und seitdem unerlaubt wieder zurückgekehrt sind.“ Aber Minister Frick dekretierte auch: „Massenausweisungen [...] haben auf alle Fälle zu unterbleiben.“²⁸⁵⁵

Zwischen Herbst 1939 und Ende 1940 wurden insgesamt etwa eine halbe Million Volksdeutsche aus Nordost-, Ostmittel- und Südosteuropa in die von Deutschland annektierten neuen Ostgebiete umgesiedelt, zwischen 1941 und 1944 kamen nochmals 500.000 Menschen hinzu. Nach den Berichten des Sicherheitsdienstes der SS war die Umsiedlung der Volksdeutschen aus Estland, Lettland, dem Narewgebiet, Wolhynien und Ostgalizien bis September 1941 weitgehend abgeschlossen, während die Umsiedlung der Volksdeutschen aus dem Südosten (der nördlichen und südlichen Bukowina, Bessarabien und Dobrudscha) und auch aus Litauen noch im Gange war. So wurden die Dobrudschadeutschen zum Teil in Lagern in Österreich, zum Teil im Protektorat, zum Teil im Warthegau untergebracht, wo sie 1945 von Polen und Tschechen vertrieben wurden. In den Lagern wurden die Volksdeutschen seitens der SS einer „rassehygienischen“ Überprüfung unterzogen und von der Volksdeutschen Mittelstelle in die „Deutsche Volksliste“ eingeordnet, die vier Kategorien vorsah.²⁸⁵⁶

²⁸⁵⁴ LEMBERG, „Ethnische Säuberung“, 31; SUPPAN, Adria, 385-422; VÖLKL, Westbanat (1999); Eugène KULISCHER, Europe on the move. War and population changes, 1917-47 (New York 1948); SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 533f.

²⁸⁵⁵ Jury an Frank, 6. Juni 1939; Frank an Jury, 22. September 1939; Rundschreiben RM Frick, 19. März 1940, zitiert nach: BRANDES, Tschechenpolitik, 133f.

²⁸⁵⁶ SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 536f. Die kleine tschechische Minderheit in Wolhynien wurde vom NKVD nach Sibirien deportiert, über zehntausend schlossen sich 1944 der Tsche-

Unmittelbar nach der Trauerfeier für den ermordeten Heydrich drohte Hitler dem Präsidenten Hácha und der Protektoratsregierung bei einem Empfang in der Neuen Reichskanzlei am 9. Juni 1942 unverhohlen mit der Aussiedlung aller Tschechen aus Böhmen und Mähren:

„[...] Ich werde mit allen Mitteln Friedensstörer, die meinem Werke im Wege sind, beseitigen. Ich habe mich aus diesem Grunde entschlossen, zwei bis drei Millionen Deutsche, die in fremden Volkskörpern leben, zurückzuziehen. [...] Nichts kann mich daran hindern, einige Millionen Tschechen auszusiedeln aus Böhmen und Mähren, wenn sie ein friedliches Zusammenleben nicht haben wollen. In diesem Raume hat dann nur einer Platz. Eines von beiden Völkern muss dann weichen. Ich bin fest entschlossen, Böhmen und Mähren nie mehr herauszugeben, und das deutsche Volk wird nicht weichen. [...]

Ich weiß von den Wolgadeutschen, was es heißt, eines Tages den Lebensraum zu verlieren, trotzdem kann dasselbe den Tschechen passieren, denn es ist besser, eine Generation trägt zwanzig Jahre schweres Leid durch das Verlassen der Heimat, als dass in Europa durch ein reichsfeindliches Tschechentum eine dauernde Gefahr bestehen bleibt. [...]

Entweder die Verhältnisse in Böhmen und Mähren werden für mich tragbar und das tschechische Volk wandelt sich unter Ihrer Führung, Herr Präsident, und unter Ihrer Regierung, meine Herren, dann wird es in Ruhe leben, auf seiner Scholle verbleiben und im großen Reiche arbeiten können, oder sie erkennen den Ernst der Lage nicht und vermögen die Verhältnisse nicht zu wandeln, dann wird das tschechische Volk aus Europa weggewischt. Sie haben eine letzte Chance [sic!] und dies ist meine letzte Warnung. Entweder werden die Attentäter gefasst oder preisgegeben oder ich muss annehmen, dass im tschechischen Volke große Organisationen vorhanden sind und Widerstandshetzer gegen das Reich arbeiten. In diesem Falle, meine Herren, darüber seien Sie sich im klaren, werde ich zu letzten Konsequenzen greifen. [...]²⁸⁵⁷

Ohne Zweifel hatten die unterschiedlichen Zielsetzungen der NS-Führung im Westen und Osten Europas schwerwiegende Folgen für das Schicksal der deutschen Volksgruppen zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Adria. Während im Westen nur Eupen-Malmedy annektiert und „heim ins Reich“ geholt wurde, während Hitler aus Rücksicht auf Mussolini bzw. Vichy-Frankreich auf eine förmliche Annexion Südtirols 1943 und Elsass-Lothringens 1940 verzichtete und in Nordschleswig nicht einmal eine faktische Angliederung vollziehen ließ, wurden im Osten sowohl umfangreiche Annexionen (deutschsprachige Mehrheitsgebiete der Tschechoslowakei, Danzig, Westpreußen, Posen, Ost-Oberschlesien) als auch de-facto-Eingliederungen (Protektorat Böhmen und Mähren, Generalgouvernement, Untersteiermark, Oberkrain, Operationszone Adriatisches Küstenland) ins Großdeutsche Reich durchgeführt. Heinrich Himmler ließ aber im Juli 1941 im „Generalplan Ost“ noch ganz andere rassistische Zielsetzungen zusammenfassen,

chslowakischen Armee unter General Ludvík Svoboda an und wirkten 1945 maßgeblich an der Vertreibung der Sudetendeutschen mit. Nach Vereinbarungen zwischen Moskau und Prag wurden zwischen 1945 und 1947 33.000 tschechische Zivilisten aus Wolhynien in die ČSR umgesiedelt.

²⁸⁵⁷ Ansprache Hitlers an Hácha und die Mitglieder der Protektoratsregierung, Berlin, 9. Juni 1942, in: Odsun 2, 307f.

die letzten Endes die Auflösung des polnischen, tschechischen, slowenischen, ukrainischen und weißrussischen Volkes als politische Nation bedeutet hätten: Vertreibung der nicht „guttrassigen“ Bevölkerung aus Ostpolen, dem Baltikum, Weißrussland, Teilen der Ukraine, dem Protektorat und Nordslowenien nach „Osten“ (Westsibirien, Serbien) und Neubesiedlung dieser Gebiete durch deutsche „Wehrbauern“. Da bereits 1939/40 über 900.000 Polen aus Posen und Westpreußen in das Generalgouvernement und 1941 über 60.000 Slowenen aus der Untersteiermark und Oberkrain nach Serbien, Koatien und ins Reich deportiert worden waren, mussten die NS-Vertreibungspläne als konkrete existentielle Gefahr gesehen werden.²⁸⁵⁸

Winston S. Churchill 1944: „A clean sweep will be made“

Schon im Verlauf des Weltkrieges war auf alliierter Seite die Frage der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa erörtert worden, um die „Minderheitenprobleme“ ein für allemal zu bereinigen und innerhalb der neuen Grenzen Frieden zu stiften. Bereits Ende 1939 wurde der vom bekannten Historiker Arnold Toynbee geleitete *Foreign Research and Press Service* vom *Foreign Office* beauftragt, ein Gutachten über die Stabilisierung Nachkriegseuropas durch Bildung übernationaler Föderationen in Mittel- und Südosteuropa zu erstellen. Auch Beneš wurde um seine Pläne zur Lösung des Problems der sudetendeutschen Minderheit befragt und stellte sein Konzept einer Kombination von Gebietsabtretung und Bevölkerungstransfer vor. Am 14. Mai 1940 wurde die erste Ausfertigung des Gutachtens vorgelegt, dessen zentraler Teil die programmatische Überschrift *Transfer as a Contribution to Peace* trug. Die Autoren sahen bei der Festlegung der künftigen Staatsgrenzen keine Notwendigkeit, sich an die ethnischen Vorkriegsgrenzen zu halten, da Hitler selbst diese Grenzen missachte und Bevölkerungsumsiedlungen durchführe. Daher empfahl das Gutachten die Abtretung strategisch unwichtiger Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Schlesien an Deutschland, dafür aber eine Reduzierung der sudetendeutschen Minderheit in der Tschechoslowakei auf null: durch eine Kombination aus Bevölkerungstransfer und Flucht.²⁸⁵⁹

Der Weg zum Bevölkerungstransfer schien kurze Zeit verlegt, als Roosevelt und Churchill in der Atlantik-Charta am 12. August 1941 verkündeten, dass keine territorialen Veränderungen stattfinden sollten, die nicht im Einklang mit dem frei geäußerten Wunsch der betroffenen Bevölkerungen stünden. Als das *Foreign Office* die Exilregierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens aufforderte, sich zur Atlantik-Charta zu bekennen, sahen diese ihre Kriegsziele bedroht und versuchten die Charta zu einem Propagandainstrument zum Schutz der

²⁸⁵⁸ KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 551f.; vgl. Czesław MADAJCZYK (Hg.), Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan (München 1994).

²⁸⁵⁹ BRANDES, Vertreibung, 19f.

besetzten Staaten umzudeuten. Als Außenminister Eden im Dezember 1941 nach Moskau kam, hörte er von Stalin und Molotov das Angebot an Polen, für seine Gebietsverluste im Osten im Westen entschädigt zu werden, und die Feststellung, dass das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückzugeben sei. In beiden Fällen sollte die deutsche Bevölkerung nach Deutschland umgesiedelt werden. Nach seiner Rückkehr bestellte Eden ein weiteres Gutachten des *Foreign Research and Press Service* – nun zu den künftigen Grenzen zwischen Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei. Im Februar 1942 konstatierten die Gutachter, dass eine Konföderation zwischen Polen und der Tschechoslowakei ohne sowjetische Hilfe nur dann ein Gegengewicht gegen Deutschland bilden könnte, wenn diese über Ostpreußen, Oberschlesien und das Sudetenland verfügte. Strategische Momente sprächen auch für den Transfer der Deutschen aus Mähren und Tschechisch-Schlesien. Die vollständige Vertreibung aller Sudetendeutschen, die „pangermanisch und nationalistisch“ seien, könnte im Interesse der europäischen Sicherheit liegen. Und das Gutachten machte auch schon eine erste statistische Aufstellung: Deutschland müsste aus Ostpreußen 1,9 Millionen Umsiedler aufnehmen, aus Polen 80.000, aus Oberschlesien östlich der Oder 500.000, aus Tschechisch-Schlesien und Mähren 800.000, aus Böhmen ohne das Egerland etwa 2 Millionen, aus dem Egerland 500.000; Schlesien westlich der Oder mit etwa 3,3 Millionen Einwohnern sollte demnach bei Deutschland bleiben. Allerdings bezweifelten die Gutachter, ob man so viele Menschen in kurzer Zeit über das Straßen- und Schienennetz transportieren könnte und wo man so viele Flüchtlinge unterbringen könnte.²⁸⁶⁰

Im *Foreign Office* war man sich spätestens im April 1942 einig, dass die Tschechoslowakei „mehr oder weniger“ die Vor-Münchener Grenzen erhalten sollte. Nach dem Attentat auf Heydrich und der Terrorwelle im Protektorat gab das *Foreign Office* unter dem Druck der öffentlichen Meinung seine bisherige Zurückhaltung auf. Außenminister Eden ordnete der BBC an, Ansprachen von Jaksch im deutschsprachigen Programm einzustellen. Am 25. Juni traf sich Eden mit Beneš, um eine für beide Seiten akzeptable Erklärung zu „München“ zu finden. So erklärte das britische Kriegskabinett am 6. Juli 1942 nicht nur das Münchener Abkommen für ungültig, sondern gab auch seine Zustimmung zum „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“.²⁸⁶¹

²⁸⁶⁰ Memorandum des Foreign Research and Press Service (signature: A. J. Toynbee), 12 February 1942, PRO, FO 371/30930, C2167/241/18; BRANDES, Großbritannien, 246f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 99f.

²⁸⁶¹ War Cabinet Conclusion, July 6, 1942, zitiert nach: Detlev BRANDES, „Eine verspätete tschechische Alternative zum Münchener Diktat“. Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage 1938-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42/2 (1994) 238. Vergeblich warnte der Londoner *Economist*, die Bestrafung von Deutschen nach dem Krieg „muss die betreffen, die im moralischen Sinn schuldig sind, nicht im rassischen. Die Nazis haben rassische Sündenböcke gesucht, die Alliierten dürfen nicht denselben Fehler machen.“ – *The Economist*, January 17, 1942.

Das *Foreign Office* ließ nun in seinem *Research Department* verschiedene Memoranden ausarbeiten, wie dieses Leitmotiv der ethnischen Entmischung umgesetzt werden könnte. Als Beneš Schuldkriterien zur Basis der Vertreibung machen wollte, lehnte dies das *Foreign Office* bereits im Oktober 1942 mit einer bemerkenswerten Begründung ab:

„His Majesty's Government were prepared to agree to transfers of populations in Europe wherever this seemed necessary and desirable. This leaves us free hand to arrange transfers of population on a basis of political expediency, which seems the only safe basis, and to restrict or expand the application of the principle as circumstances may require.“²⁸⁶²

In einer Studie des britischen Außenministeriums vom 1. September 1942 betrachteten die britischen Experten das Prinzip der ethnischen Entmischung bereits als wirkungsvolles Instrument der Konfliktprävention und der Konfliktlösung. Die deutschen Minderheiten hätten sich als „fünfte Kolonne“ Hitlers instrumentalisieren lassen und die dadurch heraufbeschworenen Spannungen seien nur durch die endgültige Entfernung jener zu überwinden. Allerdings war den Beamten des *Foreign Office* bewusst, dass ein solcher Transfer schwer zu kontrollieren sei und dass viele Unschuldige ihre Existenzbasis verlieren würden. Die Beteiligung von britischen Einheiten an einer solchen „grausamen und ungerechten“ Arbeit wurde jedoch abgelehnt, denn nur die Rote Armee sei darauf vorbereitet, „to act ruthlessly and will not be tied down by any agreed rules and regulations“.²⁸⁶³

Auch führende amerikanische Politiker teilten die Überzeugung, dass für eine stabile Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa „nationale Entflechtungen“ notwendig seien. So bemerkte im März 1943 US-Präsident Roosevelt zu Anthony Eden: „Wir sollten Vorkehrungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden.“ Allerdings sollte sich der Vorgang einer Zwangsaussiedlung der Deutschen tunlichst nur auf politisch besonders belastete Gruppen beschränken.²⁸⁶⁴

Weder Washington noch Moskau ließen allerdings umfangreiche Studien zur Durchführung und zu den Konsequenzen einer Massenvertreibung der Deutschen anfertigen. Die britische Regierung erteilte im November 1943 einen solchen

²⁸⁶² PRO, FO 371/30385 – C 10043, zitiert nach: Gerhard SEEWANN, Der Vertreibungsprozess in und nach dem Zweiten Weltkrieg aufgrund britischer Quellen, in: Gerhard Seewann (Hg.), *Migrations und ihre Auswirkungen. Das Beispiel Ungarn 1918-1955* (München 1997) 55-89, hier 60.

²⁸⁶³ PRO, FO 371/35261, U1292/58/72; abschließende Stellungnahme des Interdepartmental Committee on the Transfer of German Population, 12 May 1944, PRO, FO 371/39092, C6391/220/18.2, zitiert nach: Gerhard SEEWANN, *Konzepte der Vertreibung: Berlin – London – Prag – Budapest*, in: Arnold Suppan (Hg.), *Auflösung historischer Konflikte im Donauraum. Festschrift für Ferenc Glatz zum 70. Geburtstag* (Budapest 2011) 633-644.

²⁸⁶⁴ Memorandum, 15 March 1943, in: FRUS, *Diplomatic Papers 1943*, vol. III (Washington 1963) 15; KITTEL – MÖLLER, *Beneš-Dekrete*, 558; Klaus-Dietmar HENKE, *Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung*, in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen* (Frankfurt/Main 1985) 56.

Auftrag und ließ hohe Beamte des *Foreign Office*, des *Cabinet Office*, des Ministeriums für wirtschaftliche Kriegsführung, des Kriegsministeriums und des *Dominions Office* unter dem Vorsitz von John Troutbeck, einem leitenden Beamten in der Deutschland-Abteilung des Außenministeriums, zusammenarbeiten. Erst nach sechs Monaten legte diese „Interministerielle Kommission für den Transfer deutscher Bevölkerungsgruppen“ dem Ausschuss für Waffenstillstands- und Nachkriegsfragen (*Armistice and Post-War Committee*) einen 51 Seiten langen Bericht vor. Die Kommission hatte die von Stalin in Teheran gegenüber Churchill und Roosevelt durchgesetzten Prämisse anzunehmen, dass die Sowjetunion die 1939 eroberten ostpolnischen Gebiete behalten dürfe und Polen ein gleich großes Stück deutschen Territoriums im Westen bekäme. Wenn nach dem Krieg Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien an Polen fielen, müssten 5,34 Millionen Deutsche umgesiedelt werden, wenn Breslau und Stettin ebenfalls an Polen fielen, kämen noch 3,3 Millionen hinzu. Darüberhinaus wurde mit der Deportation der Hälfte der Sudetendeutschen, also weiteren 1,5 Millionen, gerechnet, sodass „im schlimmsten Fall“ (sic!) insgesamt 10,14 Millionen Menschen umgesiedelt werden müssten. Als Aufnahmeland käme nur Deutschland in Frage (nur in sehr beschränktem Maße Österreich), da weder das British Empire noch die USA an einer größeren Zahl von Deutschen interessiert seien. Trotz eines möglichen Interesses Stalins an deutschen Arbeitskräften müsse auch „Sibirien zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen werden“. Da jedoch die Vertreibungsländer Polen und die Tschechoslowakei viele Facharbeiter verlieren würden und somit Produktionsengpässen in ihren Industrien und Landwirtschaften befürchten müssten, sollte man ihnen die Macht geben, jene Personen zurückzuhalten, deren Arbeit als wirtschaftlich unverzichtbar angesehen werde.²⁸⁶⁵

Obwohl einige Prämissen und Schlussfolgerungen der Kommission zu optimistisch ausgefallen waren – vor allem die Zahl der umzusiedelnden Sudetendeutschen –, reagierte das *Armistice and Post-War Committee* mit Unglauben und Zorn. Der Vorsitzende, der stellvertretende Premierminister Clement Attlee, hielt zwar fest: „Alles, was den Deutschen die Vollständigkeit und Unwiderruflichkeit ihrer Niederlage vor Augen führt, ist letztlich von Nutzen“, dennoch ließ er den Bericht vorerst zu den Akten legen, sodass er bis Jänner 1945 nicht mehr diskutiert wurde.²⁸⁶⁶

Mittlerweile hatte im Auftrag des Southern Department des *Foreign Office* der Historiker Toynbee, Direktor des *Royal Institute of International Affairs*, am 8. März 1944 das Memorandum *Minority transfer in South Eastern Europe* vorgelegt. Es sollte folgende Punkte berücksichtigen:

²⁸⁶⁵ Report of the Inter-Departmental Committee on the Transfer of German Populations, A.P.W. (44) 34, May 12, 1945, CAB 121/385, PRO, zitiert nach: DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 100-105.

²⁸⁶⁶ DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 107f. Erstaunlicherweise erhielt das State Department kein Exemplar des Berichts der britischen Forschungskommission.

- „a) the most probable line of frontiers in post-war South-East Europe, and
- b) the probable attitude of post-war national governments in South-East Europe towards the expulsion of minorities within their frontiers and the reception in exchange of their own national minorities and the reception in exchange of their own national minorities from other states what and within upper and lower limits defined as narrowly as possible are likely to be the number of:
- a) Germans to be expelled from Yugoslavia (Carinthia and Banat) [sic!],
 - b) Hungarians to be expelled from
 - 1) Czechoslovakia
 - 2) Roumania
 - 3) Yugoslavia
 - c) Italians to be expelled from Yugoslavia
 - d) Roumanians (if any) to be expelled from Hungary
 - e) Bulgarians to be expelled from
 - 1) Yugoslavia
 - 2) Greece
 - f) Roumanians and Bulgarians to be exchanged against each other in Northern and Southern Dobrudja.“²⁸⁶⁷

Die Gesamtzahl der Volksdeutschen in Jugoslawien (in den Grenzen von März 1941) schätzte Toynbee auf 685.000, was um 185.000 über der offiziellen Zahl aus der Volkszählung von 1931 lag. Von diesen würden „zweifellos“ vor oder bei Kriegsende etwa 150.000 fliehen, ohne die Vertreibung abzuwarten: „families of officials and prominent persons“ und die meisten Volksdeutschen aus Slowenien. Die Zurückbleibenden könnten alle vertrieben werden, „after the Yugoslavs have massacred (say) 35.000“, oder die Jugoslawen könnten sich bei den Massakern zurückhalten, lediglich die Volksdeutschen aus Slowenien, „say 60.000“, vertreiben und die viel zahlreicheren, aber isolierten Volksdeutschen aus der Vojvodina und Slawonien-Syrmien zurückhalten. Diese seien „industrious and competent, have been a profitable source of taxation“. Nichtsdestoweniger wäre jedenfalls die Vertreibung von etwa 30.000 Personen zu erwarten. Deutschland bzw. Österreich hätten also entweder mit 150.000 Emigranten und 150.000 Vertriebenen zu rechnen oder mit 150.000 Emigranten und (nur) 90.000 Vertriebenen. Sollte ein Austausch in Betracht gezogen werden, so kämen 50.000 in Österreich lebende Jugoslawen (Slowenen) in Frage, „of whom perhaps 30.000 were Yugoslav in sentiment“.²⁸⁶⁸

Ähnliche Berechnungen stellte Toynbee hinsichtlich der Ungarn an. Bei einer Wiederherstellung der Grenzen von Trianon blieben etwa 740.000 in der Tschechoslowakei, 1,810.000 in Rumänien und 557.000 in Jugoslawien. Daher müsste man mit 700.000 ungarischen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei (bei Austausch mit 100.000 Slowaken aus Trianon-Ungarn) und 525.000 ungarischen Vertriebenen

²⁸⁶⁷ Foreign Office Research Department, *Minority transfers in South Eastern Europe*, March 8, 1944, PRO, FO 371/43659, R 5529, zitiert nach: SEEWANN, *Vertreibungsprozess*, 77-89.

²⁸⁶⁸ Ebenda, 79.

aus Jugoslawien rechnen (33.000 würden früher fliehen, 10.000 umgebracht werden). Hinsichtlich der Ungarn in Rumänien schlug Toynbee eine neue Grenze vor, die die Komitate Máramaros (Maramureş), Szatmár (Satu Mare), Szilágy (Sălaj), Bihar (Bihor) und Arad bei Ungarn beließe; somit wären nur 1,330.000 Ungarn in Rumänien und eine Million Rumänen in Ungarn geblieben. Bei einer Abtretung der Venezia Giulia an Jugoslawien fielen 615.000 Italiener an Jugoslawien, von denen seit September 1943 bereits 65.000 geflohen sein könnten. Es sei fraglich, ob Jugoslawien alle übrigen 550.000 vertreiben wolle, vielleicht nicht die Fischer und andere einfache Leute entlang der Küste und auf den Inseln (etwa 120.000), die Arbeiter von Triest und Fiume (etwa 100.000) und die Bevölkerung von Gradisca-Monfalcone (80.000). So blieben noch 250.000 Vertriebene, gegen die man lediglich die 40.000 Slowenen aus dem Resia-Gebiet austauschen könne.²⁸⁶⁹

Ein bei der königlich-jugoslawischen Exilregierung in London akkreditierter britischer Diplomat verwies auf die Grausamkeiten der Nationalsozialisten, die alle Regierungen der von Deutschland besetzten Staaten veranlassten, keine weitere Präsenz von deutschen Minderheiten auf ihrem Gebiet mehr zu tolerieren. Die „Volksdeutschen“ hätten für die Nationalsozialisten viele zweifelhafte Dienste geleistet, so als Gestapo-Agenten und Spione. Auch in Jugoslawien könnten keine „Volksdeutschen“ mehr bleiben, wenn die Wehrmacht zurückgeschlagen sei, vielmehr müssten diese sich dann glücklich schätzen, mit heiler Haut zu entkommen.²⁸⁷⁰

Erst auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 dürfte Churchill endgültig klar geworden sein, dass Stalin die Westalliierten in Mitteleuropa vor vollendete Tatsachen stellen werde – einschließlich der Westverschiebung Polens, der Umsiedlung aller Polen aus den Gebieten östlich des Bugs und der Vertreibung aller Deutschen aus allen Ostgebieten. Auch Präsident Roosevelt und sein Außenminister Cordell Hull wollten nun der polnischen Exilregierung „einen solchen Transfer soweit wie möglich erleichtern“. Churchill hielt am 15. Dezember 1944 im britischen Unterhaus eine große Rede über die Zukunft Polens und bekannte sich zur „völligen Vertreibung der Deutschen – aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt“:

„[...] For expulsion is the method which, so far as we have been able to see, will be the most satisfactory and lasting. There will be no mixture of populations to cause endless trouble as in Alsace-Lorraine. A clean sweep will be made. I am not alarmed at the prospect of the disentanglement of population, nor I am alarmed by these large transferences, which are more possible than they were before through modern conditions.“²⁸⁷¹

²⁸⁶⁹ Ebenda, 80-84.

²⁸⁷⁰ BIBER, British Diplomatic Reports, 124f.

²⁸⁷¹ Churchill im Unterhaus, 15. Dezember 1944, Annex I zu Memorandum Edens vom 23. Jänner 1944, PRO, CAB 66/61, W.P. 48, zitiert nach: BRANDES, 1945, 231; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 113f.; Odsun 2, 496. George Orwell veröffentlichte am 2. Februar 1945 den beißendsten Kommentar in der linken *Tribune*: „Das entspricht der Umsiedlung der gesamten Bevölkerung Australiens oder der von Schottland und Irland zusammen.“

Schon am 9. Oktober 1944 in Moskau hatte Churchill zu Stalin bemerkt, 7 Millionen Deutsche würden im Krieg umkommen, womit in Rumpfdeutschland genug Platz für die aus Schlesien und Ostpreußen vertriebenen Deutschen wäre. Das Denken der beiden Staatsführer in Richtung gewaltsamer Vertreibung der Deutschen wurde bei einem Gespräch in Jalta bestätigt, als Churchill erklärte, er sei keineswegs „shocked at the idea of tranfering millions of people by force“:

„Stalin: There will be no more Germans there for when our troops come in the Germans run away and no Germans are left.

Prime Minister [Churchill]: Then there is the problem of how to handle them in Germany. We have killed six or seven million and probably will kill another million before the end of the war.

Stalin: One or two?

Prime Minister: Oh I am not proposing any limitation on them. So there should be room in Germany for some who will need to fill the vacancy.²⁸⁷²

Nach London zurückgekehrt, verwendete Churchill vor Regierungsmitgliedern sogar Stalins Argumente: Man rede immer wieder von den großen Schwierigkeiten, die deutsche Bevölkerung nach Westen umzusiedeln, aber „most of the Germans in the territories now taken by the Russians had ‚run away already““. Clement Attlee, der Vorsitzende der Labour Party, begriff im Februar 1945 die NS-Verbrechen als maßgebliche Ursache der beabsichtigten Vertreibung der Deutschen: Die Deutschen selbst hätten seit 1939 mutwillig „die alten Schranken zerbrochen, und daher sage ich, dass sie jetzt nicht an das alte Europa appellieren können“. Die bevorstehenden „Umsiedlungen“ könnten zwar „sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht sind sie bei weitem besser als ein ewiger Unruheherd von Volksteilen inmitten von Völkern, die sie hassen“.²⁸⁷³

Stalin hatte sich schon seit 1939 nicht gescheut, auch in der nationalen Frage mit äußerster Brutalität vorzugehen, ohne das Prinzip eines supranationalen sowjetischen Imperiums aufzugeben. Wenn er eine Ethnie oder Nationalität als staatliches und/oder ideologisches Sicherheitsrisiko einschätzte, beauftragte er Innenminister Berija mit Massenumsiedlungen – auch unter Inkaufnahme von genozidalen Folgen. Das erfuhren seit dem Winter 1939/40 viele Polen (320.000), Juden, Ukrainer, Weißrussen, Litauer, Letten, Esten, Karelrier und Finnen, im Sommer 1941 die Wolgadeutschen (370.000) sowie die Deutschen in der Ukraine (390.000), auf der Krim und im Kaukasus, im Mai 1944 die Tschetschenen und Inguschen (zusammen knapp 500.000), im Sommer 1944 die Krimtataren

²⁸⁷² Protokoll des Treffens im Kreml (Churchill, Stalin, Molotov, et al.), 9. Oktober 1944, in: CWHIP Bulletin (Winter 2000) 36; FRUS, Diplomatic Papers: The Conferences at Malta and Yalta, 1945 (Washington 1955) 720, zitiert nach: NAIMARK, Fires, 109f.

²⁸⁷³ Eintragung für den 23. Februar 1945 über ein Treffen Churchills mit Regierungsmitgliedern, The Second World War Diary of Hugh Dalton, 1940-1945, ed. Ben Pimlott, in: CWHIP Bulletin (Winter 2000) 133, zitiert nach: NAIMARK, Fires, 110; SCHWARTZ, Ethnische „Säuberung“, 516.

(190.000). Auch mit der Forderung der tschechoslowakischen und polnischen Exilregierungen sowie derjenigen des kommunistischen Lubliner Komitees, die Deutschen zu vertreiben und auszusiedeln, hatte Stalin kein Problem, vermutlich auch, da er sich dadurch eine künftige Abhängigkeit Prags und Warschaus erwarten durfte. Noch im März 1945 versuchte Beneš im Gespräch mit Molotov in Moskau, die Zustimmung der Sowjetunion zu einer restlosen Vertreibung sowohl der Deutschen als auch der Magyaren zu erreichen.²⁸⁷⁴

So unangenehm es heute erscheinen mag: Im letzten Kriegsjahr waren sich nicht nur die NS-Geopolitiker, die tschechoslowakische Exilregierung und die Führung des tschechischen Widerstandes, sondern auch die Kriegsaliierten in London, Washington und Moskau darin einig, dass nach dem Krieg die Schaffung von „nationalen Siedlungsräumen“ die Minderheitenprobleme in Ostmittel- und Südosteuropa lösen sollte, d. h. die alleinige Vereinnahmung von staatlichen Territorien durch einzelne „ethnische“ Gruppen. Die 1919/20 gezogenen Grenzen sollten im Wesentlichen intakt bleiben – die einzige größere Ausnahme war die „Westverschiebung“ Polens –, die Minderheiten mussten umziehen. Diese euroatlantische Strategie beinhaltete also die Vertreibung und Zwangsaussiedlung vieler größerer und kleinerer Völker und Volksgruppen, sodass die ethnographische Karte innerhalb weniger Jahre stark verändert wurde. Aber: Die Nationalstaaten wurden nun ethnisch homogener.²⁸⁷⁵

Als der neue US-Präsident Harry S. Truman in Potsdam fragte, wo man denn 9 Millionen zur Vertreibung vorgesehene Deutsche unterbringen solle, wiederholte Stalin seine schon in Jalta vorgebrachte Behauptung, der Großteil der Deutschen habe die Ostgebiete längst fluchtartig verlassen. Überdies versuchte er seinen Einfluss herunterzuspielen: „Die Polen fragen uns nicht. Sie tun, was sie wollen, genau wie die Tschechen.“ Als aber Churchill wenigstens den Deutschen aus Schlesien die Rückkehr erlauben wollte, warnte Stalin vor Vergeltung: „Die Polen würden sie aufhängen, wenn sie zurückgingen.“ Und als Churchill vorschlug, mit Beneš zu sprechen, sah Stalin auch dafür keine Notwendigkeit mehr: „Die Tschechen haben ihnen [den Deutschen, Anm. Naimark] zwei Stunden Zeit gegeben und sie dann rausgeworfen.“ Somit habe sich das Gespräch mit Beneš erledigt: „Die Deutschen sind ja schon vertrieben.“²⁸⁷⁶

Die grundsätzliche Mitverantwortung der westlichen Alliierten für die Politik der Zwangsaussiedlung ist zwar unbestreitbar, aber die sogenannten „wilden“, dennoch organisierten Vertreibungen aus Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien waren schon Monate vor der Potsdamer Konferenz in Gang gekommen

²⁸⁷⁴ Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 21. März 1945, in: T. A. VOLOKITOVA [et alii] (Hgg.), *Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich Archivov 1944-1953*, tom. 1: 1944-1948 (Moskva – Novosibirsk 1997) 174-183; NAIMARK, *Flammender Hass*, 111-137; vgl. T. MARTIN, *The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923-1939* (Ithaca – New York 2001).

²⁸⁷⁵ JUDT, *Geschichte Europas*, 43f.

²⁸⁷⁶ FRUS, *Potsdam*, vol. 2, 218, 262, 383-391, zitiert nach: NAIMARK, *Flammender Hass*, 142.

und hatten bereits viele Hunderttausende betroffen. Diese Vertreibungen bis Anfang August 1945 sind auch der wichtigste Beleg dafür, dass die politische Hauptverantwortung für die Vertreibungen und Zwangsaussiedlungen doch bei den führenden Exil-, Widerstands- und Nachkriegspolitikern der ostmitteleuropäischen Staaten lag. Naimark resümiert:

„Tschechen und Polen benutzten den Deckmantel des Krieges und den Übergang vom Krieg zum Frieden, um die Deutschen aus ihren Ländern zu vertreiben und alte Rechnungen zu begleichen. [...] Nationalistische Gefühle und der verständliche Wunsch nach Rache durchdrangen die polnische und tschechische Bevölkerung, als sie es ihren deutschen Unterdrückern gewaltsam heimzahlen konnten. [...] Den Anstoß zur Eskalation des Nationalismus hatten die Nationalsozialisten gegeben, daher könnte man in gewisser Hinsicht sagen, die Deutschen hätten geerntet, was sie gesät hatten.“²⁸⁷⁷

„Ethnische Säuberung“ im Osten – „Politische Säuberung“ im Westen

Ein auch in der internationalen Historiographie wenig berücksichtigter Vergleich sei an dieser Stelle nochmals angesprochen. Während am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren der größte Teil der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien vertrieben und zwangsausgesiedelt wurde, konnte davon im westlichen Mitteleuropa – trotz partiell ebenfalls scharfer deutscher Besatzungsherrschaft – so gut wie keine Rede sein. Aus dem dänischen Nordschleswig, dem belgischen Eupen-Malmedy, dem von Frankreich beanspruchten Saarland, dem französischen Elsass-Lothringen und dem italienischen Südtirol wurden zwar meist die NS-Kollaborateure, nicht aber die deutsche Minderheit ausgewiesen. Im Vergleich könnte man also zusammenfassen: „ethnische Säuberung“ nach dem Kollektivschuldprinzip in Ostmitteleuropa, „politische Säuberung“ nach dem Individualschuldprinzip in Westmitteleuropa. Es genügt hierbei nicht, auf den Systemunterschied zwischen dem liberal-demokratischen Westen und dem kommunistisch-totalitären Osten hinzuweisen, denn in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gab es hinsichtlich der Vertreibung der Deutschen durchaus enge Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, bäuerlichen und bürgerlichen Kräften, während andererseits die Kommunisten die Politik in Frankreich und Italien zumindest indirekt mitbestimmten. Daher greift auch der Schluss, die undemokratischen Konzepte hätten sich in Ostmitteleuropa nicht zuletzt unter sowjetischem Einfluss durchgesetzt, zu kurz.²⁸⁷⁸

Die Erklärungsfaktoren müssen – zumindest partiell – vor der Inanspruchnahme der deutschen Minderheiten durch die NS-Expansionspolitik ansetzen. Erstaunli-

²⁸⁷⁷ KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 563; NAIMARK, Flammender Hass, 172.

²⁸⁷⁸ Manfred KITTEL, Das deutsche Problem, in: FAZ, 12. Juli 2005, 7; PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 125. Von Vertreibung und Zwangsaussiedlung – wenn auch nicht von der Zwangsarbeit in der Sowjetunion – blieben immerhin die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben in Rumänien ausgenommen, allerdings nicht von innerstaatlicher Deportation.

cherweise hatten die Deutschen in Südtirol, Elsass-Lothringen, Eupen-Malmedy und Nordschleswig nach ihrer erstmaligen Eingliederung in Italien und Belgien sowie ihrer neuerlichen Eingliederung in Frankreich und Dänemark durch die Friedensverträge von Paris 1919 keine Minderheitenrechte zugesprochen erhalten – ganz im Gegensatz zu den Deutschen in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Rumänien. Freilich erfolgte die Eingliederung im Westen ohne direkte Kampfhandlungen und in bereits seit mindestens zwei Generationen funktionierende Nationalstaaten. Lediglich die faschistischen Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol schufen fortwährend innen- und außenpolitische Spannungen. In Elsass-Lothringen waren die Bildungsschichten der alemannischen Elsässer bereits vor 1871 in die französische Staatsnation hineingewachsen, was partiell auch für die deutschen Schleswiger in Dänemark vor 1864 gegolten hatte. Östlich der Weimarer Republik und der Republik Österreich verschärften die neuen Nationalstaatsbildungen sowie die alten Nationalitäten- und neuen Minderheitenprobleme die ethno-sozialen Verhältnisse zwischen den neuen Staatsnationen und den neuen nationalen Minderheiten. Dazu kam die gruppenpsychologische Wende, die die alten „Unterdrücker“ zu neuen „Unterdrückten“ machte.²⁸⁷⁹

Sogar Hitler berücksichtigte diese unterschiedlichen Verhältnisse, wenn er Elsass-Lothringen aus Rücksicht auf Vichy-Frankreich, Nordschleswig aus Rücksicht auf seine großgermanischen Pläne mit Dänemark und Südtirol aus Rücksicht auf Mussolini nicht annektierte; lediglich Eupen-Malmedy wurde „heim ins Reich“ geholt. Hingegen dominierte im Osten die rassistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik Hitlers und Himmlers sowie ihrer Gauleiter und Höheren SS- und Polizeiführer. Vor diesem Hintergrund ist der Vorwurf an die deutschen „Volksgruppen“, sich als „fünfte Kolonne“, d. h. irredentistisch betätigt zu haben, als Kollektivschuldthese jedenfalls fragwürdig und von Fall zu Fall genauer zu prüfen. In Ostmitteleuropa erhoben jedenfalls so gut wie alle Parteien und Regierungen den Vorwurf der Kollektivschuld und nahmen auch Kinder und Greise in Sippenhaft. Nicht nur von Mitschuld an den NS-Verbrechen war in Polen, der Tschechoslowakei und in Slowenien die Rede, sondern auch von der Germanisierung im Hoch- und Spätmittelalter. So mahnte Präsident Beneš Mitte Juni 1945 in der einstigen Hussiten-Hochburg Tábor: „Erinnert Euch dessen, was uns durch die Germanisierung über diese ganzen Jahrhunderte seit der Hussitenzeit geschehen ist.“²⁸⁸⁰

Machte also doch der brutalere NS-Besatzungsterror im Osten den wesentlichen Unterschied aus? – Partiiell ja, wenn man an Polen und Jugoslawien denkt;

²⁸⁷⁹ Vgl. Paul SMITH – Kalliopi KOUFA – Arnold SUPPAN (eds.), *Comparative Studies on Governments and Non-dominant Ethnic Groups in Europe, 1850-1940*, vol. V: *Ethnic Groups in International Relations* (New York – Aldershot 1991).

²⁸⁸⁰ Bernard POLONI, *Frankreich und das Problem deutschsprachiger Minderheiten am Ende des Zweiten Weltkrieges*, in: Kittel [et alii], *Deutschsprachige Minderheiten 1945*, 523-570; Lidová Demokracie, 17. Juni 1945, zitiert nach: KITTEL – MÖLLER, *Beneš-Dekrete*, 561.

wohl kaum, wenn man das besetzte Frankreich mit dem „Protektorat“ oder dem besetzten Ungarn vergleicht.²⁸⁸¹ Zwar sah de Gaulle ab dem Frühjahr 1945 eine Annexion des Saarlandes als bevorzugte Lösung an, dennoch hat weder die französische Exil- noch die Nachkriegsregierung an eine Vertreibung der Deutschen aus dem Saarland – wo im Jänner 1935 etwa 90 % für die „Heimkehr“ ins Reich votiert hatten – und auch an keine kollektive Verfolgung der elsässischen Autonomiebewegung gedacht. Elsässer, Ost-Lothringer und eventuell auch Saarländer wurden eben als französische Bürger (*citoyens français*) betrachtet. Im Elsass wurden im Rahmen der *épuration judiciaire* bei einer Gesamtbevölkerungszahl von etwa einer Million lediglich 8000 Personen überwiegend zu Zwangsarbeit, Gefängnisstrafen oder dem Entzug der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt; in einigen Dutzend Prozessen gegen den Gauleiter Robert Wagner, NS-Kreisleiter und Mitarbeiter der Strassburger Gestapo gab es auch Todesurteile. Im Rahmen der *épuration administrative* gab es etwa tausend Fälle von Amtsenthebung und Berufsverbot gegen kollaborierende Staatsbeamte und Angestellte, weiters Aufenthaltsverbote im Département Bas-Rhin gegen etwa 800 Personen. In den Jahren 1940 bis 1944 zugezogene deutsche Staatsangehörige wurden unter Sequestrierung des Besitzes mit dem Handgepäck aus dem Elsass und Lothringen ausgewiesen. Die französische Militärregierung an der Saar wies zwischen 1945 und 1947 lediglich 1820 deutschnationale Aktivisten, Nationalsozialisten und „Preußen“ aus, von denen schon 1949 1228 Personen wieder zurückkehren durften.²⁸⁸²

Als im Juni 1945 die belgische Regierung mit einem Ausbürgerungsgesetz gegen „führende Funktionäre“ und „aktive Propagandisten“ des Dritten Reiches vorgehen wollte und 1335 Personen die belgische Staatsbürgerschaft aberkannte, verhinderten die Briten die Ausweisung dieser Personen. Lediglich einige Hundert Personen, die sich aus Furcht vor Strafverfolgung bereits in Deutschland aufhielten, verloren ihre Staatsbürgerschaft und ihr Eigentum. Aus der dänischen Widerstandsbewegung war zwar die Forderung gekommen, die deutsch Gesinnten als Antwort auf das Verhalten der Volksgruppe vollständig auszuweisen. Immerhin

²⁸⁸¹ Die niederländische Exilregierung hatte die Alliierten 1944 nicht nur um Entschädigung für die überfluteten Polder und die vernichteten Städte gebeten, sondern auch die Angliederung von 10.000 km² deutschen Gebietes mit einer Bevölkerung von 1,5 Millionen Menschen verlangt. Radikale Gruppen verlangten sogar Gebietsangliederungen und die Aussiedlung der nicht-integrationswilligen Deutschen, aber die USA verwiesen auf den potentiellen deutschen Verbündeten im Kampf gegen die sowjetische Gefahr. Schließlich erhielten die Niederlande nur 69 km² deutschen Gebietes mit 10.000 deutschen Bürgern, das sie 1963 wieder an die Bundesrepublik Deutschland zurückgab. – PEŠEK – TŮMA, Rechtsnormen, 126f.

²⁸⁸² KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 564f. Die 1981 vom französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing und dem deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt gegründete Strassburger Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ entschädigte sogar 86.000 zwangsverpflichtete Soldaten aus dem Elsass und Lothringen. Nach einem Beschluss im Juli 2008 sollen auch etwa 5800 Zwangsarbeiter aus dem Elsass und Lothringen eine Entschädigung erhalten, die während des Zweiten Weltkrieges vom Reichsarbeitsdienst oder dem Kriegshilfsdienst zu Arbeitseinsätzen verpflichtet worden waren. – FAZ, 18. Juli 2008, 6.

hatte es unter den Deutschen Nordschlewigs Frontfreiwillige und Mitglieder in den Wachkorps der Besatzungsmacht gegeben. Aber auch in Kopenhagen setzte sich das staatsnationale Prinzip durch, dänische Staatsbürger könne man nicht des Landes verweisen. Freilich verhängten dänische Richter gegen die Führung der Volksgruppe und ein Viertel der männlichen deutschen Bevölkerung Nordschlewigs längere und kürzere Haftstrafen.²⁸⁸³

Entgegenkommend zeigte sich letzten Endes auch Italien, freilich nicht ohne Drängen der britischen und belgischen Diplomatie. Obwohl auf Grund des deutsch-italienischen Abkommens vom 21. Oktober 1939 in der Provinz Bozen sowie in den Bezirken Neumarkt (Trentino), Cortina d'Ampezzo und Tarvis (Tarvisio), 185.365 für das Deutsche Reich, für die deutsche Staatsbürgerschaft und für die Abwanderung sowie 81.900 für den Verbleib in Italien optiert hatten und 78.000 tatsächlich nach Deutschland ausgewandert waren (davon 35.000 nach Nordtirol), gestand Rom am Rande der Friedenskonferenz in Paris im Gruber-De-Gasperi-Abkommen vom 5. September 1946 zu, „to revise in a spirit of equity and broad-mindedness the question of the options for citizenship resulting from the 1939 Hitler-Mussolini agreements“. So wurde auf der Basis des Dekrets vom 2. Februar 1948 die Rückoption für die italienische Staatsbürgerschaft ermöglicht und von knapp 30.000 Anträgen abgewandelter Optanten über 22.000 angenommen. Somit konnte eine teilweise Rücksiedlung der Südtiroler Deutschland-Optanten und ihre Wiedereinbürgerung erfolgen. Ausgenommen blieben nur einige Tausend Südtiroler, die als Hauptschuldige der Kollaboration mit dem Dritten Reich galten.²⁸⁸⁴

In der Politik der Westmächte und der westlichen Staaten hatte es zwar die Rhetorik, aber keine Praxis der Kollektivschuld gegeben. Auch die Besatzungsdiagnostiken in den westlichen Besatzungszonen in Deutschland und Österreich konzentrierten sich auf die „Ausschaltung des Nazismus und Militarismus“.²⁸⁸⁵ Insgesamt ist also festzustellen, dass „ethnische Säuberungen“ keineswegs in erster Linie auf irrationalem Hass in der Bevölkerung, sondern viel mehr auf konkreten Vorbildern, Zielen, Anreizen und Aufforderungen politischer Akteure beruhten. Daher stellt sich die Frage, „warum negative Lernprozesse derart überwogen und Millionen von Menschen in Leid und Elend stürzten“.²⁸⁸⁶

²⁸⁸³ Ulrich TIEDAU, Die Rechtslage der deutschsprachigen Bevölkerung in Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 435-522; Jürgen FESTERSEN, Dänemark und die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig 1940 bis 1955, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 571- 615; Manfred KITTEL, Das deutsche Problem, in: FAZ, 12. Juli 2005, 7.

²⁸⁸⁴ Rudolf LILL, Italien und seine deutsche Minderheit in Südtirol, in: Kittel [et alii], Deutschsprachige Minderheiten 1945, 373-434; GEHLER, tirol, 174-178, 246-263. Zwar fürchtete De Gasperi die österreichische Forderung nach einem Plebiszit, es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Alliierten dieses Instrument der Selbstbestimmung in Europa nach 1945 nicht mehr zur Anwendung brachten.

²⁸⁸⁵ KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 567.

²⁸⁸⁶ THER, Nationalstaaten, 70.

Eine zwischen Dezember 2005 und April 2006 im Bonner Haus der Geschichte durchgeführte Ausstellung über „Flucht, Vertreibung und Integration“ vermied erfreulicherweise Schwarz-Weiß-Zeichnungen. In den großen internationalen Kontext des „Jahrhunderts der Vertreibungen“ gerückt, begann die Ausstellung mit den am Ende des Ersten Weltkrieges verdichteten Visionen zur Neuordnung Europas mit Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von Armeniern, Griechen und Türken. Ob Europa auch ohne die Eroberungs- und Vernichtungskriege Hitlers ein ethnischer „Verschiebebahnhof“ geworden wäre, wie etwa Götz Aly und Karl Schlögel vermuten, darf zwar bezweifelt werden, politisch-ideologisch oder wirtschaftlich motivierte Migrationen im größeren Stil gab es aber zweifellos auch vor 1938 und nach 1948. Erstaunlicherweise wurde über Flucht und Vertreibung der Deutschen – aber auch über die Zwangsmigrationen der Polen, Ukrainer, Balten, Ungarn, Italiener etc. – viele Jahrzehnte nicht öffentlich gesprochen. Erst das innerfamiliäre Gespräch zwischen Großeltern und Enkeln sowie die politisch-ideologische „Wende“ in Ostmitteleuropa 1989 und nicht zuletzt die Vertreibungsaktionen während des Krieges in Bosnien 1992 hoben das Thema wieder – oder erstmals – ins historische Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit. Die in vielen Archiven freigegebenen Aktenordner dokumentieren nun auch den „modernen“ bürokratischen Umgang mit Bevölkerungsverschiebungen größten Ausmaßes.²⁸⁸⁷

Ob die Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Berliner Kronprinzenpalais tatsächlich eine Wende in der Debatte über die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ bringen wird, ist nicht vorherzusehen. Nur „als universales Forschungsinstitut, als moralische Anstalt zur Aufrüttelung des Weltgewissens, als Dokumentationsstelle zur Bewahrung des Wissens über verübtes Unheil“ hätte ein solches Zentrum „seinen Platz in der deutschen Erinnerungslandschaft“, schrieb der Berliner Historiker Wolfgang Benz zu Anfang des Jahres 2006. Den deutschen Vertriebenen das Recht auf öffentliche Erinnerung abzusprechen, wie es lange Zeit versucht wurde, wird allerdings nicht mehr aufrechterhalten sein. Dies war ja charakteristisch für die kommunistischen Regime, in deren Erinnerungskultur die Vertreibung der Deutschen möglichst nicht vorkommen sollte. Außerdem störte die Erinnerung an die Vertreibung in der Ära der Ostverträge in den 1970er Jahren auch die westdeutsche Politik. Erst im März 1987 wurde dieser Bann durch eine internationale Historikerkonferenz im Budapester Parlament gebrochen – mit Zustimmung des Kádár-Regimes.²⁸⁸⁸ In den nunmehr offenen Gesellschaften in den Staaten Ostmitteleuropas können Erinnerung und

²⁸⁸⁷ Flucht, Vertreibung, Integration. Ausstellung im Haus der Geschichte, Bonn, 15. Dezember 2005 bis 17. April 2006.

²⁸⁸⁸ 300 Jahre Zusammenleben – Aus der Geschichte der Ungarndeutschen. Internationale Historikerkonferenz in Budapest (5.-6. März 1987). 300 éves együttélés – A magyarországi németek történetéből. Budapesti Nemzetközi Történetészkonferencia (1987. március 5-6.), red. Wendelin HAMBACH, 2 Bde. (Budapest 1988).

Geschichte nur zusammengeführt werden, wenn allen Opfergruppen der Zutritt zum öffentlichen Raum gewährt wird: in die Universitäten, Akademien, Museen, Medien etc. Nur so können Flucht, Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus Ostmitteleuropa nach Deutschland und Österreich von einem dissoziierten Element der deutschen und österreichischen Vergangenheit zu einem Bestandteil und zu einer Folge der vom NS-Regime herbeigeführten Katastrophe werden.²⁸⁸⁹

²⁸⁸⁹ Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts, hg. vom Zentrum gegen Vertreibungen (Berlin 2006). Vgl. Karl-Peter SCHWARZ, Erinnerung und Geschichte zusammenführen, in: FAZ, 11. August 2006, 1.

VERTREIBUNG UND ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS DER TSCHECHOSLOWAKEI

Tschechische Aussiedlungspläne während des Zweiten Weltkrieges

Der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Sudeten- und Karpatendeutschen – von den Tschechen und Slowaken verharmlosend als „Transfer“ oder *odsun* [Abschub] bezeichnet – ging ein siebenjähriger Planungs- und Entscheidungsprozess voraus, der vom Exilpräsidenten Beneš und seiner Exilregierung ausging und an dem sich seit 1942 stufenweise die drei Hauptalliierten beteiligten. Hinsichtlich der *termini technici* herrscht sowohl in der zeitgenössischen Verwendung als auch in der wissenschaftlichen Literatur eine gewisse Verwirrung. Tatsache ist, dass die Begriffe „Abschub“ und „Ausweisung“ formaljuristisch einen Akt bezeichnen, dem eine richterliche bzw. polizeiliche Verfügung im Einzelfall zugrunde liegt, weshalb sie für kollektive Akte nicht in Frage kommen. Eine Differenzierung zwischen „Vertreibung“ und „Zwangsaussiedlung“ erscheint aber angebracht, da der erste Begriff eine Gewaltanwendung bzw. -androhung beinhaltet, der zweite Begriff eine geordnetere – wenn auch nicht in jedem Einzelfall humanere – Zwangsmaßnahme darstellt, beide jedoch auf Bevölkerungsteile, jedenfalls größere Bevölkerungsgruppen bezogen sind.²⁸⁹⁰

Die ersten tschechischen Aussiedlungspläne entstanden bereits vor dem Münchener Abkommen. Der sogenannte „fünfte Plan“ von Beneš vom 15. bzw. 17. September 1938, den er noch Ende September von seinem Sozialminister Jaromír Nečas geheim nach Paris hatte überbringen lassen, sah nach einem dreistufigen Konzept nicht nur die freiwillige Abtretung von sudetendeutschen Gebieten zwischen der tschechoslowakischen Staatsgrenze und der Befestigungslinie an das Deutsche Reich vor, sondern auch eine Teilaussiedlung von Sudetendeutschen in diese abzutretenden Gebiete und die Umsiedlung aus deutschen Sprachinseln im Landesinneren in die Grenzgebiete. Wenn Deutschland eine zusätzliche Million Sudetendeutscher aufnehmen, könne die Tschechoslowakei, so ließ Beneš der französischen Regierung

²⁸⁹⁰ Vgl. vor allem Detlev BRANDES, *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer‘ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen* (München 2001, ²2006); HRABOVEC, *Vertreibung* 30, nennt die erste Phase bis zum Potsdamer Abkommen die Zeit der „wilden Vertreibungen“, während sie für die Zwangsausweisungen den auch in der tschechischen Terminologie verwendeten Begriff „Abschub“ (*odsun*) wählt, ohne zu berücksichtigen, dass dieser aus dem altösterreichischen Polizeistrafrecht stammt.

übermitteln, im äußersten Fall auf drei Gebiete jenseits der militärischen Befestigungsanlagen verzichten, und zwar in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit weiteren etwa 800.000 bis 900.000 Deutschen. Die verbleibenden 1 bis 1,2 Millionen Deutschen stellten keine Gefahr mehr für den tschechoslowakischen Staat dar, denn mindestens die Hälfte seien Demokraten, Sozialisten und Juden, die er nicht „dem gleichen Massaker überantworten könne, wie es in Österreich [wann und wo?, Anm. Suppan] und anderswo stattgefunden hat“. Mit diesem „äußerst geheimen Plan“ reagierte Beneš auf die Forderung Hitlers vom 12. September 1938, die mehrheitlich von Sudetendeutschen besiedelten Gebiete dem Reich anzuschließen, und auf die Proklamation Henleins „Wir wollen heim ins Reich“ vom 15. September.²⁸⁹¹

Beneš selbst nahm diesen Plan ins Londoner Exil mit und entwickelte aufbauend darauf seine Aussiedlungsprojekte während des Weltkrieges. Sein Mitarbeiter Dr. Drábek fertigte schon am 31. Jänner 1939 ein Gedächtnisprotokoll von einer mehrstündigen Unterredung mit Beneš an, dem er auch eine Kartenskizze hinzufügte. Nach damaliger Meinung des Ex-Präsidenten sollten an Deutschland abgetreten werden: Westböhmen von Tachau (Tachov) bis zum Duppauer Gebirge (Doupovské hory), einschließlich von Karlsbad, Kaaden (Kadaň) und Weipert (Vejprty); in Nordböhmen das Gebiet von Aussig mit Tetschen-Bodenbach (Děčín-Podmokly) und Reichenberg; der Braunauer Zipfel in Ostböhmen, ferner kleinere Teilgebiete um Grulich (Králíky), Nikolsburg (Mikulov), Neubistritz (Nová Bystřice) und Kaplitz (Kaplice). Außer einer eingezeichneten Grenzlinie, die die Abtretung eines bedeutenden Gebietes vom Grulicher Schneeberg über Mährisch-Schönberg (Šumperk) und Römerstadt (Rýmařov) bis zur Oppa (Opava) vorsah, gab es auf dieser Karte noch eine zweite gestrichelte Linie, die eine beträchtliche Ausweitung des tschechoslowakischen Staatsgebietes nach Norden andeutete. Nach den schriftlichen Anmerkungen Drábeks sollte die Tschechoslowakei durch diese Gebietsabtretungen etwa 1,4 Millionen deutsche Einwohner verlieren. Jan Křen interpretierte diese Aufzeichnung mit Recht als unmittelbare Anknüpfung an die Instruktion für Minister Nečas vom September 1938.²⁸⁹²

Ob das Münchener Abkommen tatsächlich das Hauptmotiv für alle tschechischen Planungen zur Aussiedlung der Deutschen darstellt, wie Detlev Brandes annimmt, ist vordergründig plausibel. Freilich sollte nicht unterschätzt werden, dass vergleichbare Gedanken bereits auf dem Höhepunkt des Nationalitätenkampfes zu Ende des 19. Jahrhunderts aufkamen und sich im Ersten Weltkrieg zuspitzten. Abgesehen von individuellen Optionsfragen spielten sie aber erstaunlicherweise auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 keine Rolle. Dies galt auch für die tschechischen Diskussionen um das Nationalitätenstatut 1919/20.²⁸⁹³

²⁸⁹¹ De Lacroix an Bonnet, 17. September 1938, in: Documents diplomatiques français 1932-1939, 2-ème serie, vol. 11 (Paris 1977) 273-275, zitiert nach: BRANDES, 1945, 223f.

²⁸⁹² Jan KŘEN, Odsun Němců ve světe nových pramenů [Der Abschub der Deutschen im Lichte neuer Quellen], in: Dialog 4/5 (1967) 1-3; PRINZ, Jaksch – Beneš, 21f.

²⁸⁹³ Vgl. HOFFMANN – HARASKO, Odsun, 291-300; KUČERA, Minderheitenfrage, 61-72.

An den Grundzügen des „fünften“ Planes vom September 1938 hielt Beneš den gesamten Krieg über fest, allerdings verkleinerten sich von Jahr zu Jahr die für eine Abtretung vorgesehenen Gebiete, während die Zahl der auszusiedelnden Deutschen zunahm. So umfassten die Gebiete, auf die Beneš bis in den Herbst 1940 zu verzichten bereit gewesen wäre, noch die Gauen Jägerndorf (Krnov), Reichenberg (Liberec) und Karlsbad (Karlovy Vary): „Die drei deutschen Gauen wären so abgegrenzt, dass unsere Deutschen uns in Zukunft nicht terrorisieren können, dass es, wenn sie sich abtrennen, nicht wieder wie nach München zu unmöglichen Grenzen kommt, die militärisch nicht zu verteidigen sind.“²⁸⁹⁴

Wenzel Jaksch, der Vorsitzende der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“, stellte sich bereits im Frühjahr 1939 im Exil die Frage „Was kommt nach Hitler?“ und skizzierte „Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas“: Gleich einleitend stellte er klar, dass es in der Septemberkrise 1938 nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen gegangen sei, sondern um die NS-Vorherrschaft in Mitteleuropa. Seit der Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 seien die imperialistischen Ziele Hitlers klar geworden, dennoch ließen Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion „die Verzweiflungsrufe des vergewaltigten tschechischen Volkes ungehört“. Allerdings liege es im Falle der ČSR „klar zutage, dass zwanzigjährige Versäumnisse gegenüber dem sudetendeutschen, dem slowakischen und dem karpatorussischen Problem das Zerstörungswerk Hitlers erleichtert“ hätten (das ungarische Problem übersah Jaksch). Denn der Nationalsozialismus habe „die Revolte gegen Versailles organisiert“, weshalb er unter der jungen Intelligenz der Grenz- und Auslandsdeutschen besonderen Zuspruch gefunden habe. So hätten in Österreich und im Sudetenland „auch Massen von Nazigeignern den Anschluss gewollt“. Als „Ausweg“ sah Jaksch eine gesamteuropäische Neuordnung. Diese müsse durch einen Kompromiss zwischen dem abstrakten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und der Zusammenfassung nach Wirtschaftsräumen gefunden werden, ergänzt durch das Unionsprinzip. Hierfür übernahm Jaksch von Karl Renner den Begriff „Innereuropa“, wozu er neben dem Großdeutschen Reich auch Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien zählte. So müsse ein föderal organisiertes Deutschland in ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem eingebettet werden. Es sei aber „das selbstverständliche Recht der Deutsch-Österreicher, durch freies Plebiszit zu entscheiden, ob sie als selbständiger Staat oder als Provinz Großdeutschlands der innereuropäischen Föderation angehören wollen“. Und: „Für die Sudetendeutschen fordern wir ebenfalls das Recht, in freier Entscheidung zu bestimmen, ob sie als autonomer Sektor innerhalb der historischen Provinzen Böhmen-Mähren, also in einem engeren Staatsverband mit den Tschechen, oder als deutsche Reichsprovintz der

²⁸⁹⁴ Depesche Beneš an Zentrallausschuss des Heimatwiderstandes, 26./27. November 1940, in: Jitka VONDROVÁ (Hg.), *Češi a sudetoněmecká otázka 1938-1945. Dokumenty* (Praha 1994) Dok. Nr. 39; zitiert nach: BRANDES, 1945, 224.

Föderation angehören wollen.“ Schließlich erkannte Jaksch fast prophetisch: „Für alle europäischen Völker gilt die Wahrheit, dass außenpolitische Sicherheit und ungestörte wirtschaftliche Zusammenarbeit nur um den Preis einer freiwilligen Beschränkung der staatlichen Souveränität erkaufte werden kann.“²⁸⁹⁵

Für Jaksch stand also eine *Restitutio in integrum* der Tschechoslowakei noch keineswegs fest, und das galt auch für die meisten der etwa 3000 sudetendeutschen Sozialdemokraten im überwiegend britischen Exil. Und er lehnte es auch ab, auf das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen nur deshalb zu verzichten, weil es 1938 vom Nationalsozialismus für imperialistische Ziele instrumentalisiert und missbraucht worden war. Denn immerhin waren die Regierungen und Parlamente in London und Paris noch nicht vom Münchener Abkommen abgerückt und die Sowjetunion hatte den neuen Slowakischen Staat anerkannt. Allerdings hätte sich nach Jaksch eine „innereuropäische Föderation“ auch mit der „definitiven Bereinigung der offenen Grenzfragen“ zu beschäftigen. Dies sollte durch „Ausbalancierung der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ geschehen, wozu „als technische Hilfsmittel [...] ein organisierter Bevölkerungsaustausch und reziproke Minderheitenschutzabkommen in Betracht gezogen werden“ sollten. Darunter war aber mit Sicherheit nicht eine Teilung der sudetendeutschen Gebiete in an Deutschland abzutretende und bei der Tschechoslowakei bleibende zu verstehen oder eine Zwangsumsiedlung großen Stils, sondern eine reziproke Anpassung einer neuen Staatsgrenze an die ethnischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten.²⁸⁹⁶

Am 3. August 1939 trafen sich Beneš und Jaksch erstmals im Londoner Exil. Die Unterredung verlief zwar herzlich, aber dennoch „mit beiderseitiger Zurückhaltung“, da beide Politiker nicht alle Pläne hinsichtlich der künftigen politischen Gestaltung aufdecken wollten. Beneš berichtete hoffnungsvoll von seiner guten Behandlung durch den Präsidenten Roosevelt und die ganze US-Regierung und von Zusicherungen, dass die USA die Annexion der Tschechoslowakei nicht anerkennen und die Restauration der Tschechoslowakei unterstützen werde. Hinsichtlich der allgemeinen Politik unterschied Beneš strikt zwischen dem NS-Regime und dem deutschen Volk, war aber „von der Unausweichlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung überzeugt“. Es sei zu befürchten, dass ein kombinierter deutsch-italienischer Feldzug zur Besetzung Polens, Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands führen werde. Eine nachfolgende Friedensoffensive der Achsenmächte werde aber keinen Erfolg haben, sodass in einer zweiten kriegerischen Etappe die Entscheidung fallen müsse. Konkreter wurde Beneš hinsichtlich seiner Haltung, „dass das Abkommen von München nichtig geworden sei und dass ein selbständiger tschechoslowakischer Staat in den Münchner Grenzen nicht lebens-

²⁸⁹⁵ Was kommt nach Hitler? Die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas. Eine Analyse und programmatische Skizze von Wenzel Jaksch (geschrieben im Frühjahr 1939), in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 55-79.

²⁸⁹⁶ PRINZ, Jaksch – Beneš, 28, 76.

fähig sei. Ob das Sudetengebiet ganz oder teilweise einer restaurierten Republik einverleibt werde, müsse der Entscheidung der Realaktoren überlassen bleiben.“ Immerhin waren sich Beneš und Jaksch darin einig, dass sie nicht die Ermächtigung hätten, vom Ausland aus eine Entscheidung zu treffen. Jaksch verwies auf die Einstellung seiner Leute zu Hause und im Ausland, dass „nur bei gegenseitiger Bereitschaft zu einer Föderallösung in eine Diskussion eingetreten werden könne. Als Jaksch in diesem Zusammenhang auf den „vierten Plan“ mit weitgehender Autonomie hinwies, charakterisierte Beneš dieses Dokument als Angebot „zur Demaskierung Henleins“, woraus Jaksch schloss, dass Beneš lieber auf den „dritten Plan“ zurückgehen wollte. Jedenfalls stimmten beide überein, dass auf der Basis einer zentralistischen Staatsauffassung eine Befriedung der Sudetendeutschen unmöglich sei. Eine „Schweizer Lösung“ wäre ein erstrebenswertes Maximalziel. Davon war freilich schon 1919 die Rede gewesen.²⁸⁹⁷

Jaksch unterschätzte vorerst die Wirkungsmächtigkeit der Doktrin Beneš' von der Kontinuität des tschechoslowakischen Staates in den Vor-Münchener Grenzen. Immerhin versuchte er im Gespräch mit Beneš auszutesten, wie ernst Beneš die im Jahre 1938 ventilierten Pläne noch nahm. Vom „fünften Plan“, der der französischen Regierung überbracht worden war, wusste Jaksch natürlich nichts – und Beneš schwieg sich auch wohlweislich darüber aus. Nach dem Überfall Hitlers auf Polen überreichten die Londoner Vorstandsmitglieder der „Treuegemeinschaft“ – Jaksch befand sich gerade in Schweden – Beneš eine Erklärung, in der sie ihn als Staatsoberhaupt auch der Sudetendeutschen anerkannten. Beneš schien zu bedeutenden Konzessionen bereit und sprach von einer Dreiteilung des Staatsgebietes in tschechische, deutsche und gemischte Verwaltungsgebiete, von Dezentralisierung, nationaler Proportionalität des Staatsapparates und von Minderheitenschutz. Gerüchte, dass infolge der deutschen Terrorherrschaft im Protektorat dort bereits von einer Austreibung der Deutschen gesprochen würde, lehnte er als „Dummheiten“ ab. Am 3. Oktober bekannte sich eine Abordnung der sudetendeutschen sozialdemokratischen Gewerkschafter in England vor Beneš sogar zur Erneuerung der Republik in den Vor-Münchener Grenzen. Und zwei maßgebliche sudetendeutsche Funktionäre unterschrieben einen Aufruf, worin den sudetendeutschen Emigranten der Eintritt in die tschechische Legion empfohlen wurde. Beneš setzte dann im Jänner 1940 mit einem Aufruf in tschechischer und deutscher Sprache nach, in die tschechoslowakische Exilarmee einzutreten.²⁸⁹⁸

Exilpräsident Beneš gab sich daher bei einem Vortrag in der *Royal Empire Society* Ende Jänner 1940 in der sudetendeutschen Frage noch ziemlich moderat:

„[...] If I speak today of this question, I still start from this basic point of view, that it would not be good for us Czechoslovaks, to declare now in the formulation of our plans, that before

²⁸⁹⁷ Wenzel Jaksch an Siegfried Taub, London, 4. August 1939, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 80-82.

²⁸⁹⁸ BACHSTEIN, Treuegemeinschaft, 70-72. Beneš vergaß in seinem Aufruf nicht darauf hinzuweisen: „Wir waren in Mittel- und Osteuropa der politisch beste Staat, sozial der weit fortgeschrittenste, in nationalen Fragen der toleranteste [...]“ Vgl. PRINZ, Jaksch – Beneš, 31.

1938 we had such and such frontiers, and that we simply demand, that the Republic should be restored in this form. This would perhaps be considered a too premature, radical and nationalistic standpoint.

With regard to the fact, that the population of the Republic is so mixed, from the national point of view, and especially Czechs and Germans are so closely intermingled in the two Czech [sic!, Anm. d. Verf.] provinces of Bohemia and Moravia; with regard to the fact, that the frontiers accepted at Munich, rendered the Republic completely defenceless, so that it could not attempt to defend itself, when the Germans invaded it in March 1939; with regard to the fact, that the Munich frontier, not only deprived the Republic of the possibility of defence, but also of almost all raw materials, and left all the Czech industrial centres in an impossible dangerous proximity to the German frontier (Prague, Plzeň, Brno, Moravská Ostrava), it is clear, that the Munich frontier cannot remain for the future Czechoslovakia [...]. From this arises the third conclusion: in the future Czechoslovakia there will again be Germans.

[...] after all, the best and justest solution is, and will be, that substantially the old historical frontiers should remain, that especially there should remain the old natural frontier of mountains between Bohemia and Moravia on the one side and Austria and Germany on the other, for these alone protected us for whole centuries from Germanisation. A number of different frontier corrections, as against the previous state of affairs, will be, it is true, possible in the future on the basis of mutual compensations of territorial and economical nature; and in many cases, we shall have to consider the moving of the population and the creation of districts, which will be, as far as possible, nationally homogenous. [...] This will mean, that Czechs and Slovaks, and also Germans, will have to consider a new internal structure of the Republic in the new State. [...]“²⁸⁹⁹

Beneš deutete also für die neue Tschechoslowakei mehr Dezentralisierung, vielleicht sogar mehr Autonomie für ethnisch homogene Distrikte an; die historischen Grenzen Böhmens und Mährens sollten freilich bleiben – auch wenn es zwischen Mähren und Niederösterreich bzw. Böhmen und Niederösterreich keine Berge gibt und 1919 durchaus Gebiete Niederösterreichs an Mähren und Böhmen fielen. Die in Böhmen und Mähren zusammen siedelnden Tschechen und Deutschen sollten immerhin durch Bevölkerungsbewegungen auseinandergesiedelt werden. Sechs Wochen später, am 8. März 1940, trat Beneš in Chatham House in Oxford auf und deutete bereits die Idee einer begrenzten Aussiedlung von Deutschen an.²⁹⁰⁰

Die Exilvertretung der sudetendeutschen Sozialdemokraten verlangte am 10. März 1940 in Holmhurst (London) zwar das Selbstbestimmungsrecht für die 3 Millionen Sudetendeutschen, schloss aber „die Anerkennung aller wirtschaftlichen und geographischen Verbundenheiten des Sudetengebietes mit den historischen Räumen Böhmens und Mähren-Schlesiens“ ein – was immer das bedeuten mochte. Jedenfalls sollten die Sudetendeutschen nicht „als Objekt der wirtschaftlichen und historischen Ansprüche der tschechischen Politik behandelt werden“. Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch zwangsweisen Bevöl-

²⁸⁹⁹ Edvard Beneš, The case of Czechoslovakia, speech at the Royal Empire Society, London, January 23rd, 1940, HIA, Eduard Táborský papers, box 4. Unterstreichungen im Original.

²⁹⁰⁰ Milanka ČERVINKOVÁ – Libuše OTAHALOVÁ (Hgg.), Dokumenty z historie československé politiky 1939-1943 (Praha 1966) 83f.; zitiert nach: HRABOVEC, Vertreibung, 36.

kerungsaustausch lehne die Exilvertretung „als undemokratisch und barbarisch ab“. Die „speziellen Lebensinteressen der Sudetendeutschen könnten daher weder in einem zentralisierten Großdeutschland noch in einer erneuerten zentralistischen Tschechoslowakei wahrgenommen werden“. Aus diesen sozialökonomischen Tatsachen wie aus den national-kulturellen Bedürfnissen der Sudetendeutschen ergebe sich die Notwendigkeit „der Autonomie in allen Angelegenheiten, die nicht der Natur der Sache nach ausschließlich gesamtstaatlich geregelt werden müssen [...]“: Die 3 Millionen Sudetendeutschen brauchen daher eine zentrale Repräsentanz ihrer Gesamtinteressen, bestehend aus Landesparlament und Landesregierung.²⁹⁰¹

Auch als sich Jaksch und seine „Treuegemeinschaft“ nach der Kapitulation Frankreichs und nach der Anerkennung der tschechoslowakischen Exilregierung Beneš gegenüber zur Mitarbeit bereit erklärten, weigerte sich Beneš, konkrete Zusicherungen für die politische Existenz der sudetendeutschen Sozialdemokratie in einer erneuerten Tschechoslowakei zu geben. Konnte sich Beneš im Sommer 1940 sicher sein, dass die Alliierten den Krieg gewinnen würden? Die auch gegenüber den sudetendeutschen Sozialdemokraten intransigente Haltung des Exilpräsidenten lässt sich kaum aus der nun auch für Großbritannien schwierigen Kriegslage erklären, sondern eher mit im Juni 1940 im Protektorat sich häufenden Gerüchten „über die Umsiedlung des tschechischen Volkes nach Russland oder nach irgendwelchen Kolonien“. Die Unterbringung der ersten Bessarabiendeutschen in Südböhmen und Südmähren sowie die Aussiedlung von Tschechen zugunsten von Truppenübungsplätzen und Flugplätzen verstärkten die Aussiedlungsgerüchte. Zudem hörte Beneš von Spaltungstendenzen innerhalb der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die am 18. Oktober 1940 tatsächlich zur Gründung einer eigenen Partei unter Zinner führte.²⁹⁰²

Erst im Herbst 1940 – Großbritannien hatte die „Luftschlacht um England“ vorerst gewonnen – präsentierte Beneš erstmals Jaksch seinen auf den drei Hauptkomponenten Gebietsabtretungen/Teilaussiedlungen/Errichtung „sudetendeutscher“ Kantone beruhenden Vorschlag, der zwar die Kantonslösung nach Schweizer Vorbild akzeptierte, von Teilaussiedlungen verständlicherweise jedoch nichts wissen wollte. Beneš argumentierte bereits mit einem gewissen Zynismus:

„[...] Wir müssen eine Million Deutsche aus den böhmischen Ländern aussiedeln. Wir machen das im Guten, zahlen Entschädigung, das wird unser und Ihr Staat, aber es muss sein. Alle diese Jungen, Unverbesserlichen, die Nazis, die schicken wir nach Deutschland und befreien Sie und uns von ihnen. Dann werdet Ihr Deutschen zusammen sein, und wir geben Euch Kantone. [...] Dann werdet Ihr die Wahl haben, entweder bei einem verarmten Deutschland zu bleiben oder bei uns.“²⁹⁰³

²⁹⁰¹ Deklaration der sudetendeutschen Sozialdemokratie in Holmhurst (London), 10. März 1940, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 83-90.

²⁹⁰² Monatsbericht SD-Leitabschnitt Prag für Oktober 1940, zitiert nach: BRANDES, Tschechenpolitik, 136.

²⁹⁰³ Vermerk Smutný nach Diktat Beneš, 17. Oktober 1940, in: ČERVINKOVÁ – OTÁHALOVÁ, Dokumenty z historie, Dok. Nr. 105; zitiert nach: BRANDES, 1945, 226f.

Beneš erwartete von Jaksch für den Eintritt in den tschechoslowakischen Staatsrat nicht mehr und nicht weniger als dessen Zustimmung zu einer teilweisen Aussiedlung von Sudetendeutschen. Damit wäre die „Treuegemeinschaft“ zum Komplizen von Beneš' Transferplänen geworden und hätte jede Unterstützung aus der Heimat eingebüßt.²⁹⁰⁴

Robert Bruce Lockhart, der *British Representative with the Czechoslovak Provisional Government* fasste am 7. Oktober 1940 Ansichten des Exil-Präsidenten zum „deutsch-böhmischen Problem“ in einem Bericht für das Foreign Office zusammen:

„[...] With regard to internal reconstruction, President Beneš's aim is to recreate a state which will be as homogeneous as possible. It is his ambition to rid his country of those minority problems which proved so disastrous to the former Republic. [...]

The future existence of Czechoslovakia depends on a satisfactory solution of the German-Bohemian problem. He now considers a return to the *status quo ante* to be impossible. An amalgamation of the Czech and German peoples is beyond the power of human ability. Germans will remain Germans whether they are Nazis or Liberals or Socialists or Communists. [...]

President Beneš has found his own solution of the problem. He has borrowed it from Hitler. It is an exchange of populations. In principle, he would transfer Germans from the central and northern districts of Bohemia and Moravia to Western Bohemia. He would be prepared, if necessary, to concede to Germany a strip of the Western Frontier in exchange for a piece of Reich territory in the north where the North and South Czechoslovak frontiers are dangerously narrow. He would then have a proper Czech Lebensraum in Central Bohemia and Moravia and a German-Bohemian Lebensraum in the West. Some form of federalism would then be feasible.“ [...]²⁹⁰⁵

Am 18. November 1940 teilte Beneš seine noch relativ differenzierten Grenzziehungs- und Aussiedlungs-Überlegungen dem „Zentralausschuss des Widerstandes in der Heimat“ (*Ústřední výbor odboje domácího – ÚVOD*) mit, die aber durchaus den nationalistischen Zeitgeist verrieten:

- „1. Auch die tschechische Nation braucht ihren ‚Lebensraum‘. Durch die Münchener Grenzbestimmungen wird ihr dieser nicht gewährt. Diese Grenzen müssen daher verschwinden [...].
2. Ich gebe die historischen Grenzen keineswegs auf, betrachte sie jedoch bloß als eine Opportunitäts- und keine Prinzipienfrage. Hauptsache ist und wird für uns sein, in Hinkunft ein größeres nationaltschechisches Gebiet zu schaffen und es für uns zu sichern. Hierfür wird es nötig sein, das tschechische Gebiet Mährens nach Norden und Süden möglichst auszuweiten und so unsere Umklammerung durch die Deutschen Österreichs und Schlesiens zu beseitigen. Dies wäre auch von großer Wichtigkeit für unsere Zusammenarbeit und eventuelle Föderation mit Polen. Es werden daher die Deutschen aus Nord- und Südmähren inkl. Brünn und Iglau sowie aus Schlesien zwischen Jägerndorf und Ostrau verschwinden müssen. Vom Grulicher Schneeberg an gegen Bodenbach muss die historische Grenze belassen werden, von Neuwelt Harrachsdorf bis Bodenbach muss die neue ethnographische Grenzlinie für uns militärisch annehmbar sein; sodann würde eine neue ethnographische Grenze über das Dup-

²⁹⁰⁴ PRINZ, Jaksch – Beneš, 36.

²⁹⁰⁵ Lockhart to Foreign Office, 8 October 1940, in: Odsun 2, 152-155.

pauer Gebirge gegen Tachau folgen. Außerhalb des nationaltschechischen Gebietes würden auf diese Art folgende Gaue verbleiben: Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad. Die im Inland inkl. Prag wohnhaften Deutschen müssten entweder auswandern oder bedingungslos das tschechische Regime sowohl in sprachlicher als auch in administrativer Hinsicht ohne Minderheitenrechte innerhalb dieser neuen ethnographischen tschechischen Grenze annehmen. Diese drei deutschen Gaue müssten so begrenzt werden, dass wir in Hinkunft von den Deutschen nicht durch den Umstand terrorisiert werden könnten, dass Grenzlinien infolge ihrer Abtrennung eine für die Verteidigung unmögliche Gestalt bekämen – wie nach München. [...]

3. Aus diesem Plan ergeben sich folgende weitere Konsequenzen: Wir dürfen uns keinen unmöglichen Hoffnungen hingeben, dass man 3 Millionen Deutsche ausmerzen oder ausweisen könnte, wie es so manche Leute bei uns naiverweise glauben. Man könnte jedoch mit dem Abgang oder der Ausweisung ganzer Hunderttausende kompromittierter Nazideutscher und einer Zwangsübersiedlung weiterer Hunderttausende Deutscher aus den obgenannten Kreisen in die drei deutschen Gaue, nach Österreich oder nach Deutschland rechnen. Diese Übersiedlung würde jedoch schwerlich die Gesamtzahl einer ganzen Million um vieles überschreiten. Und das wäre schon ein beispielloser Erfolg, eine gewaltige Sicherstellung unseres Staates und der Entwicklung unseres inneren nationalen Gebietes. Ich verhandelte in der Angelegenheit mit den Engländern mit einer Landkarte der Münchener Grenzen in der Hand. Die Münchener Unbill und der jämmerliche Zusammenbruch des Münchener Übereinkommens überzeugte sie, dass dieses Programm im Grund richtig ist. [...] Der 15. März hat alle belehrt und überzeugt.
4. Dies bedeutet also, dass es unser Wunsch ist, wieder Deutsche in der Republik zu haben. [...] Es wäre daher ein prinzipieller Fehler, die Existenz des Deutschenproblems bei uns zu ignorieren, ganz besonders hier, wo unsere Deutschen als Emigranten leben und arbeiten. Die erste Frage jedes politisch einflussreichen Engländers, die an uns gestellt wird, lautet immer: ‚Was beabsichtigen Sie mit Ihren Deutschen zu machen? Wenn später einmal die Amerikaner in die Sache eingreifen, wird es noch schwieriger werden!‘ [...] Vergessen wir nicht, dass für eine dauernde Regelung nach diesem Kriege die Frage unserer Deutschen neben Danzig und Ostpreußen überhaupt die schwierigste sein wird.²⁹⁰⁶
5. Aus diesem Grunde habe ich gleich von Beginn an mit den Deutschen Verbindungen geknüpft und stehe mit ihnen in Verhandlungen. Ich verspreche im Namen des Volkes nichts und werde auch nichts versprechen. Ich bereite sie auf die Aussiedlung von mindestens einer Million wie auch auf die Notwendigkeit eines tschechischen Lebensraumes vor. [...] Sie selbst sind untereinander nicht einig, besitzen im Grunde keinen klaren politischen Plan und kehren zu den alten Formeln einer Föderalisierung und Autonomie des Sudetenlandes zurück. Sie befürchten, zu Hause könnten sich Massaker ereignen, und sind sich dessen bewusst, dass der Großteil der Deutschen im Sudetengebiet immer noch sehr nazistisch gesinnt ist. Aus diesen Gründen bekennen sie sich durch Jaksch' Mund nur halb zur Republik und warten ab, wie sich die Dinge später entwickeln und welche Hoffnungen ihnen aus den Ereignissen erwachsen werden. Der geringere Teil von ihnen ist bedingungslos republikanisch gesinnt.⁴²⁹⁰⁷

²⁹⁰⁶ Beneš sollte sich irren: Die Frage der völkerrechtlichen Zuordnung der deutschen Ostgebiete, also der Gebiete östlich von Oder und Neiße, blieb zwar bis Potsdam die schwierigste Frage, aber nicht bezogen auf Ostpreußen und Danzig, sondern auf Schlesien, die Neumark und Pommern.

²⁹⁰⁷ Bericht Beneš an tschechischen Widerstand in der Heimat, London, 18. November 1940, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 95-97; Depesche Beneš an ÚVOD, 26./27. November 1940, in: BRANDES, Protektorat I, 181.

Die zentrale Führung des tschechischen Widerstandes in der Heimat lehnte jedoch die Schaffung von drei großen deutschen Kantonen ab und wollte nur die Bildung von „kleineren, nicht zusammenhängenden und gemischten Gebieten“ zugestehen, die mit einer Verschiebung der „ethnographischen Grenze“ in das bisher mehrheitlich deutsch besiedelte Gebiet verknüpft werden sollte. Zdeněk Bořek-Dohalský vom „Politischen Zentrum“ antwortete Beneš, dass vielleicht Politiker die Errichtung von drei deutschen Gauen verstehen könnten, doch niemals das tschechische Volk; und er fügte die Warnung hinzu, dass solch ein Plan „Eure Rückkehr unmöglich machen könnte“. Und der ÚVOD stellte in seiner Antwort an Beneš vom 19. Dezember 1940 unmissverständliche Forderungen:

„Das Festhalten an den historischen Grenzen halten wir für unerlässlich, selbst wenn in ihnen ein Teil der Deutschen bleibt. Mit der Bildung von drei großen deutschen Gauen können wir uns jedoch nicht einverstanden erklären. Sie bringen wiederum die Gefahr eines ‚abgeschlossenen Gebietes‘. Wir würden dadurch unsere stillschweigende Zustimmung dazu geben, dass sie sich früher oder später vom Staat trennen. Wir schlagen kleinere unzusammenhängende gemischte Gebiete hinter einer verschobenen ethnographischen Grenze vor. Mit einer wesentlichen Verringerung der Zahl unserer Deutschen rechnen wir. Auch mit der Sequestrierung ihres Vermögens und dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Positionen.“²⁹⁰⁸

Beneš versicherte daher dem ÚVOD, dass sein politisches Hauptziel darin liege, „in Zukunft neue, größere national-tschechische Gebiete zu bilden“; daher schloss er Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger, von einer möglichen Abtretung bereits aus. Aber die Widerstandszentrale deponierte im August 1941: „Nach allgemeiner Überzeugung des Volkes muss die ČSR in den historischen Grenzen erneuert und müssen die Deutschen vertrieben werden.“ Und die Kommandanten der tschechoslowakischen Auslandsarmee in der Sowjetunion registrierten am Beispiel der Massendeportation von 1,2 Millionen Russlanddeutschen, wie sich Stalin die Lösung der Frage der deutschen Minderheiten vorstellte.²⁹⁰⁹

Mit dieser Festlegung Beneš' gegenüber dem ÚVOD waren seine Darlegungen für das *War Cabinet* vom 3. Februar 1941 eigentlich schon obsolet geworden, die noch von der Festlegung eines „absolut unbestreitbaren nationalen Kerngebiets“ für jede Nation in Mitteleuropa gesprochen hatten und von Umsiedlungen in und aus den national gemischten Gebieten – wie zwischen der Türkei und Griechenland 1922/23. Außerdem hatte Verteidigungsminister Ingr die künftigen Grenzen der Tschechoslowakei aus strategischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen im Böhmerwald, entlang des Duppauer Gebirges, des Erzgebirges, des Jeschken, des Riesengebirges, des Adlergebirges, des Altvater, der Thaya und der Donau von der Einmündung der March bis zur Einmündung des Gran verlangt.²⁹¹⁰

²⁹⁰⁸ Depesche ÚVOD an Beneš, 19. Dezember 1940, in: BRANDES, Protektorat I, 182; vgl. Odsun 2, 166f. Bořek-Dohalský wurde noch 1945 in Theresienstadt hingerichtet.

²⁹⁰⁹ ÚVOD an General Ingr, 19.-21. August 1941, zitiert nach: VONDROVÁ, Češi, Dok. 60; vgl. BRANDES, Protektorat I, 182; BRANDES, Weg zur Vertreibung, 71f.; BRANDES, 1945, 224, 227; NAIMARK, Fires of hatred, 88f.

²⁹¹⁰ VONDROVÁ, Češi, Dok. Nr. 47, 54; Odsun 2, 179f., 191-193.

Jaksch hatte sich schon im Dezember 1940 gegenüber dem Verteidigungsminister in der Exilregierung, General Sergej Ingr, beschwert, dass sudetendeutsche Militärangehörige in der Auslandsarmee in Großbritannien, die der „Treuegemeinschaft“ angehörten, verschiedenen politischen Schikanen ausgesetzt seien. Und von Beneš verlangte Jaksch Anfang 1941 eine Erklärung der tschechoslowakischen Regierung, „dass die fundamentalen Fragen des künftigen staatlichen Zusammenlebens der Tschechen und Sudetendeutschen im Wege gegenseitiger Vereinbarungen gelöst werden sollen“. Durch Austausch von Erklärungen im Staatsrat sollte außerdem klargestellt werden, „dass nach Durchführung der Abrechnung mit den Nazis auf beiden Seiten getrachtet werden soll, einen nationalen Bürgerkrieg, welcher alle Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben von Tschechen und Sudetendeutschen zerstören würde, zu verhindern“. Jaksch stattete Beneš mit einigen Kollegen am 25. März 1941 auch einen persönlichen Besuch ab und übersandte ihm Ende Mai einen Bericht über die Situation „in unseren deutschen Gebieten“ (so die Diktion von Beneš!). Aber Beneš scheute Festlegungen und verwies auf die gegenseitigen Versicherungen, dass – das gemeinsame Ziel des Sturzes des Nazismus und Hitlerismus und die Befreiung der tschechoslowakischen Republik vor Augen – „wir uns einstweilen Freiheit in den Ansichten über die weitere Ausgestaltung unserer inneren Angelegenheiten nach dem Krieg bewahren wollen“.²⁹¹¹

Infolge des Angriffes Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion Ende Juni 1941 – dessen Ausgang sowohl Beneš als auch Jaksch für kriegsentscheidend hielten – begannen beide Seiten zu taktieren und wollten alles in der Schwebe lassen. Aber Beneš hatte nun die besseren Karten, denn Moskau sprach der tschechoslowakischen Exilregierung bereits Mitte Juli 1941 die vorbehaltlose sowjetische Anerkennung aus, so dass London gleich darauf nachziehen musste. Jetzt drängte das *Foreign Office* den offiziell anerkannten Präsidenten Beneš, mit Vertretern der sudetendeutschen Emigration übereinzukommen, um London die Rücknahme von München zu erleichtern. Immerhin übersandte Jaksch am 11. September eine Diskussionsgrundlage, welche die „maximalen Voraussetzungen einer revolutionären Kooperation zwischen der tschechischen Freiheitsbewegung und den demokratischen Sudetendeutschen enthielt“. Ein neues System der sozialen Demokratie sollte ein *Government of the People, by the People, for the People* sicherstellen. Da mindestens 20.000 der Funktionäre und militanten Mitkämpfer der sudetendeutschen Sozialdemokratie in der Zeit nach München in die Konzentrationslager und Kerker des Dritten Reiches verschleppt worden seien, davon allein 8000 in das berüchtigte KZ von Dachau, hätten sie die moralische Legitimation, die Führung der demokratischen Revolution innerhalb der 3 Millionen Sudetendeutschen anzustreben und mit den Überresten der nationalistischen und faschistischen Ideologie tabula rasa zu machen. Unmittelbar nach Besetzung des

²⁹¹¹ Jaksch an Ingr, London, 19. Dezember 1940; Jaksch an Beneš, London, 3. Jänner 1941; Beneš an Jaksch, London, 9. Juni 1941, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 98-103.

Sudetengebietes „entweder durch tschechoslowakische oder interalliierte militärische Verbände“ sollte sofort kommissarisch eine Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke eingesetzt werden, mit der „Republikanischen Wehr“ als Lokalpolizei und Revolutionstribunalen „zusammengesetzt aus deutschen Antinazis“. Mitglieder der NS-Organisationen würden als Kriegsgefangene behandelt und in Zwangsarbeitsformationen eingereiht. Die Zivilverwaltung im staatlichen Hoheitsbereich wäre gemischt aus deutschen und tschechischen Beamten zusammensetzen. Über das gesamte Volks- und Mittelschulwesen sollte eine provisorische Laienkontrolle aus verlässlichen Demokraten verhängt werden.²⁹¹²

Zur selben Zeit, in einer Depesche vom 10./12. September 1941, akzeptierte Beneš die Forderungen des ÚVOD als „Maximalprogramm“: die Wiederherstellung der historischen Grenzen der böhmischen Länder verbunden mit einer Vertreibung aller Deutschen. Freilich fügte er hinzu, dass man gleichzeitig auch ein „Minimalprogramm“ ausarbeiten müsse, nach dem man um den Preis kleiner, „für uns erträglicher Gebietsverluste“ wenigstens eine Million Deutsche „loswerden“ sollte. Eine Zusammenarbeit mit den Sudetendeutschen könne man zur Zeit aber nicht ablehnen, weil dies von den Briten und Amerikanern so aufgefasst werden könnte, dass man nicht mehr auf der Rückgabe des Sudetenlandes bestehe.²⁹¹³ – Beneš musste natürlich wissen, dass sein „Minimalprogramm“ im Falle einer erfolgreichen Rückkehr nach Hause keine Chance auf Umsetzung haben werde. Auch sein Versuch, die tschechischen Widerstandsbewegungen vor die Alternative zwischen der Wiedergewinnung der historischen Grenzen (einschließlich des Verbleibs eines Teiles der Sudetendeutschen) und der Vertreibung der Sudetendeutschen (einschließlich einiger Grenzkorrekturen) zu stellen, ging nicht auf. Die tschechischen Widerstandsbewegungen hatten sich schon im Sommer 1941 auf ein Sowohl-als-auch festgelegt: auf die historischen Grenzen der böhmischen Länder einschließlich der Vertreibung der Sudetendeutschen.²⁹¹⁴

Erst am 22. September 1941 fand in Aston Abbots ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Beneš und Jaksch statt, in dem offensichtlich auch Fragen erörtert wurden, die beide Politiker vertraulich behandeln sollten. Dabei kam Jaksch mit Beneš überein, seinen Parteivorstandsmitgliedern das Ende Juli 1941 erneuerte Angebot zum Eintritt deutscher Vertreter in den Staatsrat mit der Begründung als nicht realisierbar darzustellen, dass ein solcher Eintritt „derzeit sowohl im tschechischen als auch im deutschen Sektor der Heimat Gegenstand einer unerwünschten Agitation sein könnte“. Die 1. Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokratie am 28. September 1941 in London erklärte zwar ihre Zugehörigkeit zur „demokratisch-sozialistischen Allianz“, „die auf den Schlachtfeldern

²⁹¹² Jaksch an Beneš, London, 11. September 1941, einschließlich Beilage, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 106-109. Auch der sozialdemokratische Altvorsitzende Ludwig Czech kam in einem KZ ums Leben.

²⁹¹³ BRANDES, Protektorat I, 183f.

²⁹¹⁴ BRANDES, Protektorat I, 178.

der Sowjetunion, des Mittelmeergebietes und des Atlantiks für die Niederringung Hitlers und seiner Quislinge kämpft“, sprach aber auch ihre Überzeugung aus, dass der Punkt 2 der *Atlantic Charter* – „Second, they desire to see no territorial changes that do not accord with the freely expressed wishes of the peoples concerned“ – die Basis für eine Vertragslösung zwischen den Sudetendeutschen und ihren slawischen Nachbarn im Sinne einer Erneuerung des gemeinsamen Staates sein könne. Nicht zuletzt protestierte die Landeskonferenz gegen das „Henkerregime“ des Karl Hermann Frank und die Berufung des „Gestapo-Führers Heydrich“ zum Reichsprotektor, der aber „den wunderbaren Widerstandsgeist des tschechischen Volkes nicht brechen“ werde. Die versammelten 226 sudetendeutschen Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre sandten schließlich eine Loyalitätsadresse an den Präsidenten Beneš, in welcher der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, „dass unter seiner bewährten Führung nach der Befreiung unserer gemeinsamen Heimat von der Nazityrannei die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte aller Völker erneuert werden kann“. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie hatte also allfällige „gesamtdeutsche“ Pläne zur Lösung des Sudetenproblems stillschweigend ad acta gelegt. Beneš antwortete dennoch vorerst mit allgemeinen Formulierungen, verwies aber bereits am 6. Oktober 1941 auf die ersten Massenhinrichtungen im Protektorat:

„[...] Die Ereignisse, zu denen es inzwischen in der Heimat nach dem Beginn des Terrorismus gegen das tschechische Volk durch Himmlers Henker Heydrich gekommen ist, sind für uns alle eine neue, schwere Prüfung. Ich glaube, dass wir auch diese bestehen werden.“²⁹¹⁵

Auf Grund von Kritik aus den eigenen Reihen hatte Beneš bereits Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger (Cheb) von einer möglichen Abtrennung ausgeschlossen. Nach immer stärkerem Widerstand auch aus der eigenen Militärführung in London gab Beneš aber seine dreigliedrige Konzeption bereits gegen Ende 1941 im Wesentlichen auf. Andererseits wurde die „Treuegemeinschaft“ durch die Abspaltung eines linkssozialistischen Flügels unter dem ehemaligen Obmann der Bergarbeiterunion, Josef Zinner, geschwächt, der sich den nach Großbritannien emigrierten sudetendeutschen Kommunisten unter Václav Nosek annäherte und bedingungslos für die tschechoslowakische Staatsidee eintrat.²⁹¹⁶

Im Jänner 1942 teilte Beneš daher einer Delegation sudetendeutscher Sozialdemokraten mit, dass die neue Tschechoslowakei höchstens eine Million Deutsche verkraften könne. Und in einem internen Memorandum gab Beneš bereits seiner Hoffnung Ausdruck, dass „sich von diesen Deutschen ein großer Teil innerhalb einer gewissen Zeit assimiliert. Die übrigen hätten ein sehr liberales Regime, und im Rahmen eines 12-Millionen-Staates und zumeist verteilt unter der Bevölkerung

²⁹¹⁵ Jaksch an Beneš, London, 23. September 1941; Beschlüsse der 1. Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokraten, London, 28. September 1941; Antwort Beneš, [o. D.]; Beneš an Jaksch, London, 6. Oktober 1941, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 112-115.

²⁹¹⁶ HRABOVEC, Vertreibung, 39f.

tschechischer Nationalität wären sie für die nationale und staatliche Existenz der Republik keine Gefahr mehr.“²⁹¹⁷ Jaksch und sein Stellvertreter Richard Reitzner verfassten ein deutlich ablehnendes Rundschreiben an ihre Genossen:

„Was in London bequem und populär wäre, das Lossagen von der Heimat und von unseren schaffenden Volksmassen – morgen wäre es unser politischer Tod. [...] Das Ziel der tschechischen Politik bleibt nach wie vor ein maximaler Machtgewinn nach dem Kriege. Es wäre bequem für unsere Partner, wenn sich dieser Prozess mit unserer formellen Zustimmung abspielen würde. Unsere Führung denkt nicht daran, diese Zustimmung zu geben. Aufgabe unserer Auslandspolitik kann es lediglich sein, nicht ein Jota guten Willens von tschechischer Seite unbeantwortet zu lassen.“²⁹¹⁸

Die Hinweise von Beneš auf die Möglichkeit eines Bevölkerungsaustausches beunruhigten auch Vertreter der jüdischen Emigration, etwa den Direktor des *Yiddish Scientific Institute* in New York, Max Weinreich. Jan Masaryk versuchte ihn zu beruhigen:

„[...] I can understand that under the unprecedentedly tragic circumstances that the heroic and sorely tried Jewish people find themselves in to-day, Dr. Beneš's mentioning the possibility of exchanging populations could give rise to worry.

It has been my honor and pleasure to work for Beneš for the last twenty-five years and I know that when he speaks of 'exchange of populations' he means that within the realms of possibilities we must – after this war – try to get rid of some of the Germans around the frontiers of Germany who have never been much good to us and I do not think they will be a great addition to Germany. Naturally – there are some decent people among them. We will find who is who the war is over.

I would like to go on record, and you have my approval to use this letter in any way you want to, in stating that Jews are certainly not included in these as yet very hazy plans. And I have Dr. Beneš's authority in emphasizing this point. [...]“²⁹¹⁹

Die in Großbritannien lebenden Mitglieder und Ersatzmitglieder des Parteivorstandes der sudetendeutschen Sozialdemokratie trafen sich am 7. Juni 1942 in London und formulierten als Ziel ihrer Arbeit „nach wie vor die Anbahnung eines engen Bündnisses zwischen den demokratisch-sozialistischen Massen der Tschechen und Sudetendeutschen in der Revolution gegen die Hitler-Tyrannie und nach der Befreiung“. „Die unbezwungenen Kader unserer Heimatbewegung“ fühlten sich auch stark genug, „in der Stunde der europäischen Schicksalswende die Abrechnung mit den Naziverbrechern selbst zu vollziehen“. Daher lehnten sie schon jetzt eine ungleiche Behandlung der demokratischen Sudetendeutschen und Slowaken im neuen Staatsaufbau ab. „Insbesondere wenden wir uns dagegen, dass den Sudetendeutschen mit Bevölkerungstransfer gedroht wird, während für

²⁹¹⁷ VONDROVÁ, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. 80.

²⁹¹⁸ Rundschreiben Jaksch und Reitzner, London, 23. Jänner 1942, PRO, FO 371/30834, C1645/326/12, zitiert nach: BRANDES, 1945, 227f.

²⁹¹⁹ Jan Masaryk to Max Weinreich, New York, May 5, 1942.

die Slowakei der Grundsatz der politischen und juristischen Abrechnung mit den Werkzeugen Hitlers gelten soll.“²⁹²⁰

Jaksch übersandte am 23. Juni 1942 diese Richtlinien an Beneš, nicht ohne einleitend seine tiefe Betroffenheit und seine Empörung über „die jüngsten schrecklichen Vorgänge in der Heimat“ – gemeint waren die Verfolgungen nach dem Attentat auf Heydrich – zum Ausdruck zu bringen. Zwar wollte Jaksch aus diesem Grund keine umstrittenen Fragen ansprechen, wies aber dennoch auf „die tiefe Enttäuschung unserer Vertrauensmänner über die negative Behandlung aller bisher von unserer Seite erstatteten Vorschläge“ hin und wollte nicht verschweigen, „dass insbesondere die Propaganda für einen Massentransfer der Sudetenbevölkerung in den Reihen unserer Menschen konsternierend gewirkt hat“.²⁹²¹ Beneš ging in einer ersten kurzen Antwort „nur“ auf den NS-Terror ein und sah darin Übereinstimmung, „dass wir uns alle gemeinsam am meisten dafür einsetzen müssen, dass dieses Regime so bald wie möglich fällt“.²⁹²²

Grundsätzlicher war die Erklärung der tschechoslowakischen Exilregierung zum Sudetenproblem aus dem Sommer 1942. Als wesentliche Positionen wurden festgehalten:

- „[...] It has already been pointed out above, that in the question of destroying Nazism and Fascism and punishing the guilty President Beneš strictly maintains a view that applies equally to all nationalities in the Republic, Czechs, Slovaks, Germans, Hungarians, Carpatho-Ukrainians. Should it not be necessary for that purpose to expel from the Republic larger groups of any population, so much the better. However, we must be conscious of the fact that it is indeed a question of punishing many thousands of Nazis and Fascists of all nationalities. It is for us all to consider together how to do it so that there is no repetition of what happened in our country with pan-Germanism, Nazism and Fascism for almost twenty years of the Republic, nor what happened especially at Munich and after Munich. The President and the Czechoslovak Government will not relieve any culprit from whatever camp. Shall they all be slain, or great jails or concentration camps for life-time erected for them, or would it be better that they go for good? [...]
- The transfer question is not and cannot be an exclusively Czechoslovak question. It is a question of general European significance affecting not only Czechoslovakia, but also many other States, and it can therefore be put only as an international problem that must be solved in the final settlement of European affairs. The Czechoslovak Government will define its final attitude towards it on the basis of the final outcome of the war, of the events in our homeland, and in accordance with the attitude adopted in respect of it by the other victorious Powers in their preparations for the preliminaries and the peace. [...]
- The Czechoslovak nation cannot and never will accept the principle of self-determination for three million Germans so as it was formulated, interpreted and asserted at the last Peace

²⁹²⁰ PRINZ, Jaksch – Beneš, 125f. Obwohl Jaksch in seinen zahlreichen Radioansprachen über den deutschen Dienst der BBC an seine sudetendeutschen Landsleute nicht den geringsten Anhaltspunkt für Illoyalität gegenüber der Tschechoslowakei gegeben hatte, wurden seine Sendungen im Sommer 1942 eingestellt. – DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 43-45.

²⁹²¹ Jaksch an Beneš, London, 23. Juni 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 127.

²⁹²² Beneš an Jaksch, London, 15. Juli 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 128.

Conference and for full twenty years afterwards. Neither President Masaryk nor Dr Beneš ever made a secret of that because such a conception of self-determination destroys a priori the self-determination of 10 million Czechoslovaks and makes the existence of an independent Czechoslovak State quite impossible.²⁹²³ It can be expected with certainty that after this war the principle of self-determination will be re-defined and asserted in an entirely new form. [...]

- In the matter of the so-called ‚Vertragslösung des tschechisch-sudetendeutschen Problems‘ (solution of the Czech-Sudeten-German problem by agreement) it ought to be stressed that this formula will certainly give rise to misunderstandings among our people. President Beneš refused it when it was put to him by Slovaks; and by mutual agreement we replaced it by speaking of a democratic settlement of all political, administrative and other disputes in the Republic. Such a formula covers everything including the Czech-German problem in the Bohemian Lands. [...]
- There cannot be the slightest doubt for anybody that President Beneš personally is, and will consistently be, opposed to so-called ‚einseitige Machtlösungen der tschechisch-deutschen Frage‘ (one-sided solutions by force of the Czech-German question). However, we would not be realistic politicians if we did not tell ourselves quite clearly that the German nation and State, if they emerge from this war as the defeated will, like every defeated State and nation in every war, bear the consequences of their defeat. Whoever entered into an alliance or professed solidarity with them in this war, or helped them in any way, will be affected by this defeat. The great majority of the Germans in the Czechoslovak countries allied themselves, or professed solidarity, with them, and they are still helping them effectively. They will be affected. How? – is a question that none of us is to-day in a position to answer correctly. This will be decided according to the circumstances in which we end this war. But it is also in the interest of the Czechs and the Slovaks that this shall be done reasonably and justly, and that this shall mean not mere vengeance. [...]
- It is clear to everybody that there will be Germans again in the Republic and that they must live; we wish that they may be good citizens and equal with all others and that with no part of them may again happen what happened with them under the influence of German Nazism from 1934 onwards. [...] It would, however, be a fateful mistake if it were again said that this depends solely on the Czechs and on what the Republic is doing in the German question etc. There are 80 million Germans and the small Czechoslovak nation cannot permanently live with the German pistol pointed at its breast. So long as the Czech Germans do not realise that the Czechoslovak nation cannot politically live under their permanent threat that they will again at the given moment break up their State, thus destroying the indispensable basis of their national existence, there can be no agreement and there will be struggle, there will be attempts at ‚einseitige Machtlösungen‘.
- Appealing to the so-called ‚Selbstbestimmungsrecht‘ without regard to the Czech people in the territory without which our State and nation cannot live – as this done in the last twenty years of the Republic on the part of almost all our Germans with the support of all other Germans and their great realm – has meant, means and will always mean ‚einseitige Machtlösung‘. Hitler carried this ‚einseitige Machtlösung‘ through by sheer force against the rest of the world, having the situation sufficiently prepared ideologically. [...] This was called ‚the right of the Germans to national unity‘, but the result was – willingly or unwillingly – political pan-Germanism which was the true father of Nazism. Our conclusion is that the inhabitants of our frontier region have no right to collective and territorial self-deter-

²⁹²³ Tatsächlich verwendeten Masaryk und Beneš dieses Argument bereits 1918/19.

mination without the consent of the Czechs who, by its application, would always be literally in the hands of the neighbouring Reich and thus deprived of their self-determination, i. e. liberty. Each of them has, however, and must have the right to individual and personal self-determination and may at will leave his state and the surroundings in which he cannot live politically as he would like to. The German nation has like other nations a right to have its own State, but it cannot claim that all Germans must live in this State, just as other nations, e. g. France, have no such claim. Whether or not all the members of the same nation live in one State, is a question of political opportunity, practical possibility, geography, economic circumstances, historical development, the interest also of other nations, but not a question of principle. The principle of territorial and collective ‚Selbstbestimmungsrecht‘ for national minorities and fractions of nations that already have their national State is political dynamite which makes the life of all States and nations in Central Europe, and the maintenance of peace generally, simply impossible. [...]“²⁹²⁴

Nach dieser prinzipiellen Absage an ein sudetendeutsches Selbstbestimmungsrecht verschlechterten sich die Aussichten für erfolgreiche Verhandlungen. Beneš war an keiner Einigung mit Jaksch mehr interessiert, wenn er es überhaupt jemals war. Bereits am 2. Dezember 1942 erfolgte eine „Generalabrechnung“ des Exilpräsidenten mit Jaksch, die letzten Endes zum totalen Bruch führte. Hierzu griff Beneš sogar auf die Zeit vor München zurück:

„[...] Wie überall in der Welt gab es auch bei uns eine Krise und einen Kampf zwischen Demokratie, Faschismus und Kommunismus, und es zeigten sich dieselben Begleiterscheinungen wie anderswo. Doch blieb die Linke bei uns stets Herr der Lage [?], und ihre Anhänger hielten die Position bis München. Bei euch war es schlimmer, denn auch unsere deutsche Bevölkerung verfiel in ihrer großen Mehrheit dem Faschismus. [...] Sie geben selbst in Ihrem Briefe zu, dass in den Jahren 1935-38 eine Million Deutscher, d. h. nur etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung, an der Seite des tschechischen bzw. des tschechoslowakischen Staates gestanden haben. Auch kann es heute kaum eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns darüber geben, dass der Faschismus und Nazismus kein durch tschechische Fehler verursachtes Phänomen sei.“

Vor München sei auf das tschechische Mehrheitsvolk und den demokratischen Staat ein unerhörter Druck reaktionären Charakters ausgeübt worden, der den Sturz der tschechischen Demokratie zur Folge gehabt habe. „In dieser furchtbaren Krise haben wir allein die größten Opfer gebracht, und die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sollte davon profitieren. Es geschieht zur Ehre des tschechischen Volkes, dass es von der Linken bis zur Rechten einig war, als ich den Mobilisationsbefehl unterschrieb. [...] Die Verdienste der deutschen Sozialdemokraten, die sich mit uns tapfer bis an das Ende gehalten haben, obwohl durch ausländische Einflüsse und durch den Druck der Ereignisse versucht wurde, sie aus der Regierungsmehrheit auszuschließen, will ich gerne anerkennen.“

Aber – und nun kam Beneš zum Kern seines Bruches mit Jaksch – das ganze Jahr 1939 hindurch bis 1940 sei die Führung der sudetendeutschen Sozialdemokratie nicht zu einem Widerruf von München bereit gewesen; die Parteimitglieder würden es nicht akzeptieren, soll Jaksch geantwortet haben. Tatsächlich hatte Jaksch in mehreren Rundschreiben, Memoranden und Deklarationen das „Selbst-

²⁹²⁴ Czechoslovak Government in Exile, Statement of Principles with Regard to the Resolution of the Sudeten German Social Democratic Party, London, summer 1942, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 151-160.

bestimmungsrecht“ für die Sudetendeutschen gefordert, d. h. eine freie Entscheidung über die künftige staatsrechtliche Stellung des Sudetengebietes innerhalb der Tschechoslowakei oder innerhalb des Deutschen Reiches. Daraus erhob nun Beneš in schneidendem Ton gegenüber Jaksch den Vorwurf, sich nicht bedingungslos und ohne Vorbehalt zur Kontinuität der Tschechoslowakischen Republik bekannt zu haben:

„[...] Aber ob sie Tschechoslowaken sind oder nicht, ob sie im Hinblick auf ihre Staatsangehörigkeit noch Bedenken haben, ob sie sich voll und bedingungslos hinter den Staat stellen oder nicht – das alles haben Sie auch jetzt noch nicht klar und eindeutig gesagt. Ist das Taktik? Oder ist es Unentschlossenheit? Oder aber ist es Entschlossenheit, sich die Tür für andere Möglichkeiten offen zu halten? [...] Ich glaube nicht, dass sich diese unmögliche Situation noch länger aufrechterhalten lässt.“²⁹²⁵

Jaksch benötigte drei Monate, um auf diese schweren Vorwürfe zu antworten. Gegen den Vorwurf der „Fristversäumnis“ zur politischen Mitarbeit verwies Jaksch auf unterschiedliche Haltungen der Alliierten des antifaschistischen Lagers gegenüber Hitler. So habe der Labour-Führer Clement Attlee in einer offiziellen Kundgebung noch am 8. November 1939 erklärt:

„[...] There must be acts of restitution. There must be recognition of the wrong done to the Polish and Czechoslovak peoples. It would be unwise to specify precisely at this stage what those acts should be. The withdrawal of troops and police from the territory which even at Munich was held to belong to Czecho-Slovakia, the withdrawal of troops from Poland, and the reinstatement of democratic Governments freely chosen by and responsible to the peoples of Czechoslovakia and Poland would be obvious acts of restitution. [...]“

Auch Präsident Beneš selbst habe in seiner Erklärung vom 24. Juli 1940 zwar die staatliche „Rechtskontinuität“ reklamiert, aber eine „neue Republik“ erwähnt. Hingegen habe sich die sudetendeutsche Sozialdemokratie bereits am 10. März 1940 für eine „Autonomie im Föderalstaat“, also für die Republik in den Vor-Münchener Grenzen ausgesprochen. Und Jaksch scheute sich nun nicht, auch den tschechoslowakischen Geheimdienst (*druhé oddělení*) anzugreifen, der Beneš offensichtlich vertrauliche Protokolle von sozialdemokratischen Parteivorstandssitzungen zugespielt hatte: „Die Herren vom ‚*druhé oddělení*‘ sind am Tage vor der Besetzung von Prag nach London abgeflogen, ohne einen Jaksch oder Taub auch nur durch einen Telephonanruf zu warnen, obwohl sie wussten, dass Jaksch auf der ‚schwarzen Liste‘ der Gestapo gut placiert war.“ Schließlich: „Nicht wir sind es, die das Erbe der heroischsten Epoche in der Geschichte der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit über Bord werfen.“²⁹²⁶ – Brandes urteilt vermutlich zu Recht: „Jaksch hatte jedoch auch zuvor niemals eine Chance gehabt, zu einer Einigung mit Beneš zu kommen, wenn er die Vertreibung der Mehrheit der Sude-

²⁹²⁵ Beneš an Jaksch, London, 2. Dezember 1942 (Aston Abbots, 10. Jänner 1943), in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 129-142.

²⁹²⁶ Jaksch an Beneš, London, 3. April 1943, in: PRINZ, Jaksch – Beneš, 143-150.

tendeutschen nicht akzeptieren und sich nicht mit der Führung einer Restminderheit zufrieden geben wollte.“²⁹²⁷

Die ausgrenzende Haltung Beneš' gegenüber der sudetendeutschen Sozialdemokratie hatte einerseits mit den schweren Verfolgungsmaßnahmen im Protektorat nach dem tödlichen Attentat auf Heydrich, andererseits mit Haltungsänderungen auf alliierter Seite zu tun. Noch im Frühjahr 1940 konnte der stellvertretende US-Außenminister Sumner Welles in Paris und London feststellen, dass Daladier und Chamberlain den Deutschen der Tschechoslowakei und Polens im Falle eines Kompromissfriedens Selbstbestimmung einräumen wollten. Aber bereits zu dieser Zeit hielt eine Mehrheit der im *Foreign Research and Press Service (FRPS)* zusammengefassten wissenschaftlichen Berater des Foreign Office die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei für nötig – im Übrigen auch aus jenem Teil Ostdeutschlands, der Polen übergeben werden sollte. Unter dem Eindruck der deutschen Luftangriffe auf britische Städte im Sommer und Herbst 1940 begann sich auch die Stimmung in der britischen Bevölkerung in eine Richtung zu wandeln, dass den Forderungen der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierung nach einer radikalen Lösung der Probleme der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa Verständnis entgegengebracht wurde und sie bei den Ministern und Beamten des *Foreign Office* Anklang fanden. Premierminister Churchill persönlich stimmte den Vorstellungen von Bevölkerungstranfers bereits im Dezember 1940 zu, wobei er sich auf den angeblichen „Erfolg“ des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches von 1922/23 berief. Somit reduzierte sich aber der zweite Grundsatz der *Atlantic Charter* – „keine territorialen Veränderungen, die nicht dem frei geäußerten Willen der betroffenen Völker entsprechen“ – zu einem reinen Propaganda-Instrument.²⁹²⁸

Stalin bot im November 1941 – erstaunlicherweise zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die deutschen Truppen Moskau näherten – dem polnischen Ministerpräsidenten Władysław Sikorski an, dass Polen für Verluste im Osten Kompensationen in Ostpreußen und bis zur Oder erhalten könne; Königsberg sollte allerdings sowjetisch werden. Dieses Angebot wiederholte Stalin gegenüber Eden, als dieser im Dezember 1941 erstmals Moskau besuchte. Und Stalin sprach sich auch für eine Rückgabe der Sudetengebiete an die Tschechoslowakei aus. Sowohl aus diesen als auch aus den deutschen Ostgebieten sollte die deutsche Bevölkerung nach Deutschland evakuiert werden. Eden, der bereits vor seiner Moskau-Reise dem Transfer-Gedanken positiv gegenübergestanden war, gab nach seiner Rückkehr dem FRPS den Auftrag zu einem Gutachten über die Grenzen zwischen Deutschland einerseits und der Tschechoslowakei und Polen andererseits. Dabei sollte der FRPS weniger Rücksicht auf ethnographische Gesichtspunkte nehmen und, „soweit dies dazu führt, den Austausch von Bevölkerungen zu befürworten“, auch ein zweites Gutachten zur Umsiedlung der Deutschbalten erarbeiten. Während der

²⁹²⁷ BRANDES, 1945, 228.

²⁹²⁸ BRANDES, 1945, 229.

Erarbeitung dieser Gutachten erläuterte Beneš Eden seinen Plan, durch kleine Gebietsabtretungen und die Aussiedlung der Mehrheit der Sudetendeutschen deren Zahl auf eine Million zu reduzieren. Das erste Gutachten und Beneš' Plan bildeten schließlich die Grundlage für den Doppelbeschluss des britischen Kriegskabinetts vom 6. Juli 1942: Die britische Regierung erklärte nicht nur das Münchener Abkommen für ungültig, sondern gab auch ihre Zustimmung zum „allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“. Da Eden in seiner Kabinettsvorlage die Zerstörung von Lidice erwähnt hatte, ist anzunehmen, dass dieser Terrorakt gewissermaßen den Schlussstein in der Argumentationskette dargestellt hatte.²⁹²⁹

Anfang April 1943 äußerte sich Churchill gegenüber Beneš in aller Deutlichkeit:

„Der Bevölkerungstransfer ist notwendig. Wer die baltischen Staaten verlassen will, soll gehen. Ebenso aus Ostpreußen, wenn es Polen zufällt, und auch aus dem Sudetenland. Sie bekommen eine kurze Frist, um sich das Nötigste zu nehmen und zu gehen – ich hoffe, dass wir das bei den Russen durchsetzen. Das hat sich vor Jahren in der Türkei und Griechenland bewährt und wird sich auch jetzt bewähren.“²⁹³⁰

Im November 1943 setzte die britische Regierung ein „Interministerielles Komitee zum Transfer deutscher Bevölkerungen“ ein, das in einem Gutachten vom Mai 1944 zum Schluss kam, dass Deutschland die auf 10 Millionen geschätzten Vertriebenen aus Polen, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei langfristig absorbieren könne, doch seien kurzfristig Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen zu erwarten. Um einen wirtschaftlichen Kollaps Deutschlands zu verhindern, sollte die Vertreibung erst ein Jahr nach dem Waffenstillstand beginnen und über mindestens fünf Jahre erstreckt werden. „Das Problem der Ansiedlung in Deutschland würde beträchtlich erleichtert, wenn gerade in der Periode, in der die Transfers stattfinden, einige Millionen Deutsche als organisierte Arbeitskraft in verwüsteten Gebieten außerhalb Deutschlands, z. B. in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingesetzt wären. [sic!]“ Halbe Maßnahmen aber seien abzulehnen: Wenn, dann wären alle Deutschen eines Gebietes auszusiedeln.²⁹³¹

²⁹²⁹ Vermerk Ronalds über eine Besprechung mit Private Secretary Harvey mit Vermerken Stangs und Cadogans, January 1942, PRO, FO 371/32481, W 335/81/49; Memorandum Eden „Anglo-Czechoslovak Relations“, July 2, 1942, PRO, CAB 66/26, W.P. (42) 280; zitiert nach: BRANDES, 1945, 229f.

²⁹³⁰ Auszug aus einem Protokoll der Besprechung zwischen Beneš und Churchill am 3. April 1943, in: Czechoslovak-Polish Negotiations on the Establishment of Confederation and Alliance 1939-1944. Czechoslovak Diplomatic Documents, ed. by Ivan Št'oviček und Jaroslav Valenta (Praha 1995) Dok. Nr. 170.

²⁹³¹ Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations, May 12, 1944, PRO, FO 371/39092, C6391/220/18, zitiert nach: BRANDES, 1945, 230f.

Die Radikalität der Vorschläge der britischen Politiker, Beamten und Diplomaten verblüfft: Die Zwangsaussiedlung sollte total sein, damit kein auf Revanche sinnendes Element in Rumpfdeutschland entstehe; zur Vermeidung von Versorgungsengpässen sollte sich die Sowjetunion der Millionen deutscher Arbeitskräfte bedienen; und: Nach Österreich sollten nur die wenigen Deutschen Südmährens und Südböhmens – nach der Volkszählung 1939 immerhin auch etwa 272.000 Personen – ausgewiesen werden, damit die Sudetendeutschen mit ihrer „alldeutschen Tradition“ nicht das neue Österreich belasteten.²⁹³²

Bereits im Juni 1942 hatte der eben aus Washington über London heimreisende sowjetische Außenminister Vjačeslav M. Molotov Beneš zu verstehen gegeben, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei ein „inneres“ Problem der Tschechoslowakei, doch werde die sowjetische Regierung helfen, wo es möglich sei. Beneš und sein Staatssekretär Ripka „scherzten“ mit dem sowjetischen Botschafter in London, Bogomolov, über einen möglichen Abtransport der Sudetendeutschen nach Sibirien, und sowohl die sowjetische Reparationskommission als auch der britische „Malkin Report“ sahen die Zwangsarbeit von bis zu 3 Millionen Deutschen vorwiegend in der Sowjetunion vor.²⁹³³

Schwieriger gestaltete sich die Überzeugung der US-Außenpolitik. Schon in der Frage polnischer Annexionen gab es einen deutlichen Gegensatz zwischen den Aussagen des Präsidenten Roosevelt und den Empfehlungen seiner Beratungsgremien. Auf seiner Reise in die USA im Mai 1943 erreichte Beneš aber tatsächlich die Zustimmung des US-Präsidenten zum Transfer, obwohl seine politischen Berater geglaubt hatten, mit einer Abtrennung von sechs Landzipfeln von der Tschechoslowakei und ohne Vertreibung auskommen zu können. Noch ehe Beneš nach London zurückgekehrt war, eilten seine Abgesandten mit dem Telegramm über Roosevelts Einverständnis zu Bogomolov und ersuchten um eine deutlichere sowjetische Festlegung. Tatsächlich konnte ihnen der sowjetische Botschafter schon am 5. Juni 1943 mitteilen, dass die sowjetische Regierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen aus der Tschechoslowakei zustimme.²⁹³⁴

Eine Gruppe aus dem „Stab für den Aufbau der tschechoslowakischen Verteidigungsmacht“ arbeitete im ersten Halbjahr 1943 eine Studie über die „Umsiedlung von Minderheiten“ aus und übergab sie am 30. Juli Präsident Beneš. Sie schlugen vor, „wenigstens zwei Millionen (oder mehr)“ Deutsche loszuwerden, und zwar hauptsächlich aus den Bezirken mit überwiegend deutscher Bevölkerung. Damit blieben in der Tschechoslowakei (nach der Volkszählung 1930) nur mehr 1,232.000 Deutsche zurück, wodurch der Prozentsatz der Deutschen auf 11,2 % gesenkt werden könnte. „Bei einem täglichen Einsatz von 41 Zügen könnte der Transfer der Deutschen innerhalb von 4 Monaten und 15 Tagen durchgeführt werden, plus die Zeit für die Liquidierung des Eigentums [...]“. Als Eventualität D war aber auch

²⁹³² Dokumentation der Vertreibung IV/1, 14.

²⁹³³ BRANDES, 1945, 231.

²⁹³⁴ BRANDES, 1945, 231f.

geplant, den Transfer aus den Grenzbezirken in einer Entfernung bis zu etwa 50 km Luftlinie von der Grenze (d. h. 60-75 km Wegstrecke) zu Fuß erfolgen zu lassen, aus den übrigen Bezirken dann mit bereitgestellten Fahrzeugen (Züge).²⁹³⁵

Der persönliche Sekretär Beneš', Eduard Táborský, entwarf noch einen Plan, der es den deutschen Antifaschisten, Sozialdemokraten und NS-Verfolgten ermöglichen sollte, in der neuen demokratischen Tschechoslowakei zu bleiben. Auch deutsche Kleinbauern sollten bleiben dürfen, sofern sie weder politisch aktiv geworden waren noch ihre tschechischen Nachbarn ausgebeutet hatten.²⁹³⁶ Vor seiner beschwerlichen Reise über Nordafrika und den Nahen Osten in die Sowjetunion aber fasste Beneš in einem Zehn-Punkte-Plan zusammen, dass die tschechische Politik nicht mehr daran glaube, die als nötig erachtete Reduzierung der deutschen Minderheit durch den „Transfer“ ausschließlich jener zu erreichen, denen diese Maßnahme als strafrechtliche Sanktion für ihre Taten, für ihre individuelle Schuld, auferlegt werden konnte. In diesem Vertreibungsplan ging Beneš bereits über den Kreis der unbestrittenen Exponenten und Nutznießer des NS-Regimes einschließlich der SdP-Funktionäre hinaus und erfasste auch die Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten – Juristen, Ingenieure, Lehrer – sowie jene, die in uniformierten Einheiten an der Front oder im Hinterland dem Dritten Reich gedient hatten. In der neuen Tschechoslowakischen Republik sollte keine Gemeinde mehr existieren, in der nicht mindestens 67 % der Bevölkerung tschechischer, slowakischer oder „karpatorussischer (ukrainischer)“ Nationalität seien.²⁹³⁷

Nachdem Beneš am 11. Dezember 1943 in Moskau eingetroffen war und am nächsten Tag Außenminister Molotov und Gesandter Fierlinger den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag unterzeichnet hatten, erläuterte Beneš am 14. und 16. Dezember im Büro von Molotov seine detaillierten Pläne, wobei sich der sowjetische Außenminister auf kurze Kommentare und Fragen beschränkte. Bereits der zweite Punkt betraf „Nachkriegs-Deutschland und die Ungarn“: Sowohl Stalin als auch Churchill hätten Beneš den Rat gegeben: „Break it up“, worauf ihn Molotov nach der Bedeutung fragte: „Dismemberment? President [Beneš]: Yes, dismemberment.“ Marschall Stalin habe ihm, Beneš, beim Dinner am 11. Dezember auch seine Zustimmung zum „Transfer“ gegeben. Und Beneš verband die beabsichtigte Vertreibung auch gleich mit der sozialen Frage:

„70 per cent of our Germans are rich people [eine bewusste Fehlinformation! Anm. Suppan]; these must go first, because they have all been Fascists. The Czechs are democrats [sic!]. We have a few rich people, too, and there are various political tendencies among us, but our nation as a whole can be rightly considered democratic.“²⁹³⁸

²⁹³⁵ Odsun 2, 402-407.

²⁹³⁶ Eduard Taborsky, *Minority Regimes and the Transfer of Populations in Central Europe after this War* (prepared for Beneš, 1943-44), HIA, Taborsky papers, box 8, zitiert nach: NAIMARK, Fires, 114.

²⁹³⁷ Jaroslav KUČERA, „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ *Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948* (Dresden 2001) 38; KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 562f.

²⁹³⁸ Minute by Smutný of the political conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 14 December 1943, in: MASTNÝ, *The Beneš-Stalin-Molotov Conversations*, 383.

In der Tschechoslowakei gebe es rund 2,8 Millionen Deutsche. „Könne man alle aussiedeln, umso besser; geht das nicht, dann wenigstens 2 Millionen.“ Beneš erklärte also ausdrücklich, dass sich der „Transfer“ auch auf einen Teil der deutschen Bevölkerung beziehen werde, der nicht aktiv an der staatsfeindlichen Tätigkeit gegen die Tschechoslowakei beteiligt gewesen sei. – Weshalb Beneš ausgerechnet gegenüber dem meist gut informierten Molotov die Gesamtzahl der Sudetendeutschen bewusst verringerte, bleibt sein Geheimnis. – Aber Beneš ging es nicht nur um Vertreibung. Denn: Das Eigentum der ausgesiedelten Sudetendeutschen sollte als Reparation für die Besatzungsschäden dienen. Molotov unterbrach ihn: „Restitution.“ Beneš stimmte sofort zu, er wolle die Restitution von allem, was die Deutschen weggetragen hätten. Und er wolle die Übertragung des Eigentums der vertriebenen Deutschen an die tschechoslowakische Regierung. Denn den Boden, die Fabriken, Bergwerke, Eisenhütten und Banken der Deutschen könne man nicht an Einzelpersonen verteilen, vielmehr sollten sie nationalisiert werden. Schließlich noch ein deutlicher Schwenk in Richtung Staatssozialismus: „The transfer of the German property will be the beginning of nationalization. I suppose that you realize now what else the transfer means for us: not only Czechization, but also the beginning of a great social transformation.“ Molotov dürfte zufrieden gewesen sein, auch wenn er sich in der Restitutions- bzw. Reparationsfrage keineswegs festlegte.²⁹³⁹

Diese Zurückhaltung Molotovs mag Beneš dazu veranlasst haben, am Ende seiner Besprechung mit dem sowjetischen Außenminister am 16. Dezember nochmals auf die Vertreibungsfrage zurückzukommen und sogar einen gewissen Kompromiss von Land gegen Leute anzubieten (wie bereits im September 1938 in Paris):

„I have already mentioned that, if necessary, I am willing to cut off portions of the Republic and turn them over to Germany, provided this would help us expel all Germans from the Republic. [...] And afterwards, we want to agree with you and with the British about the frontiers. [...] (Pointing to the map, he explains what territorial concessions he would be ready to make. On the other hand, he mentions the German territory which is to be added to ours for strategic reasons, so that the settlement would appear as a exchange of territory, not a unilateral concession from our side.)

Molotov listens impassively to the exposé...“²⁹⁴⁰

Bei einem weiteren Treffen mit Stalin am 18. Dezember bekräftigte Beneš seine nationalistisch-sozialistische Haltung in der Lösung des deutschen Problems:

„[...] Die Niederlage Deutschlands gibt uns die einzigartige historische Möglichkeit, das deutsche Element radikal aus unserem Staat zu entfernen. [...] Die künftige Republik sollte ein Staat von Tschechen, Slowaken und Karpato-Ukrainern sein. Es sollte ein Staat der slawischen

²⁹³⁹ Ebenda, 384; Odsun 2, 425-428.

²⁹⁴⁰ Minute by Smutný of the second conversation between Beneš and Molotov, Moscow, 16 December 1943, in: MASTNÝ, The Beneš-Stalin-Molotov Conversations, 396.

Völker sein. Man sollte aus der Tschechoslowakei alle deutschen Lehrer, Professoren, SS- und Gestapo-Männer, Mitglieder der Hitler-Jugend, alle aktiven Mitglieder der Henlein-Partei und die ganze deutsche Bourgeoisie ausweisen, alle reichen Deutschen.“²⁹⁴¹

Beneš ließ seine Gespräche mit Stalin und Molotov von seinem Kabinettschef Jaromír Smutný zusammenfassen und drei Memoranden übergeben, eines davon über die geplante Vertreibung der Sudetendeutschen, eines über die militärische Zusammenarbeit während des Krieges und danach, ein drittes über die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber die sowjetische Seite beantwortete keines der drei Memoranden, so dass auch von keiner formellen Billigung der Vertreibung der Sudetendeutschen gesprochen werden kann.²⁹⁴²

Die Exil-Führung der tschechoslowakischen Kommunisten in Moskau hatte sich erst relativ spät mit der Aussiedlungsfrage zu beschäftigen begonnen, fand lange Zeit keine einheitliche Linie und schwenkte erst nach der von Beneš kolportierten Zustimmung Stalins auf den Vertreibungskurs ein. Die KPS wollte auch weiterhin ein abgestuftes Schuldprinzip gewahrt sehen. In seinen Gesprächen mit Klement Gottwald und Genossen warb nun Beneš unverhüllt mit der Verbindung von nationaler und sozialer Revolution in der Tschechoslowakei: „Durch Maßnahmen nationalen Charakters und gegen die deutschen Reichen öffnet sich der Weg für radikale Eingriffe in die Wirtschaft und soziale Wandlungen in den böhmischen Ländern.“ Und Beneš kündigte die nationale Verwaltung des Eigentums der Deutschen, ihrer Bäder, Gruben, Fabriken und ihres Großgrundbesitzes an. Der offensichtlich überraschte Gottwald – im März 1945 bezeichnete er den Transfer als „Ei des Kolumbus“ – teilte seinen Genossen in London ohne Umschweife mit, dass Beneš ihm gegenüber betont habe, „dass am Ende [der] Säuberungsaktion die Tschechoslowakische Republik als nationaler, als slawischer Staat bestehen müsse“.²⁹⁴³

Im Kreis der Londoner Exilregierung bestanden jedoch bis ins Frühjahr 1944 Überlegungen fort, die Zwangsaussiedlung nur auf tatsächlich für schuldig befundene oder nicht assimilierungswillige Deutsche zu beziehen. Die verbleibenden Deutschen sollten aber – da „einen beträchtlichen Teil der ‚Sudetendeutschen‘ [ohnehin, Anm. Suppan] entnationalisierte Tschechen gestellt haben“ – im neuen Nationalstaat der Tschechen und Slowaken assimiliert werden. Freilich, je mehr

²⁹⁴¹ G. P. Muraško – A. F. Noskova, *Nacionalno-teritorialny vopros v kontekste poslevoennykh realnostei vostočnoj evropy*, in: *Nacionalnyi vopros v Vostočnoj Evropy* (Moskva 1995) 231, zitiert nach: NAIMARK, Flammender Hass, 146.

²⁹⁴² Jaromír Smutný, *Protocol on the exchange of opinion between Beneš, Molotov and Stalin*, in: MASTNÝ, *The Beneš-Stalin-Molotov Conversations*, 399-402.

²⁹⁴³ VONDRŮVÁ, *Češi a sudetoněmecká otázka*, Dok. 130; *Besprechungen zwischen Beneš und Gottwald und Genossen*, Moskau, 13.-20. Dezember 1943; *Brief Gottwalds an die tschechischen Kommunisten in London*, Moskau, 21. Dezember 1943, in: Miloš KLIMEŠ, Petr LESJUK, Irena MALÁ und Vilém PREČAN (Hgg.), *Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu*, 1. Bd. (Praha 1965) Dok. Nr. 1-3; BRANDES, 1945, 232; HRABOVEC, *Vertreibung*, 45f.; SCHWARTZ, *Ethnische ‚Säuberung‘*, 521; DOUGLAS, *„Ordnungsgemäße Überführung“*, 49.

international eine umfassende Aussiedlung durchsetzbar erschien, desto mehr verloren Assimilierungskonzepte oder gar die von Beneš 1938 erwogenen Vorschläge zu Gebietsabtretungen an Relevanz. Und auf britische Anregung rückten die tschechischen Vorschläge auch vom Schuldprinzip ab. Daher entwickle Beneš die Formel: Ein Teil werde fliehen, die „Schuldigen“ – Beneš rechnete mit einer halben Million „Henleinisten und Nazis“ – seien zu „vertreiben“ und nur der Rest „organisiert zu transferieren“.²⁹⁴⁴

Zur selben Zeit versuchte Hubert Ripka in einem Pamphlet, die geplante Vertreibung von Millionen Sudetendeutschen und Magyaren aus der Tschechoslowakei mit der jährlichen Wanderung von Hunderttausenden polnischen, tschechischen, slowakischen, magyarischen und südslawischen Saisonarbeitern innerhalb der Habsburgermonarchie und in die Nachbarstaaten oder mit der Auswanderung in die USA gleichzusetzen:

„I cannot refrain from indignation when I recall that no indignant protests were to be heard when, not so very long ago, hundreds of thousands of Polish, Czech, Slovak, Magyar or Yugoslav land-workers who were eking out a miserable existence in their own countries were compelled every year to leave their native countries and to emigrate overseas and there, in foreign lands, to struggle to found a new existence at the price of the loss of their nationality.“²⁹⁴⁵

In einem Memorandum der tschechoslowakischen Regierung an die Regierungen Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 23. November 1944 – es war während des Krieges das einzige offizielle Dokument der Exilregierung an die alliierten Regierungen im Bezug auf die „deutsche Frage“ – versuchte die Londoner Exilregierung ihren Alliierten zu vermitteln, dass die nach dem Krieg wieder zu errichtende Tschechoslowakische Republik, „in the obvious interest of the security, internal peace and prosperity of every State“ und „without endangering the security of the state“, nur „somewhat less than a third of its present German minority, up to, but not exceeding the number of 800,000“ verkraften könne. Die Regierung hielt auch nicht mit ihrer Absicht einer weitgehenden Assimilation hinter dem Berg, indem sie erklärte, dass sie „will do nothing which would tend to prevent a gradual merging of their descendants with the Czechoslovak people in a political and cultural unity“. Das Memorandum lehnte jede Gebietsabtretung an Deutschland auf das strikteste ab und forderte die Entfernung der großen Mehrheit der Deutschen bei gleichzeitiger Beibehaltung der historischen Grenzen. Von dieser Maßnahme sollten lediglich jene Deutschen ausgenommen werden, die sich aktiv am Kampf um die Wiedererrichtung der Republik beteiligt hatten. Die Verfasser des Memorandums – Hubert Ripka, Jaroslav Cisař und Jaromír Špaček – gingen davon aus, dass von den ursprünglich 3,2 Millionen Deutschen (nach der Volkszählung von 1930) etwa 250.000 im Krieg gefallen oder auf

²⁹⁴⁴ Entwurf von Jaroslav Cisař, dem Leiter der Studienabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums, Anfang September 1944, in: VONDROVÁ, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. 134, 142; zitiert nach: BRANDES, 1945, 225.

²⁹⁴⁵ HERTZ, Economic Problem, 85f.

andere Weise ums Leben gekommen seien, weitere 500.000 als ausgesprochene Nationalsozialisten freiwillig aus der Republik fliehen würden, somit auf den „organisierten Transfer“ etwa 1,6 Millionen Deutsche entfielen. Somit dürften kaum mehr als 800.000 Deutsche im Land bleiben, die ihre Kinder „im demokratischen Geiste der Tschechoslowakischen Republik“ erziehen müssten, um die nationale Assimilation herbeizuführen. Die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen nach Deutschland sollte in den Katalog der Kapitulationsbedingungen aufgenommen und Deutschland gezwungen werden, allen auf sein Gebiet ausgewiesenen Sudetendeutschen die deutsche Staatsbürgerschaft zuzuerkennen sowie alle ihnen vom tschechoslowakischen Staat als Ersatz für das zurückgebliebene Eigentum ausgestellten Schuldscheine anzuerkennen und im Ausgleich mit den tschechoslowakischen Kriegsreparationen auszubezahlen.²⁹⁴⁶

Die westlichen Alliierten hielten sich mit einer schnellen Anerkennung der tschechoslowakischen Forderungen deutlich zurück. Der „Ausschuss für Nachkriegsprogramme des US State Department“ empfahl bis ins Frühjahr 1945 hinein nur eine selektive und vorsichtige Umsiedlungspolitik. Schon aus technisch-organisatorischen Gründen lehnte der Ausschuss alle nach Kriegsende überstürzt einzuleitenden Aussiedlungen ab und äußerte politische wie moralische Bedenken gegen allgemeine und undifferenzierte Massenumsiedlungen. In ihrer offiziellen Antwort vom 31. Jänner 1945 wies die US-Regierung auf die zu erwartenden wirtschaftlichen und organisatorischen Schwierigkeiten hin, die Massenaussiedlungen im wirtschaftlich erschöpften Nachkriegsdeutschland hervorrufen könnten, und machten die Zustimmung der USA zu Vertreibungsplänen von einer späteren Übereinkunft der alliierten Mächte abhängig. Die tschechoslowakische Exilregierung wurde sogar aufgefordert, bis dahin keine einseitigen Schritte zu unternehmen.²⁹⁴⁷

Auch die britische Regierung hielt sich – trotz der aggressiven Rede Churchills im Unterhaus am 15. Dezember 1944 („Reiner Tisch wird gemacht werden!“) – mit einer weiteren Festlegung zurück. Trotz Drängens von Beneš gegenüber Churchill und Botschafter Nichols lehnten beide eine verbindliche Stellungnahme zur Frage des Transfers und der Grenzfestlegung ab, forderten vielmehr Beneš auf, die Vertreibungspläne lediglich als Programm der tschechoslowakischen Regierung darzustellen, aber keine Eigeninitiative zu ergreifen und von der beabsichtigten Verkündung eines Gesetzes über die Ausbürgerung der Sudetendeutschen Abstand zu nehmen. Der sichtlich verunsicherte und verärgerte Beneš ließ daraufhin durchsickern, die angestrebte Vertreibung der Sudetendeutschen notfalls mit alleiniger

²⁹⁴⁶ KRÁL, Die Deutschen, 538-548; VONDROVÁ, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. Nr. 148; Odsun 2, 490-492. „Currently with the process of the transfer of the Germans, the Czechoslovak Government will carry out a systematic resettlement of the evacuated regions with Czechs, Slovaks and Ruthenes from other parts of the Republic or from abroad (Germany, Austria, Volhynia, America) and also, should they wish to migrate into Czechoslovakia, with the Lusatian Sorbs.“

²⁹⁴⁷ FRUS, 1944, Bd. I, 302f.; Alfred de ZAYAS, Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen (München 2005) 129.

Unterstützung der Sowjetunion durchzuführen. Die mit 8. März 1945 datierte offizielle Antwort des Foreign Office verwies wie das State Department auf ein vorher zu schließendes internationales Abkommen der alliierten Großmächte.²⁹⁴⁸

So traten Beneš, die tschechoslowakische Exilregierung und ihr gesamter Beamtenapparat im März 1945 die Heimreise über Moskau an – ohne konkrete westliche Zustimmung zu ihren Vertreibungsplänen. Nach Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen kommunistischen Exil wurde eine neue Regierung der Nationalen Front gebildet und ein neues politisches Programm beschlossen. Alle Teilnehmer am Verhandlungstisch waren sich über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass der „Transfer“ einen der wichtigsten Programmpunkte darstellte und dass dieser nun in Gefahr sei. Der National-Sozialist Stránský kritisierte: „Fremde Regierungen, die unser Memorandum bekommen haben, gaben ausweichende Antworten. Wir sollten uns nicht auf die Hilfe Englands und Amerikas verlassen.“ Und Gottwald ergänzte propagandistisch: „Die Westmächte haben den Transfer bereits abgelehnt. [...] Viel wird uns die Rote Armee helfen. Es wird allerdings darauf ankommen, wie sich der militärische Vormarsch gestalten wird.“ Im März 1945 hatte Beneš in seinem Gespräch mit Molotov in Moskau nochmals versucht, die Zustimmung der Sowjetunion zu einer restlosen Vertreibung sowohl der Deutschen als auch der Magyaren zu erreichen. Und Beneš sagte Molotov, es müssten über 2 Millionen Deutsche umgesiedelt werden, aber ungefähr 800.000 Arbeitern würde man erlauben, sich an die tschechische Bevölkerung zu assimilieren. Nach den Aufzeichnungen Fierlingers von den Verhandlungen mit der Sowjetführung soll Stalin tatsächlich bereit gewesen sein, den tschechoslowakischen Vertreibungsplan zu unterstützen. Und Generalsekretär Slánský behauptete bei einer Wahlrede am 28. Februar 1946, Stalin hätte im März 1945 Gottwald eindringlichst geraten, „das deutsche Gesindel loszuwerden“. Jedenfalls war die tschechoslowakische Führung noch vor dem Kriegsende auf Grund der Vertreibungsfrage völlig von der Sowjetunion abhängig geworden.²⁹⁴⁹

„Wilde“ Vertreibungen aus den böhmischen Ländern

Parallel zu den Planspielen um Gebietsabtretung und Aussiedlung war bereits nach dem Münchener Abkommen besonders in den Führungsschichten der tschechischen Nation ein spezifischer Hass auf „die Deutschen“ entstanden – wobei die Berliner Akteure und die sudetendeutschen Kollaborateure bereits als ge-

²⁹⁴⁸ Aufzeichnungen der Gespräche Beneš' mit Nichols und Churchill am 13. und 20. Februar 1945, in: ČERVINKOVÁ – OTAHALOVÁ, Dokumenty z historie, Bd. 2, 749-750; zitiert nach: HRABOVEC, Vertreibung, 54.

²⁹⁴⁹ KRÁL, Die Deutschen, 550; KLIMEŠ, Cesta ke Květnu, I, 418; zitiert nach: HRABOVEC, Vertreibung, 54 f.; Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Beneš und Molotov, Moskau, 21. März 1945, in: VOLOKITOVA, Vostočnaja Evropa, 174-183; NAIMARK, Flammender Hass, 144.

meinsame „Täter“ gesehen wurden –, der den Nährboden für immer radikalere Aussiedlungspläne darstellte. Daher darf es nicht verwundern, dass die neue tschechoslowakische Regierung unter Fierlinger und Gottwald die im Memorandum vom November 1944 den Kriegsalliierten gemachten Absichtserklärungen über den Status der in der Nachkriegs-Tschechoslowakei dauerhaft verbleibenden Deutschen – Möglichkeit der Staatsbürgerschaftsrückübertragung für alle nicht-schuldigen Deutschen, Garantie der Nicht-Aussiedlung dieser Personen bis zu einem amtlichen Entscheid über ihre Gesuche, volle Zuerkennung aller politischen Rechte nach der Staatsvertragsverleihung und Ablehnung einer „Zweite-Klasse-Staatsbürgerschaft“, temporäre Aufrechterhaltung von sprachlichen Privilegien, keine Besitzkonfiskation für nicht dem *Transfer* unterliegende Personen – nach dem Krieg praktisch alle brach. Wie schon im November 1944 angedeutet, wurde nun äußere und innere Sicherheit das oberste Handlungsmotiv der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik.²⁹⁵⁰

Seit dem Herbst 1944 trafen zunehmend deutsche Evakuierte und Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, der Slowakei und dem Banat im Protektorat und im Sudetengau ein. Wie viele Frauen, Kinder und ältere Leute diesen Trecks angehörten, wurde von den NS-Behörden nicht zentral erfasst und kann daher heute nicht mehr festgestellt werden. Nach älteren deutschen Angaben sollen sich bei Kriegsende etwa 1,5 bis 1,6 Millionen deutsche Flüchtlinge in den böhmischen Ländern befunden haben, nach amtlichen tschechoslowakischen Schätzungen etwa 600.000 Personen. Jedenfalls befanden sich Anfang Juni 1945 noch etwa 220.000 deutsche *displaced persons* in der US-Besatzungszone Böhmens. In den Wintermonaten 1944/45 waren auch Zehntausende KZ-Insassen aus Auschwitz nach Theresienstadt, Mauthausen, Buchenwald, Bergen-Belsen und Oranienburg verlegt worden, meist in offenen Eisenbahnwaggons oder in Fußmärschen, die oft tödlich endeten. Die böhmischen Länder wurden schließlich auch von 130.000 bis 170.000 Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion, Polen, Frankreich, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Italien, Belgien, Großbritannien, den USA, Kanada, Australien und Neuseeland durchquert.²⁹⁵¹

Anfang Mai 1945 lebten in den böhmischen Ländern unter Berücksichtigung der militärischen und zivilen Verluste und der noch an den zusammenbrechenden Fronten stehenden sudetendeutschen Soldaten noch knapp 3 Millionen Sudetendeutsche, dazu Zehntausende evakuierte Reichs- und Karpatendeutsche. Kleinere Gruppen von Sudetendeutschen – vor allem Familien von NS-Funktionären – waren bereits nach Deutschland oder Österreich, größere Gruppen in das von der 3. US-Armee besetzte Westböhmen geflohen. Andere NS-Funktionäre wurden von den Amerikanern erfasst und nach Hammelburg ins KZ gebracht. Allerdings bemühten sich die Amerikaner bald, den weiteren Zustrom von Deutschen über

²⁹⁵⁰ BRANDES, Weg zur Vertreibung, 5f., 23-27; Geschichte verstehen, 113, 119; VON ARBURG, Vertreibung, 600.

²⁹⁵¹ ARBURG – STANĚK, Vysídlení Němců, 209-217; KURAL – RADVANOVSKÝ, „Sudety“, 356-365.

die amerikanisch-sowjetische Demarkationslinie zu verhindern, und sperrten die Grenze zu Bayern und Österreich.²⁹⁵²

Dennoch gab es zwischen Amerikanern und Russen deutliche Unterschiede in der Behandlung der Sudetendeutschen, wie selbst Minister Nejedlý in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Losovskij in Moskau einräumte: Die amerikanischen Truppen in Westböhmen widersetzten sich der Aussiedlung der Sudetendeutschen und versuchten die Deutschen zu schützen. „Amerikanische Offiziere amüsieren sich sogar gut mit den Deutschen. Sie wollen die in Westböhmen gefangenen Deutschen nicht über die Grenze nach Deutschland lassen.“ Nejedlý hob hervor, dass „im Verhältnis zu den Deutschen ein prinzipieller Unterschied zwischen von amerikanischen Truppen und Einheiten der Roten Armee besetzten Zonen besteht“. – Auch die Österreicher hätten sich geweigert, Sudetendeutsche aufzunehmen, während „die Tschechoslowaken nichts dagegen hätten, wenn die Österreicher die bei ihnen lebenden Tschechen in die Tschechoslowakei aussiedeln würden, da die Tschechoslowakei über jeden neuen Tschechen froh sein würde“.²⁹⁵³

Frau Marie Rösler aus Eger berichtete, dass schon im Mai 1945 die Übernahme der Betriebe seitens der tschechischen Nationalverwalter erfolgt sei. Diese hätten die Belegschaft aufgefordert, auf ihren Arbeitsplätzen bis zu ihrer Aussiedlung weiterzuarbeiten. Ab Juni seien von der tschechischen Gendarmerie – mit Unterstützung deutscher Antifaschisten – alle politisch verdächtigen Personen erfasst und in Lager oder Gefängnisse gebracht worden. Noch im Sommer 1945 habe es andererseits geheißen, das Egerland werde von Böhmen abgetrennt und Bayern einverleibt. Und viele hätten dieser falschen Propaganda Glauben geschenkt. Viele besser Orientierte hätten aber das Notwendigste gepackt und seien damit über die Grenze geflohen, ohne die Aussiedlung abzuwarten, darunter viele aus den von Russen besetzten Gebieten. Nach dem Abzug der US-Truppen Mitte Juni 1945 hätten die tschechischen Nationalverwalter begonnen, alle schönen und neuen Gebäude der Stadt Eger zu besetzen; die Deutschen seien in den alten Gebäuden auf engstem Raum zusammengepfercht worden. Dann sei nach und nach angeordnet worden:

„Tragen gelber Armbinden, Sperrstunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr früh, Ablieferung der Autos, Motor- und Fahrräder, Radioapparate, Musikinstrumente, der echten Teppiche und Ölgemälde, der Gegenstände aus Gold und Silber. Die Deutschen erhalten die sogenannte kleine Lebensmittelkarte, nur die Antifaschisten erhalten die gleichen Karten wie die Tschechen. Sie dürfen in ihren Häusern bleiben, die Aussiedlung kommt für sie nur auf freiwilliger Basis in Frage, dann aber stellt man ihnen ½ Waggon pro Familie zur Verfügung, d. h. sie können alles, was sie besitzen, mit ins Ausland nehmen.“²⁹⁵⁴

²⁹⁵² BRANDES, 1945, 233, dürfte mit der Annahme der Zahl „zwischen 3,1 und 3,2 Millionen Sudetendeutsche“, die im Zeitraum „Ende April und Anfang Mai 1945“ noch in den böhmischen Ländern gelebt haben sollen, etwas zu hoch geschätzt haben.

²⁹⁵³ Aufzeichnung des Gesprächs zwischen dem stv. Außenminister Losovskij und Minister Nejedlý, Moskau, 20. Juni 1945, in: Odsun 2, 619f.

²⁹⁵⁴ Handschriftliche Berichte Marie Rösler aus Eger, 6. September 1955 und 27. Jänner 1956, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 273-277.

Ministerpräsident Zdeněk Fierlinger hatte bereits am 14. Mai 1945 zur „Säuberung“ [*očista*] des Landes von den Deutschen aufgerufen, und eine Reihe seiner Minister – sozialdemokratische, national-sozialistische und kommunistische – folgte ihm. Präsident Beneš trat am 16. Mai auf dem Altstädter Ring auf:

„[...] It will be necessary [...] to liquidate out [*vylikvidovat*, Anm. Sayer] especially uncompromisingly the Germans in the Czech lands and the Hungarians in Slovakia, in whatever way this liquidation can further the interest of a united state of Czechs and Slovaks. Let our motto be: to definitively de-Germanize [*odgermanizovat*, Anm. Sayer] our homeland, culturally, economically, politically.“ Drei Wochen später, am Jahrestag des Massakers, unterstrich er in Lidice das Prinzip der Kollektivschuld: „I know that there were individual Germans who were aware of these horrors. But it is a question of the direct guilt of the overwhelming majority of Germans, and that is why the Germans as whole are responsible.“²⁹⁵⁵

Nach Kriegsende bestimmten vorerst die radikalen Forderungen und Aktionen der tschechischen Widerstandsgruppen das Vorgehen gegen die Deutschen. Allerdings versuchten militärische Kommanden und Einheiten sehr früh, Organisation in die sofort einsetzenden „wildern Vertreibungen“ zu bekommen. Bereits am 15. Mai 1945 befahl der Kommandant der nur kurzzeitig bestehenden Armeeeinheit „General Alex“, General Zdeněk Novák, offensichtlich in Absprache mit Verteidigungsminister General Ludvík Svoboda, seinen Truppen, „alle Deutschen aus dem Gebiet der historischen Grenzen auszuweisen“. Ausnahmen sollten nur für Arbeiter in der Landwirtschaft und in wichtigen Industriebranchen gelten; diese sollten aber „ohne Bürgerrechte“ ihrer Arbeitspflicht nachgehen.²⁹⁵⁶

Mitte Mai 1945 war aus den Angehörigen des in der UdSSR aufgestellten I. Tschechoslowakischen Armeekorps und verschiedenen freiwilligen sogenannten „Revolutionsformationen“ die I. Tschechoslowakische Armee gebildet worden. Dieser wurde am 14. Mai von der Regierung die Aufgabe übertragen, „die Staatsgrenzen und das Grenzgebiet zu sichern“ und von den Deutschen zu „säubern“. Einige „Revolutionsgarden“, die in den Grenzgebieten außerhalb der Armeeargorganisation operierten, richteten sich sowohl nach deren Befehle als auch nach Instruktionen des Innenministeriums. Bekanntmachungen und Vorschriften bezüglich der Vertreibung der Deutschen gaben die Militärkommandos einmal selbstständig, ein andermal nach Übereinkunft mit den Verwaltungs- und Sicherheitsorganen heraus. Da die Betriebsmilizen nach dem Prager Aufstand nicht entwaffnet worden waren, vertrieben auch diese in eigenständiger Vorgangsweise Deutsche und plünderten ihren Besitz.²⁹⁵⁷

Der KSČ-Chef und stellvertretende Ministerpräsident Klement Gottwald empfahl am 22. Mai 1945 dem Brüner Landesnationalausschuss die Einteilung der deutschen Bevölkerung in sieben Kategorien, mit denen individuell zu verfahren

²⁹⁵⁵ STANĚK, Odsun Němců, 58f.; SAYER, Bohemia, 241.

²⁹⁵⁶ VÚA, Vojenská oblast 1, kr. 1, Ergänzung zum Befehl Nr. 45 /1945, zitiert nach: ARBURG, Vertreibung, 65.

²⁹⁵⁷ BRANDES, 1945, 235.

sei: So seien Angehörige von „Mischehen“ individuell zu beurteilen; Juden, die sich 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hatten, sollten je nach ihrer Tätigkeit in die jeweiligen Deutschen-Kategorien eingereiht werden, also pauschal doch als Deutsche betrachtet werden. Und in einer öffentlichen Rede am 23. Mai verlangte er, die Deutschen ein für alle Mal jenseits der Grenzen „unseres Landes“ zurückzuschlagen und die Wiederbesiedlung der Grenzgebiete mit Tschechen zu beginnen, nicht nur um den Weißen Berg wiedergutzumachen, sondern auch um die Fehler „unserer tschechischen Könige“, der Přemysliden, zu korrigieren, die die deutschen Kolonisten „zu uns“ eingeladen hätten. Auf Vorschlag des kommunistischen Sicherheitsreferenten verabschiedete der Landesnationalausschuss am 23. Mai „Vorläufige Richtlinien über die Deutschen“, nach denen für sie eine allgemeine Konzentrations- und Arbeitspflicht eingeführt wurde. Ausgenommen waren lediglich Antifaschisten, Juden und deutsche Ehefrauen von Tschechen, nicht jedoch deutsche Ehemänner von Tschechinnen.²⁹⁵⁸

Die tschechoslowakische Regierung richtete am selben 23. Mai 1945 eine Kommission ein, bestehend aus dem Innen-, Außen- und Verteidigungsminister, welche die Aussiedlung der Deutschen und Magyaren vorbereiten sollte. Ein binnen fünf Tagen für die Regierung zu erstellender Entwurf sollte insbesondere die Kategorien der Auszusiedelnden und die einzusetzenden Mittel enthalten. Gleichzeitig sollte eine besondere Behörde sowohl für die Aussiedlung als auch für die Neukolonisation der entvölkerten Gebiete eingerichtet werden. Sobald die Regierung diesen Entwurf billige, sollten die Militärorgane – die die Deutschen inzwischen zusammenziehen könnten – die Aussiedlung nach Plan durchführen.

Bereits am 8. Juni gab das Innenministerium eine knappe Weisung heraus, dass drei Gruppen von den laufenden Verfolgungsmaßnahmen auszunehmen seien: Rückkehrer aus den Konzentrationslagern, Antifaschisten und sogenannte „Unabkömmliche“. Und am 12. Juni erließ der böhmische Landesnationalausschuss „Maßnahmen zur Aussiedlung der Deutschen“. In Anlehnung an das Dekret des Präsidenten der Republik vom 19. Mai 1945 galt als „Deutscher“, wer sich seit 1929 in irgendeiner Volkszählung freiwillig zur deutschen Nationalität gemeldet hatte oder wer Mitglied von „nationalen Gruppen oder Verbänden“ oder politischen Parteien war, die deutsche Personen vereinten. Angehörige von deutschen „Mischehen“ sollten hingegen vor anti-deutschen Maßnahmen ebenso geschützt sein wie Antifaschisten, Rückkehrer aus Konzentrationslagern und politisch unbescholtene „Österreicher“. Als weitere Kategorie wurden „unverzichtbare“ Arbeitskräfte eingeführt: vor allem ledige und verwitwete, kinderlose Personen beiderlei Geschlechts, wobei Frauen über 35, Männer über 40 Jahre zu sein hatten; sollten diese beiden Personengruppen für die Aufrechterhaltung der notwendigsten Produktion nicht genügen, durften auch Ehepaare berücksichtigt werden, bei denen die Frau über 35 Jahre alt sein und höchstens zwei Kinder

²⁹⁵⁸ STANĚK, Odsun Němců, 60; HRABOVEC, Vertreibung, 93-95; SAYER, Bohemia, 241.

haben sollte. Alle diese Personen sollten in einzelnen Stadtvierteln oder Dörfern konzentriert werden.²⁹⁵⁹

Am 25. Juni unterzeichneten der Vorsitzende des Brünner Landesnationalausschusses und der Kommandant des 3. Militärrayons (Mähren-Schlesien) „Grundlegende Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Säuberung Mährens und Schlesiens von den Deutschen“, in denen keine Ausnahmebestimmungen vorgesehen waren. Erst in Durchführungsrichtlinien wurde auf ökonomische und politische Gründe Rücksicht genommen.²⁹⁶⁰

Spätestens am 7. Juni 1945 hatte die Prager Regierung die sowjetische Zustimmung erreicht, mit der Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) zu beginnen, die jedoch „organisiert und so durchgeführt werden sollte, dass ihnen [den Sowjets] dabei keine Schwierigkeiten entstehen“. Aber erst am 15. Juni verabschiedete die Regierung provisorische Richtlinien für die Durchführung der Zwangsaussiedlung. Die tschechoslowakische Armee erhielt die technische Seite der Operation übertragen, sollte aber mit den Verwaltungsorganen und dem Korps für nationale Sicherheit (SNB) zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit dürfte im Juni 1945 noch nicht funktioniert haben, denn der Leiter des NKVD in der SBZ, Ivan A. Serov, meldete an Innenminister Berija:

„[...] In der Verwaltung der Frontkommandantur gehen Meldungen ein, dass in Altenberg (südlich von Dresden) an der deutschen Grenze zur Tschechoslowakei große Gruppen von Deutschen herüberkommen, die aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt worden sind; es gibt zahlreiche Selbstmorde. [...] Im Zusammenhang mit der Anordnung erklären die örtlichen Verwaltungsorgane den Deutschen, dass sie sich innerhalb von 15 Minuten fertigzumachen und nach Deutschland auszureisen hätten. Dabei gestattet man ihnen lediglich, fünf Mark für unterwegs mitzunehmen. Persönliche Gegenstände und Lebensmittel dürfen sie nicht mitnehmen. Täglich kommen etwa 5000 Deutsche aus der Tschechoslowakei nach Deutschland, die meisten von ihnen Frauen, alte Leute und Kinder. Völlig zugrunde gerichtet und ohne Lebensperspektive, verüben einige von ihnen Selbstmord, indem sie sich mit dem Rasiermesser die Pulsadern öffnen. [...]“²⁹⁶¹

Diese Meldung wurde durch interne Berichte sudetendeutscher Kommunisten an ihren Vorsitzenden Karl Kreibich bestätigt. Während man in Reichenberg „wirklich die Verbrecher“ bestrafte, habe man in der nordböhmischen Kleinstadt Zwickau (Cvikov) auf Befehl des Militärkommandos in Böhmisches-Leipa auch ehemalige deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten vertrieben, während „die Bonzen“ – „Kaufleute, Gewerbetreibende, Ärzte, Apotheker usw.“ – zu Hause bleiben konnten. Die Vertriebenen lagerten jetzt ohne Verpflegung zu Tausenden um Zittau, und es bestehe Seuchengefahr.²⁹⁶²

²⁹⁵⁹ Erlass und Richtlinien des ZNV (Ladislav Kopřiva und Miroslav Kreysa), 12. Juni 1945, in: SÚA, fonds Zemský úřad Praha, kr. 1145, i.č. 628, zitiert nach: ARBURG, Vertreibung, 66.

²⁹⁶⁰ VÚA, fonds VOI, kr. 48, zitiert nach: HRABOVEC, Vertreibung, 111f.

²⁹⁶¹ NKVD-Chef Serov an Innenminister Berija, Berlin, 14. Juni 1945, in: Odsun 2, 604f.

²⁹⁶² Schreiben des sudetendeutschen Kommunisten Gumpel an Karl Kreibich, 21. Juni 1945, in: Odsun 2, 626f.

Als am 28. Juni 1945 Ministerpräsident Fierlinger und Vizeaußenminister Clementis bei Stalin vorsprachen, wurden sie zur Vertreibung der Deutschen ermuntert: „Wir werden Sie nicht stören. Werfen Sie sie raus. Jetzt werden sie am eigenen Leib spüren, was es heißt, andere zu beherrschen.“ Allerdings beschied Stalin die Bitte Fierlingers nach Mithilfe der Roten Armee bei der Vertreibung der Deutschen und Ungarn abschlägig. Am 2. Juli kehrte die tschechoslowakische Regierungsdelegation aus Moskau mit der Nachricht zurück, dass Stalin „uns die Abschiebung [der Deutschen und Magyaren] nach Deutschland, Ungarn und Österreich erlaubt“. Molotov hatte sich lediglich gegen eine Kennzeichnung der Deutschen und gegen unnötige Härten ausgesprochen; vermutlich sollten vor der Potsdamer Konferenz keine Schreckensbilder in westlichen Medien auftauchen. London und Washington wiesen jedoch in ihrer Antwort auf eine tschechoslowakische Note vom 5. Juli – das tschechoslowakische Außenministerium hatte in dieser Note die Ausweisung der Deutschen als die wichtigste Nachkriegsaufgabe bezeichnet – auf die Notwendigkeit hin, die ganze Angelegenheit auf dem Gipfeltreffen der Alliierten zu erörtern.²⁹⁶³

Dennoch wurden die Sudetendeutschen in vielen Städten und Dörfern bereits im Juni und Juli 1945 von der Vertreibung überrascht. Da sie ihre Rundfunkgeräte hatten abgeben müssen und auch keine Zeitungen und Post mehr bekamen, lebte die deutsche Bevölkerung ziemlich isoliert und verängstigt und hatte kaum Vorbereitungen für eine Zwangsaussiedlung getroffen. Einige tschechische Beamte in Aussig begannen eigenmächtig mit „wildem“ Vertreibungen der Deutschen: Morgens wurde ohne Vorwarnung ein Häuserblock von Soldaten umstellt. Die Deutschen mussten – ohne Rücksicht auf ihre Haltung in der NS-Zeit – innerhalb von dreißig Minuten ihre Sachen von maximal 20 kg packen und abmarschbereit vor dem Haus antreten. Dann trieb man sie in Marschkolonnen, „mit weinenden Kindern und hinkenden Alten“, zu Fuß über Schöbritz und Telnitz nach Adolfsgrün. Dort wurden ihnen noch verschiedene Wertsachen abgenommen, worauf man sie in die deutschen Grenzorte entließ. Die Hilfspolizisten sollten alles, was in den Wohnungen und Häusern der Deutschen geblieben war, penibel aufnehmen – jeweils ein Beamter und ein Polizist. Hierbei wurden echte Kostbarkeiten festgestellt: wertvolle Bilder, teures Porzellan, Schmuck und Geld. Auch wenn diese Bestandsaufnahme korrekt durchgeführt worden war, nützte dies wenig. Denn bald kamen Revolutionäre Garden, die rücksichtslos plünderten und stahlen. Ihnen folgten „Neusiedler“, die gleich mit einem LKW oder Möbelwagen vorfuhren, um in die leeren Wohnungen und Häuser einzuziehen. Meist aber räumten sie nur die ihnen zugewiesenen Objekte aus und fuhren weiter.²⁹⁶⁴

In Römerstadt (Rýmařov) in Nordmähren umstellte eine Militäreinheit in der Nacht die Stadt; die Menschen wurden gegen 4 Uhr morgens aus ihren Häusern

²⁹⁶³ Protokoll des Gesprächs zwischen Stalin, Fierlinger und Clementis, Moskau, 28. Juni 1945, in: VOLOKITOVA, *Vostočnaja Evropa*, 292, zitiert nach: NAIMARK, *Flammender Hass*, 140, 146f.; HRABOVEC, *Vertreibung*, 107.

²⁹⁶⁴ Bericht Brabec in: *Tragická místa paměti*, 153-155.

geholt, mussten in aller Eile wenige Sachen und Vorräte zusammenraffen; andere erhielten eine zweistündige Frist zum Packen. Zunächst wurden sie in das zu einem Internierungslager umfunktionierte nahe gelegene Schloss der Familie Harrach in Janovice getrieben, wo sie 3-4 Tage verbrachten. Dann mussten sie die 4 km zum Bahnhof der Stadt gehen, wo sie in offene Güterwaggons gepfercht wurden, die sie in die SBZ fuhren. Staněk fasste die Praktiken der „wilden Vertreibungen“ in vielen Orten zusammen:

„In den von Deutschen besiedelten Gebieten eröffnete sich auf eine ausgedehnte Weise der Aktivitätsbereich für ganze Kohorten von Usurpatoren aus den Reihen der sogenannten Partisanen, der bewaffneten Einheiten der Nationalausschüsse, der Sicherheits- und Kriminalpolizei, aber auch für Betrüger, die sich als Offiziere der Armee und revolutionärer Abteilungen, als Angehörige des Nachrichtendienstes, Mitarbeiter der Russen usw. ausgaben.“²⁹⁶⁵

Die Kontrolle, ob jemand Sparbücher, Wertpapiere oder Wertsachen über diesen Betrag hinaus besitze, nutzten Milizionäre oft und wiederholt zum Raub, so dass viele Sudetendeutsche ohne irgendeine Ausstattung, vor allem auch ohne die erlaubten Eheringe, an der Grenze ankamen. Besonders Deutsche aus dem ehemaligen Österreichisch-Schlesien und Nordmähren mussten über weite Strecken transportiert werden oder auch zu Fuß marschieren, um über die Grenze zur SBZ abgeschoben zu werden. Ministerpräsident Fierlinger erklärte am 10. Juli in einer Parteisitzung: „Heute fahren bereits regelmäßig Züge in die sowjetische Besatzungszone in Deutschland ab und Städte wie Leitmeritz, ganz zu schweigen von Brünn, Iglau und Znaim sind wieder tschechisch.“ Mitte Juli 1945 wurden aber diese Transporte nach Protesten des Marschalls Žukov wieder eingestellt. Dennoch dürften – nach den Schätzungen Staněks – bis zum August 1945 450.000 Sudetendeutsche in die SBZ, 200.000 in die US-Zone und 150.000 nach Österreich vertrieben worden sein.²⁹⁶⁶

Am 15. Juni 1945 hatte das Prager Innenministerium seiner Regierung auch den Entwurf für ein „Dekret des Präsidenten der Republik über die Abschiebung der fremden Bevölkerung und die innere Besiedlung“ vorgelegt. Freilich wurde diese Vorlage niemals verabschiedet, daher auch nicht von Beneš unterzeichnet. Die erwähnte Ministerkommission ließ aber auch eine Regierungsvorlage ausarbeiten, die nach den altösterreichischen Gesetzen Nr. 88/1871 RGBl. über „die Regelung der polizeilichen Abschaffung und des Schubwesens“ und Art. V/1903 über das Aufenthaltsrecht von Ausländern sowie nach dem tschechoslowakischen Gesetz Nr. 52/1935 Sb. über den Aufenthalt von Ausländern, wie auch gemäß Verfassungsdekret des Präsidenten der Republik über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer

²⁹⁶⁵ STANĚK, Verfolgung 1945, 83.

²⁹⁶⁶ BRANDES, 1945, 238-240; HRABOVEC, Vertreibung, 116; Tomáš STANĚK, 1945 – das Jahr der Verfolgung. Zur Problematik der außergerichtlichen Nachkriegsverfolgungen in den böhmischen Ländern, in: Erzwungene Trennung, 132.

Nationalität, konkrete Richtlinien für den „Abschub“ (*odsun*) der deutschen und magyarischen Bevölkerung beinhaltete. Abgeschoben werden sollten:

- „Okkupanten“, d. h. Deutsche und Magyaren, die in das Gebiet der ČSR nach dem 1. Oktober 1938 umgezogen sind;
- „aktive Nazis“, die ostentativ mit ihrem Parteiabzeichen aufgetreten sind;
- ehemalige öffentlich Bedienstete, die durch Auflösung ihres Dienstverhältnisses arbeitslos geworden sind;
- Landwirte und Unternehmer;
- Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe;
- Arbeiter.

Die „Abschiebung“ sollte unter Leitung von „Umsiedlungskommissionen“ nach folgenden örtlichen Voraussetzungen durchgeführt werden:

- 1) innere deutsche und magyarische Sprachinseln;
- 2) strategisch für die Verteidigung des Staates bedeutsame Plätze;
- 3) landwirtschaftliche Gebiete;
- 4) Industriegebiete.

Die „abgeschobenen“ Personen sollten lediglich folgende Habe mitnehmen:

- 1) Okkupanten, Nazis und Anhänger des nationalungarischen Regimes lediglich Handgepäck;
- 2) die übrigen Personen ihren nötigsten Hausrat oder einen entsprechenden Teil des lebenden landwirtschaftlichen Inventars.

Die „Abschiebung“ von Kranken, alten Leuten und Kindern sollte entsprechend den Wünschen des Tschechoslowakischen Roten Kreuzes „mit aller Schonung“ durchgeführt, zu diesem Zweck ausreichende Verkehrsmittel zur Verfügung gestellt werden.²⁹⁶⁷

Auf dem Höhepunkt im Sommer 1945 wurden täglich rund 5350 Deutsche gewaltsam aus der Tschechoslowakei vertrieben. Den ganzen Sommer über trafen Züge mit Vertriebenen in Berlin und anderen deutschen Städten ein. Mitte August waren über 50.000 Deutsche aus dem ehemaligen Österreichisch-Schlesien in Zittau eingetroffen, und der Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin, General František Hrabčík, drängte Marschall Žukov, sofort weitere 200.000 Vertriebene aufzunehmen, was dieser vorerst rundweg ablehnte. Daher versuchten die tschechischen Behörden sowohl die sowjetischen als auch die US-Behörden zu überlisten und größere Gruppen von Vertriebenen illegal in die sowjetische bzw. US-Zone zu vertreiben. Letzten Endes aber erwiesen sich die sowjetischen Organe als nachgiebiger als die amerikanischen, sodass General Hrabčík am 21. Dezember 1945 an sein Ministerium für Nationale Verteidigung in Prag meldete, dass allein aus der Tschechoslowakei 775.000 Personen in die sowjetische Besatzungszone vertrieben worden seien.²⁹⁶⁸

²⁹⁶⁷ JECH, Němci a Maďaři, 503-510.

²⁹⁶⁸ DOUGLAS, „Ordentliche Überführung“, 152-158, 166.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Österreich erfolgte hauptsächlich zur Zeit der „wildern Vertreibungen“, also von Anfang Mai bis in den Herbst 1945 hinein. Das Potsdamer Abkommen sah freilich für Österreich keine Verpflichtung zur Aufnahme von Sudetendeutschen vor. Die Vertriebenen kamen zum größten Teil aus Südmähren und Südböhmen sowie aus den Sprachinseln von Brünn, Iglau und Olmütz. Nicht alle hatten gewartet, bis sie von den Tschechen über die Grenze getrieben wurden; Tausende Einwohner grenznaher Gemeinden flohen unter dem Eindruck des tschechischen Terrors „freiwillig“ nach Österreich. Diese Grenzübertritte waren allesamt illegal, denn sie erfolgten sowohl gegen den Willen der österreichischen Regierung als auch den der sowjetischen Besatzungsmacht.²⁹⁶⁹

Bereits Ende Mai 1945 trafen Tausende Vertriebene im Grenzort Drasenhofen an der Brünnener Straße ein, Anfang Juni folgten dann die Leidtragenden des „Brünnener Todesmarsches“. Nach Augenzeugenberichten kamen die „Flüchtlinge“ anfänglich bepackt mit Wäsche, manche mit Fuhrwerken. Die erschöpften und halb verhungerten Menschen wurden von der ortsansässigen Bevölkerung notdürftig versorgt und hauptsächlich in der Schule, im Pfarrhof und in einigen Häusern und Scheunen untergebracht. Die Nahrung bestand vorwiegend aus Kartoffelsuppe, Tee etc.; auch von den im Ort stationierten Russen konnten Lebensmittel organisiert werden. Die medizinische Versorgung lag allerdings völlig im Argen. Erst nach Intervention eines Wiener Geistlichen konnte ein vertriebener Arzt in Drasenhofen praktizieren. Dennoch mussten im Sterbebuch der Pfarre für den Zeitraum zwischen 8. Juni und 13. November 1945 157 verstorbene Sudetendeutsche registriert werden, der Großteil ältere Menschen, wobei als häufigste Todesursachen Herzschwäche, Entkräftung und Darmerkrankungen angegeben wurden. Auf dem Ortsfriedhof von Drasenhofen liegen heute insgesamt 186 vertriebene Südmährer begraben.²⁹⁷⁰

Die noch Gefähigen strömten von Drasenhofen nach Poysdorf weiter. Auch hier war das Pfarrhaus erste Hilfsstation, und die Küche registrierte im Juni 1945 6845 verpflegte Personen, im Juli 3150 und im August noch immer 2742. In der Gemeinde wurde die „Flüchtlings-Suchstelle Poysdorf“ eingerichtet, die verschiedenen Institutionen in Österreich und Deutschland Auskunft gab. Dennoch verstarben auch in Poysdorf zwischen 6. Juni und 23. Dezember 1945 126 vertriebene Sudetendeutsche, überwiegend ältere Menschen aus Brünn und Umgebung. Für den gesamten Bezirk Mistelbach wurde im November 1945 die Zahl der Vertriebenen aus der Tschechoslowakei mit rund 15.000 angegeben, wobei auf dem Friedhof von Mistelbach selbst 131 Opfer des „Brünnener Todesmarsches“ bestattet wurden.²⁹⁷¹

²⁹⁶⁹ ZNOY, Vertreibung, 71.

²⁹⁷⁰ Pfarrchronik Drasenhofen, ‚Gedenkbuch II‘; Sterbebuch der Pfarre Drasenhofen, zitiert nach: ZNOY, Vertreibung, 87-89.

²⁹⁷¹ Stadtchronik Poysdorf 1945; Sterbebuch der Pfarre Poysdorf; ÖStA, AdR, BKA/AA II-pol/1946, Tschechoslowakei, Zl. 110.080-pol./46, zitiert nach: ZNOY, Vertreibung, 89-91.

Bei Laa an der Thaya und Haugsdorf kamen die Vertriebenen, die vor allem aus dem Bezirk Znaim stammten, in kleineren Gruppen und in besserer physischer Verfassung über die Grenze. Ein ebenfalls vertriebener südmährischer Pfarrer wurde vom erzbischöflichen Ordinariat in Wien zum Pfarradministrator von Haugsdorf eingesetzt und half bei der Unterbringung von Hunderten von Flüchtlingen. Im Bezirk Waidhofen an der Thaya waren bereits Ende 1944 die ersten volksdeutschen Flüchtlinge aufgetaucht, die vor der Roten Armee geflohen waren. Nach Kriegsende kamen dann vor allem die Vertriebenen aus Zlabings (Slavonice) über die Grenze. Später trafen auch Vertriebene aus Iglau ein, die bereits auf völlig überfüllte Dörfer und Häuser stießen. Nach verschiedenen Stadt-, Orts- und Pfarrchroniken sollen sich Anfang August 1945 bis zu 25.000 Flüchtlinge im gesamten Bezirk aufgehalten haben, während die Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich lediglich rund 10.000 Flüchtlinge feststellte. Zweifellos bestand auf Grund der katastrophalen Ernährungslage und mangelnden Hygiene akute Seuchengefahr, und zahlreiche Vertriebene litten an Hungertyphus und Fleckfieber.²⁹⁷²

Die kleine Stadt Gmünd im nordwestlichen Waldviertel war seit dem Friedensvertrag von Saint-Germain geteilt, als der nun Česke Velenice genannte Stadtteil mit dem Hauptbahnhof und 13 niederösterreichische Gemeinden des Hinterlandes an die Tschechoslowakei angeschlossen worden waren. Mit dem Münchener Abkommen wurde dieses Gebiet wieder an den Reichsgau Niederdonau rückgegliedert. In den Nachmittagsstunden des 23. Mai 1945 besetzten tschechische „Partisanen“ den Stadtteil Gmünd III und vertrieben die dort seit Generationen ansässigen deutschen Familien mit einem Handgepäck von 30 kg. Da sich die Einwohnerzahl von Gmünd innerhalb weniger Wochen auf fast 10.000 Personen verdoppelte, wurden die Baracken des RAD-Lagers als Flüchtlingsquartiere instandgesetzt. Die Pfarrchronik registrierte den Sommer 1945 über einen pausenlosen Flüchtlingsstrom, der insgesamt angeblich bis zu 100.000 Vertriebene ausgemacht haben soll, was eindeutig zu hoch angesetzt war. Dennoch wird das Bild zutreffend sein, wenn der Bahnhof der Stadt Gmünd „einem Heerlager Wallensteins“ geglichen haben soll. Die Sicherheitsdirektion für das Land Niederösterreich registrierte im August 1945 rund 5000 sudetendeutsche Flüchtlinge im Bezirk Gmünd.²⁹⁷³

Die sogenannten „wilden Vertreibungen“ waren daher insgesamt weniger spontane Ausbrüche des Volkszorns – wie von den damaligen Machthabern und der späteren nationalkommunistischen Historiographie behauptet –, sondern von der Staats- und Regierungsspitze gelenkte Aktionen, in die Armee-Einheiten, „Natio-

²⁹⁷² Christoph SCHADAUER, Das Jahr 1945 im politischen Bezirk Waidhofen an der Thaya, Horn – Waidhofen an der Thaya 1992; NÖLA, Alliierte Kontrollkommission – Sektion Russland. Interventionen und Beschwerden, Stammzahl 1.600, L.A. I/2, Bd. I, Ord. Nr. 1-100, Zl. 55; zitiert nach: ZNOY, Vertreibung, 93f.

²⁹⁷³ Pfarrchronik Gmünd 1930-1968; Manfred DACHO, Die Stadt Gmünd in der Zweiten Republik (Gmünd 1988) 15, 23.

nalausschüsse“, „Revolutionsgarden“, revolutionäre Milizen und das Korps der Nationalen Sicherheit eingebunden waren. „Voraussetzung für die Durchführung [der Vertreibungen, Erg. Suppan] waren in der Regel wohl mündliche Übereinkünfte zwischen lokalen tschechoslowakischen Behörden und untergeordneten russischen Befehlshabern jenseits der tschechisch-sächsischen Grenze in der SBZ, während im amerikanisch befreiten Teil der ČSR derartige Aktionen unterblieben.“ Begleitet von Aufrufen im Rundfunk oder in Flugblättern, die den Hass auf die Deutschen noch schürten, wurden – nach Angaben des tschechoslowakischen Verteidigungsministeriums – bereits vor Potsdam mindestens 450.000 Deutsche aus Böhmen sowie weitere 110.000 aus Mähren und Schlesien vertrieben.²⁹⁷⁴

Das Potsdamer Protokoll 1945

Im Entwurf einer Weisung des *Foreign Office* über den *Transfer of German populations from Poland, Czechoslovakia and Hungary* für die Konferenz von Potsdam für den britischen Botschafter in der ČSR, Philip B. Nichols, wurde vorerst festgestellt, dass Großbritanniens Interesse hinter dem der UdSSR und der USA zurückstehe, da die britische Besatzungszone in Deutschland keine direkte Grenze mit Polen und der Tschechoslowakei habe. Andererseits mache die tschechoslowakische Regierung für den „Transfer“ Druck, den London an Washington und Moskau weiterzugeben versuche. Präsident Beneš habe von zweieinhalb Millionen Deutschen gesprochen, die ausgewiesen werden sollten, das *Foreign Office* sei aber nicht in der Lage, die Zahl der bereits „Geflüchteten“ anzugeben. Botschafter Nichols habe darauf hingewiesen, „that the problem of the German minority pervaded the whole atmosphere. The hatred of the Czechs for the Germans was unrestrained.“ Aber im Zusammenhang mit der beginnenden Vertreibung von Magyaren aus der südlichen Slowakei stellte die US-Regierung der Prager Regierung Bedingungen:

- „a) no unilateral action should be taken by the Czechoslovak Government to transfer in whole or in part the Hungarian speaking minority;
- b) ethnic minority groups should be transferred only under international auspices and in accordance with the appropriate international arrangements;
- c) all transfers should be gradual in order to facilitate orderly settlement;
- d) any solution of the minority problem must take into consideration not only needs of Czechoslovakia but also general considerations concerning future security and problems facing the Allied occupation authorities;
- e) any attempt to treat all members of an ethnic group as subject to expulsion on grounds however righteous was unjustified.“²⁹⁷⁵

²⁹⁷⁴ BRANDES, Vertreibung, 381-397; KITTEL – MÖLLER, Beneš-Dekrete, 563; HRABOVEC, Vertreibung, 114.

²⁹⁷⁵ Geoffrey Wedgewood Harrison to Philip B. Nichols, London, 9 July 1945, in: Odsun 2, 657-660.

Am 25. Juli 1945, in der 9. Plenarsitzung, brachte Churchill das Problem der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei auf der Potsdamer Konferenz zur Sprache. Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus den Ostgebieten und der Tschechoslowakei sei zwar unausweichlich, sie sollte aber zeitlich gestreckt und vielleicht in ihren Ausmaßen eingedämmt werden. Stalin wandte zwar ein, die Deutschen hätten das Land längst verlassen, war aber mit der Einsetzung eines Dreierausschusses einverstanden. In der 11. und vorletzten Plenarsitzung der Potsdamer Konferenz am 31. Juli 1945 – Churchill war nach verlorener Wahl drei Tage zuvor von Clement Attlee abgelöst worden – stand der *Transfer of Populations* neuerlich auf der Tagesordnung. Der Secretary of State, James Francis Byrnes, verwies auf den Bericht eines Sub-Committee, der von der tschechoslowakischen, polnischen und ungarische Regierung die Einstellung weiterer Vertreibungen verlangte. Außenminister Molotov meinte hingegen, „that the purpose of the document was to ensure that the transfers of population took place in an orderly manner“. Stalin hingegen bestritt überhaupt, dass die Regierungen in Prag, Warschau und Budapest die Deutschen vertrieben hätten: „The Germans had created such a condition of affairs for themselves in these countries that they preferred to flee, and it was impossible for them to remain in these countries, even if the Conference were to obtain from the Polish and Czechoslovak Governments formal consent that they might do so.“ Byrnes verwies auf Informationen, dass „there had been cases where Germans had been forced to leave and this had increased the burden of the occupying Powers to an intolerable extent“. Auch Stalin hatte natürlich diese Informationen, stellte aber dennoch fest, „that the Polish and Czechoslovak Governments would tell Mr. Byrnes that no orders had been given to expel the Germans. The Germans had fled of their own accord. If the United States Delegation insisted, he would agree to their suggestion, though he did not expect any considerable results. President Truman said that he would appreciate it very much if Premier Stalin would agree. This might make it possible to organise such transfers of populations as were still to be made.“²⁹⁷⁶

Am 2. August 1945 wurde einerseits das Verfassungsdekret über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität beschlossen (das am 10. August 1945 auch in Kraft trat), andererseits verabschiedeten die Regierungen der drei Großmächte USA, UdSSR und Großbritannien am selben Tag das Protokoll der Potsdamer Konferenz, dessen Artikel XIII unter der Überschrift „Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ besagte:

„Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung von deutscher Bevölkerung oder Bestandteilen derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt wer-

²⁹⁷⁶ Documents on British Policy Overseas, Series I, Vol. I, The Conference at Potsdam 1945 (London 1984) 495; zitiert nach: Odsun 2, 675f.; LOTH, Die deutsche Frage, 342.

den muss. Sie stimmen darin überein, dass jedwede Überführungen, die stattfinden werden, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen sollen.

Da der Zustrom einer großen Zahl Deutscher nach Deutschland die Lasten vergrößern würde, die bereits auf den Besatzungsbehörden ruhen, halten sie es für wünschenswert, daß der Alliierte Kontrollrat in Deutschland zunächst das Problem unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen prüfen soll. Sie beauftragen demgemäß ihre jeweiligen Vertreter beim Kontrollrat, ihren Regierungen so bald wie möglich über den Umfang zu berichten, in dem derartige Personen schon aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland gekommen sind, und eine Schätzung über Zeitpunkt und Ausmaß vorzulegen, zu dem die weiteren Überführungen durchgeführt werden könnten, wobei die gegenwärtige Lage in Deutschland zu berücksichtigen ist.

Die Tschechoslowakische Regierung, die Polnische Provisorische Regierung und der Alliierte Kontrollrat in Ungarn werden gleichzeitig von Obigem in Kenntnis gesetzt und ersucht, inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollrat geprüft haben.“²⁹⁷⁷

Die nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen im Verlauf von über fünf Jahren hatten das „Reinen-Tisch-Machen“ bei Polen, Tschechen, Slowenen und Serben psychologisch vorbereitet, die Exilpolitiker in London wie in Moskau, vor allem auch die Widerstandsgruppen in der Heimat hatten immer häufiger und immer heftiger „ethnische Säuberungen“ verlangt. Überrascht von den „wildem Vertreibungen“ aus Polen und der Tschechoslowakei im Frühjahr 1945 und in der Absicht, diesen vorläufig Einhalt zu gebieten, formulierten die alliierten Siegermächte im Eilverfahren im Artikel XIII des Potsdamer Abkommens am 2. August 1945, die „ordnungsgemäße Überführung der deutschen Bevölkerung Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns oder Teilen dieser Bevölkerung nach Deutschland“ in humaner Weise durchführen zu lassen. Nach Einholung entsprechender Vorschläge der Regierungen in Warschau, Prag und Budapest beschloss der Alliierte Kontrollrat in Deutschland am 20. November 1945 die Aufnahme von 3,5 Millionen Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten in der sowjetischen (2 Millionen) und britischen (1,5 Millionen) Besatzungszone, sowie von 2,5 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei, 500.000 aus Ungarn und 150.000 aus Österreich [gemeint sind nach Österreich vertriebene und geflüchtete Sudetendeutsche, Anm. Suppan] in der amerikanischen (2,25 Millionen), sowjetischen (750.000) und französischen (150.000) Besatzungszone. Und ab Ende Jänner 1946 begannen die Transportzüge tatsächlich zu rollen.²⁹⁷⁸

Bereits einen Tag nach Beschluss des Artikels XIII erörterte die Prager Regierung die Entscheidung der Potsdamer Konferenz über den „Transfer“ der deut-

²⁹⁷⁷ Documents on British Policy Overseas, I/ I, The Conference at Potsdam 1945 (London 1984) 1275 (Protocol of the proceedings of the Berlin Conference); Amtsblatt des Alliierten Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (Berlin 1946) 19f.; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 115. Die Übersetzungen des Art. XIII des Potsdamer Protokolls in *ERMACORA*, Menschenrechte, 474, und *Němci a Maďaři*, 566f., enthalten einige Ungenauigkeiten.

²⁹⁷⁸ Klaus-Dietmar HENKE, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, 49-69.

schen Bevölkerung. Außenminister Jan Masaryk teilte einleitend mit, vom amerikanischen und britischen Botschafter gleichlautende Noten erhalten zu haben, in denen die Tschechoslowakei aufgefordert werde, „den Transfer einstweilen nicht fortzusetzen“ – wobei allerdings die Potsdamer Konferenz anerkannt habe, „dass der Transfer der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn notwendig sei“. Ministerpräsident Fierlinger ergänzte, dass ihm der sowjetische Botschafter Valerian A. Zorin geraten habe, „die Tschechoslowakei möge jetzt beschleunigt den Plan zur Durchführung des Transfers vorlegen“. Daher vertrat Fierlinger – gegen die ausdrückliche Aufforderung der Westmächte (!) – die Ansicht, „dass man den Transfer nicht aussetzen sollte, solange das die sowjetischen Autoritäten nicht forderten“. Auch andere Regierungsmitglieder stimmten zu, die „Abschiebung“ der deutschen Bevölkerung fortzusetzen, „falls dies ohne Schwierigkeiten zu bewerkstelligen sei“. Gegenüber den Westmächten sollte auch damit argumentiert werden, „dass man die eingeleitete Umsiedlung nicht sofort anhalten könne“.²⁹⁷⁹

Tatsächlich wurden auch weiterhin kleinere oder größere Gruppen von Sudentendeutschen in die SBZ oder nach Österreich abgeschoben. Die Prager Regierung vertrat den Standpunkt: „Es muss unser Bemühen sein, durch Hinweise auf terroristische Taten der Deutschen [...] die raschest mögliche Ausarbeitung des Abschiebungsplanes und seine Genehmigung durch die Großmächte zu erzwingen.“ Fierlinger erklärte am 28. August 1945 auf einer Kundgebung in Brünn, dass die deutsche Frage gelöst werden müsse, doch „zivilisiert, nicht brutal, durch Konzentrationslager und Nachahmung von Methoden, die die Nationalsozialisten benützt haben.“²⁹⁸⁰

Prokop Drtina hatte schon am 5. August im Zentralorgan der tschechoslowakischen National-sozialistischen Partei triumphiert:

„[...] Es ist überhaupt nicht übertrieben, wenn ich sage, dass es der größte diplomatische und politische Sieg ist, den je unser Volk in seiner ganzen langen Geschichte des ewigen Existenzkampfes gegen das deutsche Volk errungen hat. [...] Er bedeutet ferner, dass es uns in diesem Krieg gelang, über die Deutschen einen solchen Sieg zu erringen, wie es unserem Volk seit dem 13. Jahrhundert nicht gelungen ist. [...] Selbst den ruhmreichen und im nationalen Kampf so entschiedenen und höchst erfolgreichen Hussiten war es nicht gelungen, soviel zu verwirklichen, wie uns aufgrund des Potsdamer Beschlusses.“²⁹⁸¹

In der Kabinettsitzung vom 3. August 1945 bedauerte der sozialdemokratische Ernährungsminister Václav Majer, „dass man in der Entscheidung der Potsdamer Konferenz nicht von den Magyaren spreche; er wies darauf hin, dass die Magyaren [in Ungarn] das Recht erhielten, die Deutschen auszusiedeln, selbst aber nicht ausgesiedelt werden könnten“. Außenminister Masaryk gab dazu die nahezu

²⁹⁷⁹ Protokoll der 43. Sitzung der Tschechoslowakischen Regierung vom 3. August 1945, in: JECH, *Němci a Maďaři*, 567-570.

²⁹⁸⁰ HRABOVEC, *Vertreibung*, 154.

²⁹⁸¹ *Svobodné slovo* (Praha), 5. August 1945, zitiert nach: Odsun 2, 695-698.

perfide Interpretation, dass sich die Potsdamer Konferenz fast ausschließlich mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt habe, „so dass der Umstand, dass man nicht über eine Abschiebung der Magyaren gesprochen habe, nicht bedeute, dass man sie nicht durchführen könne“. Minister Hubert Ripka empfahl, dies auch der Presse „zur Beruhigung der slowakischen Öffentlichkeit“ (sic!) mitzuteilen.²⁹⁸²

Der Prager Außenpolitik gelang es freilich trotz mehrerer Noten an die Alliierten auch nach dem Potsdamer Abkommen nicht, für eine Aussiedlung der Magyaren die erforderliche internationale Zustimmung zu erhalten. Im Gegenteil: Die „wilden Vertreibungen“, die vor allem im Gebiet der Städte Pressburg, Komorn (Komárno, Komárom) und Kaschau Zehntausende Magyaren betroffen hatten – darunter viele Angehörige der Intelligenz und der größeren Besitzer –, mussten nun eingestellt werden. Und am 27. Februar 1946 musste die Tschechoslowakei mit Ungarn ein Abkommen über einen Bevölkerungsaustausch schließen, der im Artikel V ein reziprokes Verfahren vorsah:

„In gleicher Zahl, entsprechend der Zahl der vom Territorium Ungarns auf das Territorium der Tschechoslowakei umgesiedelten Personen slowakischer und tschechischer Nationalität, werden auf das Territorium Ungarns Personen umgesiedelt, die ihren ständigen Wohnsitz auf dem Territorium der Tschechoslowakei haben und die nach dem Verfassungsdekret des Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik vom 2. August 1945 über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher und magyarischer Nationalität (Nr. 33/1945 Sb.) die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben.“²⁹⁸³

Entsprechend diesen Bestimmungen wurden von den ursprünglich 89.660 ethnischen Magyaren, die aus der Tschechoslowakei nach Ungarn abgeschoben worden waren, etwas mehr als 34.000 wieder rückgesiedelt (womit die Wanderungsbilanz 55.487 Personen ergab), während parallel dazu zwischen 1945 und 1948 59.774 ethnische Slowaken aus Ungarn in die Tschechoslowakei verfrachtet wurden. Daher versuchten die tschechoslowakischen Behörden bis 1948, mittels einer Politik der Entnationalisierung, der „Reslowakisierung“ und der Zwangsumsiedlung von magyarischen Bauern und Arbeitern in die ehemals sudeten-deutschen Gebiete die Zahl der magyarischen Minderheit zu reduzieren – letzten Endes ziemlich erfolglos. Erst ab Oktober 1948 wurde Personen magyarischer Nationalität, die zum 1. November 1938 Staatsbürger der ČSR gewesen waren, wieder die gesetzliche Möglichkeit eingeräumt, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu erwerben.²⁹⁸⁴

²⁹⁸² JECH, Němci a Maďari, 569.

²⁹⁸³ Ebenda, 570. Vgl. die Note von Staatssekretär Clementis an Botschafter Nichols, 16. August 1945, in: Odsun 2, 702f.

²⁹⁸⁴ Štefan ŠUTAJ, Slovakia and the Hungarians in Slovakia in the Aftermath of World War II, 1945-1948, in: Suppan, Donaauraum, 619-631, hier 622; László SZARKA, Minderheiten in Ungarn – Ungarische Minderheiten in den Nachbarstaaten 1938-1948, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) XXIII-XXVI; Štefan ŠUTAJ, Die ungarische Minderheit in der Slowakei während der Nachkriegsentwicklung, in: Ebenda, 81-87.

Die Zwangsaussiedlung der Sudetendeutschen

Bis zum Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsdekrets am 10. August 1945 konnten sich die „Vertreibungen“ weder auf innerstaatliche noch auf internationale Rechtsnormen stützen. Mit Artikel XIII des Potsdamer Protokolls wurde erstmals die Intention der drei Großmächte öffentlich bekundet, die Deutschen der Tschechoslowakei in die amerikanische und sowjetische Besatzungszone Deutschlands „überführen“ zu lassen. Aber erst mit der vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland am 20. November 1945 gebilligten „Transferquote“ von 2,5 Millionen tschechoslowakischen Deutschen gewann die geplante Massenaussiedlung konkrete Gestalt. 1,75 Millionen Sudetendeutsche sollten in die US-Zone, weitere 750.000 in die SBZ ausgesiedelt werden. Allerdings wurde mit der *Combined Repatriation Executive (CRX)* nur ein kleiner Logistik- und Verwaltungsapparat bereitgestellt. Mit Ende Dezember 1945 gab es erst knapp ein Dutzend „Repatriierungsoffiziere“ aus allen sieben beteiligten Ländern – UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei und Ungarn –, die Ordnung in den Ablauf der Zwangsaussiedlungen bringen sollten. Die Vertreibungsländer hatten es eilig, mit den Transporten mitten im Winter zu beginnen, die aufnehmenden Besatzungszonen bremsten und zögerten den Beginn der „Überführungen“ hinaus. Der US-Verbindungsoffizier beim tschechoslowakischen Generalstab, Colonel John H. Fye, stimmte unklugerweise zu, die Transporte bereits Mitte Dezember starten zu lassen. Die ersten Züge, die am 13. Dezember 1945 in Bayern eintrafen, transportierten ausgeplünderte Vertriebene; am 16. Dezember kam in Hof ein Zug mit 650 Vertriebenen an, von denen nach Öffnen der Türen 94 tot waren, darunter 22 Kinder. Der laute Protest der Militärverwaltung in Bayern zwang die tschechischen Behörden zu einer Unterbrechung der Transporte. Nun stellten die US-Kommandanten harte Bedingungen: Maximal 50 Personen pro Güterwaggon, Vorlage von Namenslisten (niemand sollte ohne Familie einsteigen), einen Ausweis in tschechischer, deutscher und englischer Sprache, eine warme Mahlzeit nach der Ankunft und Desinfektion. Zunächst sollte täglich nur ein Zug mit 1200 Vertriebenen in Fürth im Wald eintreffen, später kam Wiesau östlich von Bayreuth als zweiter Aufnahmeort hinzu. Der erste Transport mit knapp 1000 Frauen und Kindern sowie 240 Männern führte am 25. Jänner 1946 von Marienbad nach Fürth im Wald. Die Sowjetorgane handelten mit der tschechoslowakischen Regierung ebenfalls genaue Bedingungen aus: Jeder Aussiedler sollte 50 kg Gepäck mitnehmen dürfen, außerdem 500 Reichsmark. Zwei Atteste, je eines von einem deutschen und tschechoslowakischen Arzt, sollten die Reisefähigkeit der Aussiedler bestätigen, zwei deutsche Krankenschwestern jeden Zug begleiten. Jeder der 42 bis 43 geschlossenen Waggons sollte nicht mehr als 30 Passagiere aufnehmen, das Maximum eines Transports etwa 1200 Personen betragen. Die Sowjets stimmten schließlich zu, ab dem 10. Juli 1946 an sechs Tagen pro Woche drei Züge täglich auf der kurzen Strecke von Podmokly nach Bad Schandau zu akzeptieren und drei

weitere Züge von Tršnice nach Gera oder Altenburg in Thüringen. Damit die Züge am selben Abend in die Tschechoslowakei zurückkehren sollten, war ein strikter Zeitplan einzuhalten.²⁹⁸⁵

Am 14. Dezember 1945 verabschiedete die Prager Regierung „Richtlinien zur systematischen Durchführung der Abschiebung (des Transfers) der Deutschen aus der Tschechoslowakei“ und übertrug die Leitung der Aktion dem kommunistisch geführten Innenministerium, das die Aus- und Ansiedlung über seine „Regionalen Besiedlungsämter“ (*Oblastní osídlovací úřednovny*) in Zusammenarbeit mit den Nationalausschüssen, der Polizei und der Armee durchführen sollte. Die Verordnung des Innenministeriums vom 31. Dezember 1945 enthielt genaue Anweisungen über die Konzentration der für die „Abschiebung“ bestimmten Personen in Sammelzentren, über die Zusammenfassung der Familien als „Abschiebeeinheiten“, über die Abschiebung von Priestern, über den Umfang des mitzunehmenden Gepäcks – jede Person durfte höchstens 30 kg einschließlich nicht verderblicher Lebensmittel für sieben Tage mitnehmen –, über das Verbot, Bargeld von mehr als 1000 RM pro Familie, Sparbücher, wertvolle Uhren, Photoapparate, Rundfunkgeräte und Schreibmaschinen sowie wertvolle Teppiche und Pelzmäntel mitzunehmen, und über die Sicherung des zurückgelassenen Eigentums. Erstaunlicherweise wurde aber die Gruppe der Abzuschiebenden nicht zur Gänze mit der Personengruppe gleichgesetzt, der nach dem Dekret Nr. 33/1945 die Staatsbürgerschaft entzogen worden war. Nun, Ende Dezember 1945, wurden Antifaschisten, „Mischehen“-Angehörige, Fachkräfte und „unentbehrliche“ Arbeitskräfte von der Zwangsaussiedlung ausgenommen. Aber das außergewöhnliche Maß an Kompetenzstreitigkeiten behinderte die reibungslose Durchführung der Zwangsaussiedlung. Mehrere Prager Ministerien wollten dabei mitwirken, vor allem das Ministerium für nationale Verteidigung und der kommunistische Chef des Ansiedlungsamts, der energische und ehrgeizige Miroslav Kreysa.²⁹⁸⁶

Die während der Vorbereitung der Präsidialdekrete geführten Diskussionen über die Bestimmung der „Nationalität“ waren weitergegangen. Das Innenministerium distanzierte sich vom deutschen Begriff der „Volkszugehörigkeit“ und empfahl für die Nationalitätenbestimmung seinen nachgeordneten Dienststellen eine Kombination von subjektiven Äußerungen der betreffenden Personen mit angeblich „objektiven Kennzeichen“. Als solche wurden empfohlen: amtliche Meldungen zu einer bestimmten Nationalität bei der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 bzw. bei der deutschen Volkszählung 1939; polizeiliche Anmeldungen; Anmeldungen in einer Schule und Schulbildung; Angaben zur Ausstellung von Lebensmittelkarten; Abstammung von Eltern einer bestimmten Nationalität; Umgangssprache im Privatleben; Partizipation im öffentlichen Leben, besonders die Mitgliedschaft in politischen Parteien, Verbänden, Formationen und Organisationen, in denen Personen einer bestimmten Nationalität vereinigt sind; Mitgliedschaft

²⁹⁸⁵ DOUGLAS, „Ordentliche Überführung“, 202-209.

²⁹⁸⁶ BRANDES, 1945, 241; ARBURG, Vertreibung, 71f.; Odsun 2, 729-737.

in nationalen Kirchen und Religionsgemeinschaften etc. Das Ministerium des Innern empfahl, nicht von einem Merkmal auszugehen, sondern alle diese Angaben zueinander in Bezug zu stellen. – Freilich: Bei weitem nicht alle Eintragungen in die Volkszählungsbögen von 1930 und 1939 waren eindeutig (etwa: tschechische Muttersprache – deutsche Nationalität); bei der tschechoslowakischen Volkszählung 1930 war gemäß Regierungsanordnung die Nationalität „in der Regel nach der Muttersprache einzutragen“; und: nur die Zählkommissäre selbst oder Haus- und Wohnungseigentümer waren befugt gewesen, die Zählbögen auszufüllen und zu unterschreiben. Das bedeutete, dass sich die Mehrheit der in der Volkszählung 1930 erfassten tschechischen, slowakischen, deutschen oder magyrischen Personen nicht selbst (aktiv) zu einer Nationalität bekannt hatte. Außerdem bereitete den tschechischen Behörden die Behandlung der national gemischten Ehen Probleme, deren Zahl auf mindestens 90.000, die Zahl der Kinder aus diesen gemischten Ehen auf mindestens 150.000 geschätzt wurde. Ihre Zuordnung wurde nun im Wesentlichen nach der Nationalität des Mannes vorgenommen.²⁹⁸⁷

Der tschechischen Öffentlichkeit wurden solche juristischen Diskussionen weitgehend vorenthalten, sie hörte am 14. September 1945 auf einer Erinnerungskundgebung für den ehemaligen Präsidenten Masaryk seinen Nachfolger Beneš über die „Kriegsschuld der Sudetendeutschen“ sprechen:

„[...] Als Nation haben wir in den Jahren 1938/39 nichts unversucht gelassen, um die große historische Prüfung zu bestehen. Die Deutschen in der Tschechoslowakei andererseits haben den Staat, die Demokratie und den Frieden verraten. Sie verrieten die Humanität und beteten den brutalsten Faschismus, Barbarismus und Paganismus an, dessen die Welt jetzt Zeuge gewesen ist. Dazu kommt, dass sie es öffentlich als ihr Ziel proklamierten, uns zu versklaven und auszurotten. Es ist für uns unmöglich geworden, an ihrer Seite weiterzuleben und deshalb müssen sie das Land verlassen. Wir haben das moralische und politische Recht, dies zu verlangen, auch im Sinne der Philosophie Masaryks.“²⁹⁸⁸

Die europäische Öffentlichkeit konnte freilich schon Anfang Oktober 1945 im *Daily Herald* einen Bericht des bekannten Publizisten G. E. R. Gedye über die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei lesen. Gedye hatte mehrere Sammellager besucht und erklärt, dass lokale tschechische Behörden die Anweisungen ihrer Regierung missachteten, die Deutschen in humaner Weise zu behandeln. Es werde zwar niemand gefoltert oder ermordet, die Lebensverhältnisse in diesen Lagern seien aber furchtbar. Andererseits wunderten sich die tschechischen Behörden, die einige Zeit tatsächlich Widerstand seitens deutscher „Werwolf“-

²⁹⁸⁷ Runderlass des Ministeriums des Innern vom 23. August 1945, über die Regelung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft nach dem Verfassungsdekret vom 2. August 1945, an die Landes- und Bezirksnationalausschüsse (Bezirksverwaltungskommissionen), die Expositur des mährisch-schlesischen Landesnationalausschusses in Mährisch Ostrau und die Nationalausschüsse der Statutarstädte, zitiert nach: Dokumentation der Vertreibung IV/1, Anlage 10; Benjamin FROMMER, *Expulsion or Integration: Unmixing Interethnic Marriage in Postwar Czechoslovakia*, in: *East European Politics and Societies* 14/2 (2000) 382.

²⁹⁸⁸ Neues Österreich, Wien, 16. September 1945, 2.

Einheiten erwartet hatten, mit welcher Ruhe die Sudetendeutschen ihr schweres Schicksal hinnahmen.²⁹⁸⁹

Die US-Behörden bestanden darauf, dass nur komplette Familien ausgesiedelt werden, die pro Person 50 kg Gepäck, darunter Lebensmittel für drei Tage sowie 1000 Reichsmark, mitnehmen durften. Sie verlangten außerdem, dass die Deutschen vor der Zwangsausweisung ärztlich untersucht und die Transporte von deutschen Ärzten und Krankenschwestern begleitet werden. Ein Transportzug sollte aus 40 geschlossenen Güterwaggons mit etwa 1200 Personen bestehen. Den Deutschen wurde der Termin der Aussiedlung meist erst ein bis zwei Tage vorher mitgeteilt, dann brachte man sie in ein Sammellager, wo sie bis zu drei Wochen auf den Abtransport warten mussten; erst von dort wurden sie zu den Eisenbahnstationen geführt. Nach diesem Schema wurden vom 24. Jänner bis in den Oktober 1946 in regulären Transporten 1,2 Millionen Sudetendeutsche in die US-Zone Deutschlands deportiert. Die tschechischen Behörden setzten zuerst die wirtschaftlich „unproduktiven“ Personen in die Züge. Dann entließen sie die geringer belasteten Personen aus den Gefängnissen und Internierungslagern, um die Aussiedlung mit ihren Familien zu ermöglichen. Als die tschechischen Wachmannschaften die ohnehin gepeinigten Menschen auch noch knapp vor der Einwaggonierung ausraubten, drohten die US-Offiziere bei einer Besprechung zwischen 9. und 11. April 1946 in Prag, unvollständige Familien zurückzuschicken. Daraufhin durften die Deutschen 70 kg Gepäck, aber nur 500 Reichsmark pro Person mitnehmen. Unter Hinweis auf die immer katastrophaler werdende Versorgungslage in ihrer Zone drosselten die US-Behörden ab 15. Juli 1946 die tägliche Aufnahmequote auf vier Züge, im Oktober 1946 auf nur mehr drei Züge pro Tag.²⁹⁹⁰

Helmut Scholz aus Haindorf im Isergebirge, Jahrgang 1936, verfasste am 25. November 2008 in Kempten im Allgäu einen Erlebnisbericht über eine solche Aussiedlung:

„[...] Zuerst kamen wir in ein Lager in Friedland. Unser Großvater, Mutter, Bruder elf Jahre und ich mit neun. Wir durften pro Person nur 50 kg Gepäck mitnehmen. [...] Gott sei Dank waren wir nicht lange im Lager. Wir wurden zur Austreibung in Viehwagen getrieben mit unserem bisschen Hab und Gut, welches vorher von Russen kontrolliert wurde. Und was ihnen gefallen hat, haben sie uns weggenommen. Wir hatten Glück, denn die Sachen, die uns die Russen weggenommen haben, gab uns eine Frau wieder zurück. [...]

In den Viehwägen waren nur alte Leute, Frauen und Kinder. Unser Großvater war mit 68 Jahren der einzige Mann. Viele Männer waren in Gefangenschaft oder im Krieg gefallen. Der Waggon wurde verriegelt, der Zug fuhr los und drei Tage waren wir eingesperrt wie die Tiere. In der Mitte stand ein Kübel, in den wir unsere Notdurft verrichten konnten. Wir hatten Durst und Hunger. Eine alte Frau ist in dieser Zeit gestorben. Dann wurde der Waggon geöffnet auf offener Strecke. Das Rote Kreuz war da und brachte uns warme Suppe und zu trinken. Der Kübel wurde mit als erstes geleert, denn es stank fürchterlich in diesem Waggon, die gestorbene Frau wurde abgeholt

²⁹⁸⁹ Neues Österreich, 12. Oktober 1945; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 147.

²⁹⁹⁰ BRANDES, 1945, 241f.

und wir alle gingen erstmal in die Büsche. Danach konnten wir uns etwas waschen. Wir wussten, nun waren wir in Bayern, aber hier konnten wir nicht aufgenommen werden, da hier schon zu viele Menschen aufgenommen wurden. [...] Wir fuhren in den Viehwaggons wieder weiter und kamen nach Hessen. Das Dorf hieß Neukirchen. Hier wurden wir in einem Saal in Stockbetten untergebracht. Am nächsten Tag wurden wir registriert und bekamen einen Vertriebenen-Ausweis. Nach ein paar Tagen wurden wir auf die Dörfer verteilt. [...] ²⁹⁹¹

Diplomingenieur Josef Kuhn aus Mährisch Schönberg (Šumperk), der die Besetzung seiner Heimatstadt durch die Rote Armee erlebt hatte, kam am 22. Juni 1946 aus einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager im Kreis Kalinin ins tschechoslowakische Kriegsgefangenenlager Gurein bei Brünn zurück. Kaum hatte der Transport über die Ukraine und die Slowakei die slowakisch-mährische Grenze überschritten, wurden die „Heimkehrer“ von tschechischen, schwer bewaffneten Jugendlichen nicht nur eskortiert, sondern auch gequält und mit Gummiknüppeln und Drahttruten geschlagen. „Allerdings, verglichen mit den Aufhalten in russischen Lagern, war es in Gurein wie in einem Sanatorium.“ Erst mit Hilfe einer falschen „Cousine“ erhielt Kuhn die Entlassung und konnte sich in einem Aussiedlungslager melden:

„Am 20. August [1946], einem Donnerstag, rollte gegen Abend der Zug von Mähr. Schönberg ab. Nach den Abschiedstränen und dem letzten Blick nach der im Dämmerlicht verschwindenden Heimatstadt war die Stimmung aber keineswegs gedrückt. Nur war der Waggon mit Gepäck und Menschen so voll gepfropft, dass die geringste Platzverschiebung gleich alle in Bewegung bringen musste. Der Transport wurde über Prag, Pilsen, Fürth i. W., Nürnberg nach Schwabach geleitet, und von dort kam ich in ein Lager in Hilpoltstein. Die Unterbringung war den Umständen angemessen, die Verpflegung überall reichlich und gut.“ ²⁹⁹²

Bereits im Oktober 1945 waren erste „freiwillige Sonderaussiedlungstransporte“ in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ) gefahren, besetzt mit deutschen Kommunisten und „Antifaschisten“, die bei der Verteilung der Posten und Güter dabei sein wollten. Als „Antifaschisten“ hatte Innenminister Nosek in einer Verordnung ursprünglich jene Deutschen definiert, die sich vor und nach „München“ aktiv für die Republik eingesetzt hatten. In einer weiteren Verordnung vom 8. Juni 1945 wurden auch jene Deutschen hinzugezählt, die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen zurückkehrten bzw. das tschechische Volk gegen das NS-Regime unterstützt hatten. Und im Beneš-Dekret vom 2. August 1945 wurden schließlich alle jene Deutschen als Antifaschisten bezeichnet, „die der tschechoslowakischen Republik treu geblieben waren, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem NS-Terror gelitten hatten“. In einem Memorandum vom 20. November 1945 baten hingegen sudetendeutsche Kommunisten die Regierung um Hilfe bei der Aussiedlung in die SBZ, während sich

²⁹⁹¹ Odsun 2, 768-770.

²⁹⁹² Maschinenschriftlicher Bericht Dipl.-Ing. Josef Kuhn aus Mährisch Schönberg, 8. Jänner 1957, in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 286f.

Jaksch für die Aufnahme der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die US-Zone einsetzte. So emigrierten bis Juli 1947 insgesamt über 96.000 Kommunisten und Antifaschisten, über 53.000 in die amerikanische, fast 43.000 in die sowjetische Besatzungszone.²⁹⁹³

Erst im März 1946 hatte Außenhandelsminister Ripka in Moskau erreicht, dass Stalin den widerstrebenden Marschall Žukov zur Aufnahme weiterer Sudetendeutscher zwang, sodass vom 10. Juni bis Ende Oktober 1946 630.000 Sudetendeutsche in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands deportiert wurden. Die Ausgesiedelten durften pro Person 50 kg Gepäck und 500 Reichsmark mitnehmen.²⁹⁹⁴ Am 16. Oktober 1946 teilte Ministerpräsident Gottwald im Parlament unter lang anhaltendem Beifall der Abgeordneten mit, dass am 27. Oktober der letzte Transport in die US-Zone abgehen werde. Und am 28. Oktober sprach Gottwald auf dem Prager Wenzelsplatz von der siegreichen Beendigung der „Säuberung der Republik vom fremden Element und Todfeind des Volkes“.²⁹⁹⁵

Am 1. November 1946 übergab Innenminister Václav Nosek dem Präsidenten Beneš den Schlussbericht über die „Abschiebung“: Bis zum heutigen Tag seien aus den tschechischen Ländern insgesamt 2,170.598 Deutsche abgeschoben worden, davon 1,420.598 Personen in die amerikanische und 750.000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands. Für den Abtransport seien 1646 Züge mit 6580 Lokomotiven und 67.748 Eisenbahnwaggons zur Verfügung gestellt worden, darüber hinaus vier Lazarettzüge, 960 Autos und 12 Schiffe. Nosek stellte Beneš auch die Mitglieder des Amtes für die Abschiebung der Deutschen vor, mit denen der Präsident einen Gedankenaustausch über die „Populationsfrage“ führte. Beneš erinnerte daran, dass von der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei „mindestens 85 % gegen uns und unseren Staat waren“. Zum 1. November 1946 befanden sich nach offiziellen Angaben aber auch noch knapp 240.000 Sudeten- und Karpatendeutsche in der Tschechoslowakei. Die US-Behörden lehnten zwar im Frühjahr 1947 die Aufnahme weiterer Sudetendeutscher ab, ließen aber doch den Zuzug von Familienangehörigen früherer Vertriebener zu. Außerdem wurden rund 23.000 Sudetendeutsche nachts ohne Genehmigung der Amerikaner über die Grenze gebracht. Nach der Gründung der DDR erklärte Gottwald am 24. Februar 1950: „Deutscher ist nicht gleich Deutscher“, und Generalsekretär Rudolf Slanský wurde für die antideutsche Hetze verantwortlich gemacht.²⁹⁹⁶

Im Oktober 1946 hatte die Korrespondentin der *New York Times* Anne O'Hare McCormick, versucht, sich ein persönliches Bild von den Zwangsaussiedlungen

²⁹⁹³ BRANDES, 1945, 242.

²⁹⁹⁴ BRANDES, 1945, 242.

²⁹⁹⁵ HRABOVEC, Vertreibung, 314. Allein aus Prag wurden zwischen März und Oktober 1946 19.732 Personen deutscher Nationalität zwangsausgesiedelt; 2705 Personen durften bleiben. – LEDVINKA, Prag, 488.

²⁹⁹⁶ Denkschrift Nosek an Beneš, 1. November 1946, in: Odsun 2, 800f.; HRABOVEC, Vertreibung, 314.

aus Polen und der Tschechoslowakei zu machen, und war über die Behandlung der Deutschen schockiert:

„The scale of this resettlement, and the conditions in which it takes place, are without precedent in history. No one seeing its horrors first hand can doubt that it is a crime against humanity for which history will exact a terrible retribution.“²⁹⁹⁷

Der slowakische Journalist und ehemalige Partisan Ladislav Mnačko, der sich 1967 mit seinem Roman „Wie die Macht schmeckt“ vom Kommunismus abwandte und Ende 1968 ins Exil ging, zog am 26. Oktober 1946 in *Rudé právo* eine eher zynische Bilanz zur Zwangsausweisung der Deutschen und lobte die dafür zuständigen Beamten:

„In einem hinteren Trakt der Prager Burg ist vorübergehend eine Abteilung des Innenministeriums untergebracht. Wenn sie in einem Jahr hingehen, werden sie die Abteilung vergeblich suchen, sie wird vermutlich nicht mehr existieren. [...] Jeder, der dieses Amt kannte, wird sich freuen, wenn es aufhört zu existieren und bestimmt sagen: ‚Gott sei Dank, dass das schon hinter uns liegt!‘ [...] Es waren fähige Beamte. Ihnen ist zu danken, dass ein gigantisches Werk gelungen ist. Sie haben die Abschiebung der Deutschen organisiert. [...]

‚Innenministerium, Abteilung für die Abschiebung der Deutschen‘, so lautete der Titel dieses Amtes, wo viele Monate, Tag für Tag Telefone klingelten, Interventionen sich stapelten, weil sich bei uns genug Leute fanden, Nationalverwalter und auch andere, die dort beweisen wollten, dass gerade ‚ihre‘ Deutschen aus der Abschiebung herausgenommen werden sollten, weil sie für die Republik unentbehrlich seien. Die Beamten widerstanden diesem Ansturm. Nur so war es möglich, dass täglich mehrere Züge mit unseren ‚nationalen Gästen‘ unsere Republik verließen, in das Land, wohin sie ihr Herz zog. Mit Hilfe der Staatsbahnen, der Armee und dem Korps der nationalen Sicherheit wurden alle Hindernisse glatt überwunden. [...]

Es war eine schwere Aufgabe. Man erwartete, dass die Deutschen aufbegehren, dass sie Sabotageakte unternehmen, sich mit allen Kräften gegen die Abschiebung wehren werden. In vielen Dörfern gab es keinen tschechischen Menschen, der sich an den mit der Abschiebung verbundenen organisatorischen Arbeiten beteiligen konnte. [...] aber die zuständigen Amtsträger kamen auf eine glückliche Idee – indem sie auf die deutsche Mentalität setzten, führten sie in Sammelagern und auch in Dörfern das sog. ‚Führersystem‘ ein. Sie bestimmten einige ausgewählte Deutsche und machten sie verantwortlich für den glatten Verlauf aller mit der Abschiebung zusammenhängenden Vorbereitungsarbeiten, sowie auch mit dem Verlauf der eigentlichen Abschiebung. Diese ‚Kapos‘ übernahmen ihre Funktionen wie es sich gehört und führten sie in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle mit besonderem Eifer durch. Das Herrenvolk konnte sich nicht einmal hier verleugnen und seine Angehörigen verzichteten nicht auf die Gelegenheit, ihre Oberherrschaft unter Beweis zu stellen. [...]

Ihr Verhalten während der Abschiebung bot das für die deutsche Mentalität typische Erscheinungsbild. Solange sie in der Tschechoslowakei waren, verhielten sie sich demütig und kriecherisch, obwohl sie auch schon hier einige zaghafte Versuche unternahmen, sich zu beschweren. Wenn sie zum Beispiel während des Transports dem Kommando von Soldaten unterstellt waren, beschwerten sie sich bei denen über die SNB-Angehörigen. Bei der Übernahme durch alliierte Soldaten ließen sie jedoch an unserem Volk kein gutes Haar, sie beschimpften die Soldaten und drohten, dass sie zurückkehren und aus der Republik und ihrem Volk Hackfleisch machen wür-

²⁹⁹⁷ New York Times, October 23rd, 1946; zitiert nach: JUDT, Postwar, 26.

den. Mit der Zeit wuchsen hinter der Grenze der Republik, auf der deutschen Seite, ganze weiße Haufen in die Höhe. Hier warfen sie ihre weißen Binden weg, die sie bei uns demütig getragen, aber als Schande empfunden hatten.

Die Schäden, die sie unserer Republik mutwillig zufügten, sind verhältnismäßig gering. Verglichen mit der Tatsache, dass sie nun fort sind, kann überhaupt nicht von Schäden gesprochen werden. [...] Dank dem Verständnis der Alliierten, hauptsächlich der Sowjetunion, wurde es dem tschechischen Volk ermöglicht, das Unrecht von Jahrhunderten wettzumachen und das große Werk, das Jan Žižka von Trocnov begonnen hatte, zu Ende zu führen. [...]“²⁹⁹⁸

Nach den “wilden Vertreibungen” im Jahre 1945 und den “organisierten Vertreibungen” im Jahre 1946 zogen die westlichen Alliierten Bilanz: So hatten sie sich die Zwangsumsiedlungen nicht vorgestellt. Die ungefährlichsten Deutschen waren deportiert worden, während die gesunden Männer von Polen und der Tschechoslowakei als Zwangsarbeiter zurückgehalten wurden. Aber Hunderttausende Vertriebene brauchten sofortige Versorgung in Krankenhäusern, Altenheimen, Waisenhäusern und Heimen für Behinderte.²⁹⁹⁹

Präsident Beneš aber verlieh im November 1946 dem US-Verbindungsoffizier beim tschechoslowakischen Generalstab, Colonel John H. Fye, in Anerkennung seiner Verdienste „um die Aussiedlung von Deutschen aus der Tschechoslowakei“, den Weißen Löwen-Orden, die höchste Auszeichnung des Landes für Ausländer. In seiner Weihnachtsansprache im Rundfunk forderte Beneš seine Landsleute auf, sich darüber zu freuen, dass „dies die ersten Weihnachten der Tschechoslowakei ohne die Deutschen“ seien.³⁰⁰⁰

Evakuierung, Flucht und Zwangsaussiedlung der Karpatendeutschen

Im Vergleich zum Schicksal der Sudetendeutschen verlief die zwangsweise Aussiedlung der Karpatendeutschen in geordneteren und weniger gewaltsamen Bahnen, jedenfalls ohne „wilde“ Vertreibungsaktionen. Infolge möglichen Durchbruchs der Roten Armee über die Karpaten in die Ostslowakei, gegen den deutsche Truppen am Dukla-Pass heftigen Widerstand leisteten, gab Himmler schon im August 1944 Befehl an die Volksgruppenführung, eine Evakuierung der Zipser Deutschen vorzubereiten. Auf Grund des Ausbruchs des slowakischen Nationalaufstandes wurde mit Unterstützung der Deutschen Evangelischen Kirche A. B. zuerst die Evakuierung der Zipser Schulkinder über Zakopane ins Troppauer Gebiet, ins Egerland und nach Oberösterreich durchgeführt. Mitte September 1944

²⁹⁹⁸ Ladislav MNAČKO, Jak byli odsunováni, in: Rudé právo (Praha), 26. Oktober 1946, zitiert nach: Odsun 2, 797-800.

²⁹⁹⁹ DOUGLAS, „Ordentliche Überführung“, 241f., 255. Am 31. März 1947 verlangten die US-Behörden sogar, 325.439 Sudetendeutschen „gutgeschrieben“ zu bekommen, die auf inoffiziellen Wegen in ihre Zone gekommen waren, dazu 118.574, die nach Österreich geflohen oder vertrieben worden waren und die die Regierung in Wien wieder loswerden wollte.

³⁰⁰⁰ Rudé právo, 12. November 1946; DOUGLAS, „Ordentliche Überführung“, 282f.

befahl dann die Volksgruppenführung die Evakuierung der Bevölkerung der Zips und der deutschen Streusiedlungen in der Ostslowakei unter Mitnahme des beweglichen Besitzes. In den folgenden Wochen wurden viele Familien mit ihrem Vieh per Eisenbahn über Galizien oder Ungarn in die Westslowakei transportiert. Freilich wuchs der Widerstand unter der bäuerlichen Bevölkerung, der erst aufhörte, als infolge drohenden Heranrückens der Front die restlose Evakuierung angeordnet wurde. Himmler hatte dazu am 27. Oktober 1944 – ohne Umweg über die slowakische Regierung, die von Karmasin informiert wurde – direkte Weisung an den Volksgruppenführer gegeben und ihm dazu diktatorische Vollmachten ausstellen lassen.³⁰⁰¹

Im November und Dezember 1944 wurden daher die meisten Zipser Deutschen auf Transportzüge geladen und ins Protektorat oder ins Sudetenland abtransportiert. Organisierte Trecks der Zipser zogen aber auch das Waagtal entlang Richtung Westslowakei. Mitte Jänner 1945 folgte der Befehl zur Evakuierung der Mittelslowakei. Nun verließen die Hauerländer ihre alte Heimat, wobei die Bergleute vorwiegend ins Brüx-Duxer Kohlenrevier kamen. Zur selben Zeit begannen auch schon die Evakuierungsvorbereitungen unter den Pressburger Deutschen sowie in den Dörfern am Rande der Kleinen Karpaten und auf der Großen Schüttinsel. Diese verließen im Februar und März 1945 ihre Heimat in Richtung Österreich – kaum zu früh, denn die Rote Armee marschierte bereits Anfang April in Pressburg ein. Tatsächlich wurden also vom Herbst 1944 bis zum März 1945 etwa 120.000 der noch 140.000 Karpatendeutschen aus der Slowakei evakuiert; in den drei Hauptsiedlungsgebieten blieben nur jeweils einige Tausend zurück, unter ihnen nicht wenige kommunistisch gesinnte oder bereits stark slowakisierte Deutsche. Naheliegenderweise hatten sich die Organe der slowakischen Staatsmacht in diese Evakuierungsmaßnahmen kaum eingemischt, hatten sie doch bald eigene Fluchtvorbereitungen zu treffen.³⁰⁰²

Dennoch verliefen auch das Kriegsende und die unmittelbare Nachkriegszeit für viele Karpatendeutsche ziemlich dramatisch. Die große Mehrheit der Evakuierten wurde nämlich nun von der Roten Armee in Mähren und Böhmen überrollt, zum Teil zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt, jedenfalls aber den „Beneš-Dekreten“ unterworfen. So verloren sie Eigentum und Staatsbürgerschaft und mussten in Lagern auf den „Abschub“ warten. Etwa 30.000 Karpatendeutsche entschlossen sich daher im Sommer 1945, zum Teil in Trecks, zum Teil in Heimkehrertransporten slowakischer Repatriierter, in ihre alte Heimat zurückzukehren. Dort fanden sie allerdings ihre Häuser und Höfe versiegelt, von Slowaken besetzt oder bereits ausgeplündert vor. So mussten sie jetzt über den Winter 1945/46 in Sammellagern bei Poprad, Nováky und Engerau (Petržalka) sowie auf dem Ge-

³⁰⁰¹ Dušan KOVÁČ, Die Evakuierung und Vertreibung der Deutschen aus der Slowakei, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 111-116; vgl. Dušan KOVÁČ, Vysídlenie Nemcov zo Slovenska (1944-1953), (Praha 2001).

³⁰⁰² Dokumentation der Vertreibung IV/1, 166-171; KOVÁČ, Evakuierung, 112f.

lände der Patronenfabrik in Pressburg auf ihre Zwangsaussiedlung warten, wo sie häufig von ehemaligen Partisanen bewacht wurden. Daher versuchten sich nicht wenige Karpatendeutsche aus diesen Lagern von Privaten „herauskaufen“ zu lassen, um bei ihnen als Arbeitskraft besser zu überleben. Manchen gelang auch der Sprung über die „grüne Grenze“ nach Österreich. Die Vorbereitungen für die Zwangsausweisungen liefen erst ab April 1946 an, und die Aktion selbst begann Ende Juli 1946. Immerhin wurden die Auszusiedelnden neu eingekleidet, durften 50 bis 100 kg Gepäck mitnehmen und erhielten 500 bis 1000 RM Bargeld. Insgesamt 27 Transporte zu je etwa 1200 Personen wurden zuerst in die amerikanische, dann auch in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands geführt und endeten dann schon im Oktober desselben Jahres. Nach den Angaben des slowakischen Beauftragtenamtes für Inneres wurden mit den Transporten bis 31. Oktober 1946 32.450 Personen deutscher Nationalität ausgesiedelt.³⁰⁰³

Paul Fleischhacker, ein kleinerer Besitzer aus St. Georgen (Svätý Jur) bei Pressburg, war im Februar 1945 in die Umgebung von Aussig evakuiert worden, fuhr jedoch schon am 30. Mai 1945 mit einem Transport in seine Heimat zurück. Sein Haus war jedoch bereits von Slowaken beschlagnahmt, das bewegliche Vermögen gestohlen. Die zurückgekehrten Deutschen wurden in zwei Häusern zusammengezogen und zu Aufräumarbeiten eingeteilt. Aus den vorhandenen Betttüchern wurden Armbinden geschnitten, die von den Deutschen immer und überall gut sichtbar getragen werden mussten. Ende Juni wurden die St. Georgener ins Internierungslager Engerau in Marsch gesetzt, das 18 km entfernt lag. Fast drei Monate lang gab es Tag für Tag nichts anderes als Dörrgemüse, das im klaren Wasser gekocht war; nicht einmal Brot wurde von der Lagerleitung zugewiesen. Hunger und Ruhr führten zu einer täglichen Todesrate von bis zu zehn Personen, meist Jugendlichen. Besser war die Verpflegung im Arbeitslager der Patronenfabrik von Pressburg. Erst am 31. August 1946 erfolgte die Aussiedlung nach Korbach/Waldeck.³⁰⁰⁴

Nationalpolitisches Resümee: Ethnische Säuberung

„Wir haben den ewigen Traum von Generationen verwirklicht“, so charakterisierte Innenminister Václav Nosek in seinem Bericht vor dem tschechoslowakischen Parlament am 24. Oktober 1946 die weitgehende Beendigung des „Abschubs der Deutschen“. „Die ganze Geschichte unseres Volkes ist gekennzeichnet vom Kampf gegen das angriffslustige Deutschland, und schon mehrere Male gab es in unserer Geschichte Versuche – den bedeutendsten während der

³⁰⁰³ KOVÁČ, Evakuierung, 114-116; Dokumentation der Vertreibung IV/1, 172-178; Pöss, Karpatendeutsche, 17.

³⁰⁰⁴ Maschinenschriftlicher Bericht Paul Fleischhacker aus St. Georgen bei Pressburg, o. D., in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 295f.

Hussitenrevolution –, unsere Länder vom heimtückischen deutschen Feind, der unsere Gastfreundschaft genoss, zu befreien.“ Nun sei die „gründliche, vollständige und radikale Säuberung unserer Länder von den feindlichen nationalen Minderheiten“ gelungen, „von diesen ewigen Feinden und Urhebern der Leiden und Unterdrückung unseres Volkes“. Und: „Unser neues Grenzgebiet“ müsse „zu einem unzerstörbaren Bollwerk gegen alle Stöße der deutschen Eroberung und zu einer Barriere werden, über die der Deutsche niemals mehr in unser Grenzgebiet eindringt“. Nach diesem weit ausholenden, ziemlich einseitigen historischen Exkurs über das deutsch-tschechische Verhältnis vom Großmährischen Reich bis zum Protektorat Böhmen und Mähren gab der Innenminister den Abgeordneten bekannt, dass bisher 2,165.135 Deutsche abgeschoben worden seien, sodass nur mehr etwa 300.000 der im Jahre 1938 3,34 Millionen zählenden Minderheit – „Nachfahren der einstigen deutschen Kolonisten“ – in der Tschechoslowakischen Republik verblieben seien. Mittlerweile seien aber Hunderttausende begeisterte und aufrichtige tschechoslowakische Werktätige ins Grenzgebiet gekommen, wenn auch bislang etliche zu besetzende Stellen, besonders in der Industrie, im Bergbau und in der Land- und Forstwirtschaft, noch vakant seien. Unter großem Applaus des Abgeordnetenhauses schloss Nosek:

„Doch im Vergleich zur Größe und Bedeutung der historischen Tat, die die Rückführung der verdeutschten Gebiete in die Hände des tschechischen und slowakischen Volkes bedeutet, stellen jegliche Entbehrungen in Wirklichkeit nur einen geringfügigen Preis dar. [...] Wir sind überzeugt, dass mit der Durchführung der Säuberung unserer Republik von ihren inneren Feinden, eine Tat, an die man sich in der künftigen Geschichte unseres Volkes ewig erinnern wird, [...] die besten Voraussetzungen für die weitere glückliche Entwicklung unseres Nationalstaates und für ein sozial gerechtes Leben seines Volkes gegeben sind. Und so wird auch in diesen, uns ehemals fremden Winkeln unseres schönen Vaterlandes in Zukunft aus den Kehlen seiner Bewohner das glückliche und wahrheitsgetreue Bekenntnis gemäß den Worten unserer Hymne erklingen können: ‚Tschechisches Land – meine Heimat‘.“³⁰⁰⁵

Vier Tage später, am 28. Oktober 1946, am tschechoslowakischen Nationalfeiertag, sprachen Staatspräsident Beneš und Ministerpräsident Gottwald bei einer Großkundgebung auf dem Prager Wenzelsplatz. Beneš bezeichnete die Aussiedlung der Sudetendeutschen als „Nemesis, die diese Schädlinge unserer Republik gerechterweise eingeholt“ habe, und fügte in seiner typischen, scheinbar objektiven Diktion hinzu:

„Ohne Groll und Hass, aber auch ohne Reue, nur von einem gerechtigkeiterfüllten Gefühl durchdrungen, haben wir die Durchführung des Abschubs der Deutschen verfolgt. [...] Von heute an ist unser Staat nicht nur nach dem Recht, sondern auch in Wirklichkeit ein Nationalstaat, ein Staat, der nur den Tschechen und Slowaken gehört.“

³⁰⁰⁵ Bericht des Innenministers Václav Nosek in der 17. Sitzung der Verfassungsgebenden Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik vom 24. Oktober 1946, in: Těšnopisecké zprávy o schůzích Ústavodávajícího Národního shromáždění republiky Československé (Praha 1946).

Und Ministerpräsident Gottwald schloss nahtlos an Nosek und Beneš an:

„Heute und morgen verlassen die letzten Transporte von Deutschen unsere Republik. Kann es einen schlagenderen Beweis für die Größe des Sieges unserer Nation und unseres Staates über den ewigen Feind geben? Die Beendigung des Abschubs der Deutschen aus der Republik bedeutet gleichzeitig auch den Abschluss unserer nationalen Befreiung, die Beendigung des jahrhundertelangen Kampfes unseres Volkes gegen ein fremdes, feindliches Element, das von außen auf unseren tschechischen Boden eingedrungen war.“³⁰⁰⁶

Ziel der Vertreibung und Zwangsaussiedlung war also die Schaffung eines ethnisch homogenen Nationalstaates gewesen. Nur mit der Trennung von der überwiegenden Mehrheit der Deutschen könne sich die Tschechoslowakei vor einer Wiederholung von „München“ sichern – das war die vorherrschende Überzeugung der tschechischen Exilpolitiker, der Widerstandskämpfer und des Großteils der Bevölkerung. Wurden bis Sommer 1941 vor allem die „aktiven Henlein-Anhänger und Nazis“ sowie die „pangermanische Intelligenz“ für die Vertreibung vorgesehen, so kamen 1942 bereits ein „beträchtlicher Teil der nationalistischen deutschen Bauern“, aber auch ein bestimmter Teil „der dem Nazismus verfallenen deutschen Arbeiterschaft“ hinzu. Schließlich zählten alle Wähler Henleins zu den Schuldigen. Die wechselvolle Geschichte der böhmischen Länder wurde zur „tausendjährigen Erbfeindschaft“ zwischen Tschechen und Deutschen vereinfacht.³⁰⁰⁷

Tatsächlich, zum ersten Mal in der Geschichte der böhmischen Länder bzw. der tschechischen Geschichte seit dem Hochmittelalter stimmten Volk [*lid*], Nation [*národ*] und Heimat [*vlast*] im Wesentlichen überein. Die jahrhundertelange Präsenz der Deutschen in den böhmischen Ländern wurde aus den tschechischen Landkarten entfernt, 64 Städte und Ortschaften mit dem Präfix „Deutsch“ bzw. *Německý* wurden umbenannt, etwa *Německý Brod* in *Havlíčkův Brod*. In Prag wurde das „Neue Deutsche Theater“ in *Smetana divadlo* umbenannt, das „Ständetheater“ in *Tylovo divadlo*, das „Deutsche Kasino“ in *Slovanský dům*. Die Deutsche Universität und die Deutschen Technischen Hochschulen in Prag und Brünn wurden am 18. Oktober 1945 durch die Beneš-Dekrete Nr. 122 und 123 geschlossen. Bald verschwanden aber auch tschechische Familiennamen und Institutionen, die an das tschechische Großbürgertum erinnerten, wie das *Baťa*-Geschäftshaus auf dem Wenzelsplatz, das Grand Hotel *Šroubek*, die *Živnostenská banka*, die *Česká spořitelna* und die *Barrandov*-Filmstudios der Familie Havel. Der nationalen „Säuberung“ war also spätestens 1948 eine soziale „Säuberung“ gefolgt.³⁰⁰⁸

Jiří Vančura resümierte bereits 1990 ziemlich nüchtern die Konsequenzen aus der Rechtslosstellung sowie der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen:

³⁰⁰⁶ Rudé právo, 30. Oktober 1946; Klement GOTTWALD, Spisy, Bd. 13 (Praha 1957) 246f.

³⁰⁰⁷ Vermerk Staatssekretär Ripka über Besprechung mit Botschafter Bogomolov, London, 4. Juni 1942, in: VONDROVÁ, Češi a sudetoněmecká otázka, Dok. Nr. 90, zitiert nach: BRANDES, 1945, 244-246.

³⁰⁰⁸ SAYER, Bohemia, 198, 247f.

1. Der wirtschaftliche Gewinn aus der Enteignung der Deutschen habe die Verluste in der Wirtschaft, die aus der Vertreibung resultierten, nicht wettgemacht.
2. Mit den „Beneš-Dekreten“ war in der Gesellschaft des Staates eine „rechtlose Gruppe“ eingeführt worden, „der gegenüber geradezu alles erlaubt war“. Damit wurde ein Präzedenzfall für weitere Rechtlosstellungen geschaffen: Den Deutschen folgte innerhalb der tschechischen Gesellschaft bald der „Klassenfeind“ – die tschechische „Bourgeoisie“.
3. Die Vertriebenen wurden als „Revanchisten“ weiterhin zur Gefahr deklariert, womit Stalin und die UdSSR als Garanten des status quo auftreten und so ihre Vormachtstellung rechtfertigen konnten.
4. Das „Hauptnegativum“ sei aber der Bruch der Moral gewesen, „die Annahme des Grundsatzes der Kollektivschuld, eines eigentlich unmoralischen Grundsatzes...“³⁰⁰⁹

Zwangsumsiedlung nach der Zwangsaussiedlung

Anfang Dezember 1946, nach Ende von Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung von nahezu 3 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei, blieben in den böhmischen Ländern noch ungefähr 224.000 Personen zurück, die für die Behörden als „Deutsche“ galten. Dieser „Rest“ an deutscher Minderheit war somit einerseits wesentlich kleiner, als es die Planungen des Exils um Präsident Beneš vorgesehen hatten, andererseits deutlich größer als es viele tschechische Politiker und der Großteil der tschechischen Bevölkerung nach den Beschlüssen von Potsdam und des Alliierten Kontrollrates für Deutschland erhofft hatten, die auf eine restlose Zwangsaussiedlung abzielten.³⁰¹⁰

Zwei Gründe waren dafür wesentlich verantwortlich: die Unwilligkeit der amerikanischen Besatzungsorgane in Deutschland, im Frühjahr 1947 weitere Massenaussiedlungstransporte aus der Tschechoslowakei wieder aufzunehmen, und der dringende Bedarf der tschechoslowakischen Volkswirtschaft an geeigneten Arbeitskräften für Industrie und Landwirtschaft. Auf Vorlage des Besiedlungsreferenten des Landesnationalausschusses in Prag, Miroslav Kreysa, hatte die tschechoslowakische Regierung bereits am 10. August 1945 eine erste verbindliche Quote von „unabkömmlichen“ deutschen Arbeitskräften und Spezialisten festgelegt, wonach im Bergbau etwa 21.000, in der übrigen Industrie etwa 19.000 deutsche Arbeiter zu belassen waren. Und schon im Juli 1945 war im Ministerrat über die Angehörigen von „Mischehen“ diskutiert worden, wobei der stellvertretende Ministerpräsident, der National-Sozialist Josef David, vehement die Tschechisierung der Kinder aus diesen „Mischehen“ forderte: „Wir sind nicht

³⁰⁰⁹ PLASCHKA – SUPPAN, Einleitung, 18.

³⁰¹⁰ Vgl. zum Folgenden die Prager Dissertation des Schweizer Adrian von ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration. Tschechische Deutschenpolitik 1947-1953 (Praha 2004).

so viele, dass wir einfach so auf viele Tausend Kinder verzichten können, die zur Hälfte aus unserem Blut sind“.³⁰¹¹

Bereits am 12. April 1946 hatte Präsident Beneš gegenüber dem Verbindungsoffizier der US-Armee beim tschechoslowakischen Generalstab, John H. Fye, seine Vermutung geäußert, dass nach Ende des international geregelten Transfers noch 200.000 bis 300.000 Deutsche in der Tschechoslowakei verbleiben würden.³⁰¹²

Nach einem von der Prager Regierung im März 1946 verabschiedeten – bald jedoch korrigierten – Plan hätten aus volkswirtschaftlichen Gründen bis zu einer halben Million Deutsche in der Tschechoslowakei verbleiben sollen. Unter den Ende 1946 zurückgebliebenen Deutschen machten daher die anerkannten „Spezialisten“ und ihre Familien tatsächlich 57,8 % der vom „Abschub“ befreiten Deutschen aus. In dieser Gruppe stellten die deutschen Ehemänner tschechischer Frauen immerhin einen Anteil von 22,3 %, obwohl 1945/46 auch viele „Mischehen“-Angehörige vertrieben oder zwangsausgesiedelt worden waren. Hier stieß die tschechoslowakische ethnische Trennungspolitik eindeutig auf ihre Grenzen.³⁰¹³

Trotz des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei vom 27. Februar 1946 – nach dessen Artikel V aus dem Gebiet der Tschechoslowakei nur so viele Magyaren nach Ungarn umgesiedelt werden sollten, wie Personen slowakischer oder tschechischer Nationalität in Ungarn ein Ansuchen auf Übersiedlung in die Tschechoslowakei gestellt hatten – wurden tschechoslowakische Pläne vom September 1945, magyarische Arbeitskräfte für Wiederaufbau- und Landwirtschaftsarbeiten in die böhmischen Länder umzusiedeln, auch 1946 fortgesetzt. Eine erste Gruppe magyarischer Arbeiter und Arbeiterinnen war bereits im Herbst 1945 verschoben worden, eine zweite Gruppe wurde im Oktober 1946 „angeworben“ und im November 1946 in die böhmischen Länder ausgesiedelt. Selbstverständlich war die Haltung der betroffenen magyarischen Bevölkerung völlig negativ, und auch die ungarische Regierung protestierte gegen die Verletzung des Februar-Abkommens. Leider ist nicht bekannt, ob dabei der Beschluss der Prager Regierung vom 9. August 1946 zur Anwendung kam, nach dem bei der „Reslowakisierung“ bzw. der Aussiedlung nach Ungarn so verfahren werden sollte, dass vor allem „Kollaborateure“ und „Verräter“ sowie Personen aus den Kreisen der Intelligenz, Personen aus der Süd- und Südostslowakei und nicht zuletzt Personen mit einem überdurchschnittlich großen Grundbesitz an die Reihe kommen sollten.³⁰¹⁴

³⁰¹¹ Protokolle der Regierungssitzungen, 10.7.1945 und 10.8.1945, in: SÚA, fonds 100/24, sv. 137/138, a.j. 1494; zitiert nach: ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 67.

³⁰¹² Jaroslav HRBEK (Hg.), Americký dokumente od osdunu Němců z Československa, in: Historie a vojenství 44/5 (Praha 1995) 160.

³⁰¹³ ARBURG, Vertreibung, 601f.

³⁰¹⁴ Štefan ŠUTAJ, Die ungarische Minderheit in der Slowakei während der Nachkriegsentwicklung, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 81-87. Im Verlauf des Jahres 1946 waren auch die südmährischen – bis 1919 niederöster-

Erst im Frühjahr 1947 entstanden in der Prager Ministerialbürokratie Konzepte, größere Teile der verbliebenen Deutschen aus den Randgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens auf „urtschechischen Mutterboden“ in Innerböhmen und Innermähren umzusiedeln, um sie dort zu „zerstreuen“ und zu assimilieren. Und der Regierungsbeauftragte für den „Abschub“, Antonín Kučera, betonte vor einer Konferenz der Vorsitzenden der Bezirksnationalausschüsse am 12. Februar 1948, dass die neuen Maßnahmen „die definitive Lösung der deutschen Frage“ herbeiführen sollten.³⁰¹⁵ Zur neuen „Deutschenpolitik“ gehörte auch, dass alle zurückgebliebenen Prager Deutschen in tschechische Dörfer verschickt werden sollten. Darauf drängte vor allem die neue Prager politische Klasse. Wenn auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei eindeutig als Initiator und treibende Kraft dieser Umsiedlungsaktionen hervortrat, so ist die Existenz direkter sowjetischer Direktiven bisher nicht nachgewiesen worden.

Während der Umsiedlungsbürokrat Hora seinem Innenminister Nosek die Globalsumme von 30.000 Deutschen an Zwangsumgesiedelten nannte, kommt von Arburg nach eigenen Berechnungen für die Gesamtdauer der Umsiedlungsaktion zwischen Juni 1947 und Anfang 1949 auf 32.000 bis 40.000 Personen. Daneben gab es besonders zwischen dem Frühjahr 1947 und dem Frühjahr 1948 die Flucht von 5000 bis 10.000 Deutschen über die „grüne Grenze“ im Böhmerwaldgebiet nach Bayern und im Jahre 1948 die Deportation von 4700 bis 7000 Deutschen in die Uranbergbaureviere von Joachimsthal (Jáchymov) und Schlaggenwald (Horní Slavkov). Erst nach ihnen wurden dort auch tschechische und slowakische (politische und kriminelle) Häftlinge, sodann deutsche Kriegsgefangene und schließlich (nicht nur deutsche) Retributionshäftlinge eingesetzt.³⁰¹⁶ – Mitte Februar 1949 dürften nur mehr 15.000 bis 20.000 Deutsche als Zwangsumgesiedelte in Innerböhmen und Innermähren geblieben sein, die meist auf Staatsgütern oder in Kolchosen als Hilfskräfte arbeiteten.

Zum erstaunlichsten Phänomen der tschechischen „Deutschenpolitik“ gehörte zweifellos die inoffiziell akzeptierte Aussiedlung von über 35.000 Deutschen über die „Nebenevakuierungsstraße“ Asch–Hof. Zuerst nur auf Basis eines örtlichen Abkommens der dortigen Grenzwatchen organisiert, versuchten die US-Behörden anfänglich dagegen in Prag zu intervenieren. Da die „ausreisenden“ Deutschen nicht nur hohe Gebühren erlegen mussten, sondern auch vieler Wertgegenstände entledigt wurden, brachte diese Aktion den tschechoslowakischen Behörden hohen finanziellen Gewinn.³⁰¹⁷

reichischen – Kroaten aus ihren Dörfern Hlohovec (Glogovac), Chárvátská Nová Ves (Nova Ves) und Poštorná (Poštornja) im Feldsberger Gebiet nach Nordmähren umgesiedelt worden. – Franz PALKOVITS (Hg.), Symposium Croaticon. Gradišćanski Hrvati. Die Burgenländischen Kroaten (Beč – Wien 1974) Karte IV.

³⁰¹⁵ Manuskript der Rede von Antonín Kučera über die „Überführung und Zerstreuung der Deutschen aus den Grenzgebieten“, 12.2.1948, Beilage zum Zirkular des Innenministeriums, 18.2.1948, zitiert nach: ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 14.

³⁰¹⁶ ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 606–608.

³⁰¹⁷ ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 609.

Zwischen dem Jahresende 1946 und der jähren Einstellung der vom Roten Kreuz vermittelten letzten großen Gruppenaussiedlung in die neue Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1951 verließen ungefähr 80.000 Deutsche die böhmischen Länder in Richtung Ausland. Die zurückgebliebenen Deutschen – nun noch etwa 150.000 – hatten oft bereits mehrere unfreiwillige Ortswechsel hinter sich: zuerst aus dem eigenen Haus zur Zwangsarbeit zu einem fremden Hofbesitzer, dann in ein Sammellager, dann in einen fremden Ort in einen landwirtschaftlichen und industriellen Staatsbetrieb. Die kommunistische Machtergreifung im Februar 1948 stellte hierbei keine grundsätzliche Zäsur dar. Der Hauptkonstrukteur der tschechischen Deutschenpolitik, Antonín Kučera, setzte die im Herbst 1947 fixierte Planung bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1949 fort. Erst nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik änderte sich allmählich diese repressive Nationalitätenpolitik. Allerdings lässt sich in einer Verlaufskurve feststellen, dass der Wille der tschechoslowakischen Behörden zur Aussiedlung aller Deutschen seit dem Frühjahr 1948 vom Wunsch der verbliebenen Deutschen zur Aussiedlung übertroffen wurde.³⁰¹⁸

Erst mit der Verleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft an die zurückgebliebenen Deutschen im April 1953 war das menschenrechtswidrige Kapitel von Vertreibung und Zwangsaussiedlung abgeschlossen.

Die Opferbilanz der Sudeten- und Karpatendeutschen

Die Zahl der sudeten- und karpatendeutschen Kriegs- und Vertreibungsoffer wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht exakt erhoben und beruht daher bis heute lediglich auf Schätzungen, die zum Teil erheblich differieren. Die unterschiedlichen Opferzahlen hängen auch von den unterschiedlichen Definitionen ab, da etwa die meisten tschechischen und slowakischen Publikationen lediglich die namentlich erfassten und gewaltsam zu Tode gekommenen Vertriebenen berücksichtigen, während in den deutschen Opferstatistiken mit Recht auch die Verhungerten und die in Folge von Misshandlungen Verstorbenen – auch wenn deren Tod erst nach dem Überschreiten der Grenzen eingetreten war – geführt werden. Viele Untersuchungen stützten sich auch auf statistische Konstruktionen, die zum Teil „als Mittel zur Ausbildung und Einprägung von Geschichtsmythen“ verwendet wurden. Dies führte und führt nicht nur in der Publizistik, sondern auch in der Geschichtswissenschaft bis heute zu polemischen Diskussionen, die besonders nach 1990 wieder neu aufflammten. Freilich können Zweifel an der Stichhaltigkeit der Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste in keiner Form zur Rechtfertigung der tschechischen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung und ihrer Zwangsausweisung dienen.³⁰¹⁹

³⁰¹⁸ ARBURG, Zwischen Vertreibung und Integration, 610-614.

³⁰¹⁹ Jaroslav KUČERA, Statistik auf dem Holzweg: Einige Bemerkungen zu Berechnungen der sudetendeutschen Vertreibungsverluste, in: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslo-

Das (west)deutsche Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte bezifferte 1957 die Zahl der ungeklärten Fälle mit 225.600 Sudetendeutschen und erklärte dazu, dass diese Zahl annähernd der Zahl der direkten und indirekten Vertreibungsoffer entspreche. Auch Erhebungen des Statistischen Bundesamtes in Bonn aus dem Jahre 1958 berechneten die ungeklärten Fälle in Größenordnungen zwischen 220.000 und 270.000 Personen. Methodisch resultierten diese Zahlen aus einem Vergleich der Ergebnisse der reichsdeutschen Volkszählung vom 17. Mai 1939 – die 3,331.415 Sudetendeutsche ergeben hatte – mit den Mengenangaben über die sudetendeutschen Vertriebenen in den Aufnahmestaaten nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei blieben sowohl der Unterschied zwischen „Berechnung“ und „Ermittlung“ offen als auch die verschiedenen Todesursachen. Obwohl die Studie eigentlich nur die Zahl derjenigen Personen berechnete, deren Schicksal im Jahre 1950 „ungewiss“ war, wurde dieser Personenkreis „etwa“ mit dem identifiziert, „der nach Einstellung der offenen Kriegshandlungen in der Tschechoslowakei durch Verfolgung und Vertreibung unmittelbar oder mittelbar ums Leben gekommen ist“. Die Gleichsetzung der ungeklärten Fälle mit den Opfern der Vertreibung führte vor allem in der sudetendeutschen Literatur zu ungeprüften Opferangaben in einer Größenordnung zwischen 240.000 und 270.000 Vertreibungsoffern.³⁰²⁰

Wesentlich differenzierter wurden die Vertreibungsverluste von der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes aufgelistet, die zwischen 1954 und 1963 in der Bundesrepublik Deutschland eine „Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten“ durchführte. Der Abschlussbericht unterschied in der Kategorie „bei und als Folge der Vertreibung Verstorbene“ zwischen „gewaltsamem Tod“, „Selbstmord“, „in der Verschleppung verstorben“, „in Lagern der Vertreibungsgebiete verstorben“ sowie „Todesursache unbekannt“ und „Sonstige“. Jaroslav Kučera weist darauf hin, dass die „in den Lagern der Vertreibungsgebiete Verstorbenen“ eher an dauernder Unterernährung und ansteckenden Krankheiten als gewalttätig ums Leben kamen und dass die in deutschen Internierungs- und Arbeitslagern Verstorbenen nicht als „Vertreibungsverluste“, sondern als „Nachkriegsverluste“ zu bezeichnen wären. Freilich übersieht Kučera, dass bereits die der Zwangsausweisung vorangegangene Internierung einen Gewaltakt darstellte, der Unterernährung, Krankheit und Tod nach sich zog. Auch die Masse der Selbstmorde entsprang wohl weniger der „Furcht vor Vergeltung“ – diese hatten in erster Linie die NS-Funktionäre und ihre Familien zu befürchten – als der Verzweiflung bei Verlust der Heimat, nach schweren Misshandlungen und Vergewaltigungen. Immerhin räumt auch Kučera ein, dass

wakei und Ungarn 1938-1948 (Wien 1997) 141-154; vgl. Jaroslav KUČERA, Odsunové ztráty sudetoněmeckého obyvatelstva (Praha 1992).

³⁰²⁰ STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.), Die deutschen Vertreibungsverluste (Stuttgart 1958) 317-356. Vgl. Alfred BOHMANN, Menschen und Grenzen, Bd. 4 (Köln 1975); Fritz Peter HABEL, Die sudetendeutsche Frage. Kurzdarstellung und Dokumentation (München ⁴1985).

sich „zwischen den Opfern von militärischen Operationen, von Partisanen- und aufständischen Gruppen und jenen der ersten Vertreibungsaktionen [...] (Nord-, Südmähren, Prag) kaum eine eindeutige Grenze ziehen“ lasse. Jedenfalls ergab das Zahlenmaterial des kirchlichen Suchdienstes 287.169 ungeklärte Fälle und „nur“ 18.889 mit Namen erfasste Todesfälle – davon 5596 gewaltsame Todesfälle, 3411 Selbstmorde, 6615 Todesfälle in Lagern, 1481 an den Folgen der Vertreibung Verstorbene, 705 Verschleppte, 629 auf der Flucht ums Leben Gekommene und 379 Todesfälle mit unbekannter Todesursache.³⁰²¹

Die statistischen Berechnungen der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes weisen allerdings mehrere Fehlerquellen auf:

- 1) Die für 1939 errechnete Ausgangszahl der Sudetendeutschen betrug nicht 3,389.156, sondern nach der Sonderzählung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache 1939 lediglich 3,284.246 Personen.³⁰²²
- 2) Ob die Zahl der Lebendgeborenen 1939-1945 tatsächlich 350.000 betragen hat – wie Bohmann errechnete –, muss auf Grund der nach 1941 deutlich gesunkenen Geburtenzahl bezweifelt werden.³⁰²³
- 3) Die Zahl der sudeten- und karpatendeutschen Wehrmachtstoten betrug nicht 73.306, sondern – wie die neuen Forschungen von Rüdiger Overmans zeigen – zwischen 180.000 und 190.000 Gefallene in Wehrmacht und SS.³⁰²⁴
- 4) Zwischen Mai 1945 und Juni 1947 stellten 143.000 Tschechen, Slowaken und Angehörige anderer slawischer Völker, die sich seit dem 21. Mai 1938 als „Deutsche“ bekannt hatten, den Antrag auf Zuerkennung der nationalen Zuverlässigkeit.³⁰²⁵

Im Jahre 1969 erteilte die deutsche Bundesregierung dem Bundesarchiv in Koblenz den Auftrag, alle vorliegenden Unterlagen im Hinblick auf die bei der Vertreibung verübten Verbrechen auszuwerten und einen Bericht vorzulegen. Der Bericht des Bundesarchivs erwähnte vor allem die während des Prager Aufstandes verübten Tötungen (Erschießen, Erhängen, Erschlagen, Ertränken, Vergewaltigung) durch Revolutionsgarden, Soldaten und Offiziere der tschechoslowakischen Befreiungsarmee, Wachen der Nationalen Sicherheit und den Mob; dann die öffentlichen Exekutionen nach Urteilen improvisierter Volksgerichte in vielen Gemeinden; den „Brünner Todesmarsch“ von etwa 26.000 Greisen sowie Müttern mit kleinen Kindern; die Massenerschießung von 247 Karpatendeutschen in der Nähe des Bahnhofs Prerau am 18. Juni 1945; weiters die Folterungen im berüchtigten Hanke-Lager im Kreis Mährisch-Ostrau; schließlich die Massenausschreitungen in Aussig am 31. Juli 1945. Und der Bericht des Bundesarchivs sprach von 15.000 Opfern des Prager Aufstandes.

³⁰²¹ Gesamterhebung zur Klärung des Schicksals der deutschen Bevölkerung in den Vertreibungsgebieten, Bd. 3, hg. von der Zentralstelle des Kirchlichen Suchdienstes (München 1965) 471; KUČERA, Statistik, 143-152; STANĚK, Odsun Němců, 365-372.

³⁰²² Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 14.

³⁰²³ BOHMANN, Menschen 4, 214.

³⁰²⁴ OVERMANS, Verluste, 160.

³⁰²⁵ KUČERA, Statistik, 150f.

des, von mehreren Tausend Opfern des „Brünner Todesmarsches“, von 600-2700 Opfern der Ausschreitungen in Aussig, von etwa 6000 Opfern in den vielen Gemeinden und von ca. 100.000 Opfern in den zahlreichen Lagern und Gefängnissen, also insgesamt von etwa 130.000 sudeten- und karpatendeutschen Todesopfern.³⁰²⁶

Tschechoslowakische Statistiken aus den Jahren 1945 und 1946 führten neben 6667 dokumentierten Selbstmorden „nur“ insgesamt 22.247 sudetendeutsche Todesfälle durch „Gewalt, Fremdeinwirkung und aus ungeklärter Ursache“ an. Die „Deutsch-Tschechische Historikerkommission“ – ebenso wie Tomáš Staněk – kam im Jahre 1997 zum Ergebnis, dass man unter Heranziehung der belegbaren Todesfälle von mindestens 16.000 und höchstens 30.000 sudetendeutschen Vertreibungsopfern ausgehen könne. Freilich blieben auch bei diesen Schätzungen Zehntausende ungeklärte Fälle unberücksichtigt.

Tabelle 22: Kriegs- und Vertreibungsverluste der Sudetendeutschen

1. Zahl der Sudetendeutschen im Jahre 1939:	
a) in den 1938 von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetretenen Gebieten (Volkszählung, 17. Mai 1939)	3,004.246
b) im Protektorat Böhmen und Mähren (Schätzung)	260.000
c) im 1938 an Polen abgetretenen Teil des Teschener Gebietes (Schätzung)	20.000
Gesamtzahl der Sudetendeutschen vor Kriegsbeginn 1939	3,284.246
2. Kriegsverluste der Sudetendeutschen 1939-1945:	
a) gestorben ohne Zusammenhang mit dem Krieg	76.527
b) gefallene Soldaten (Schätzung Overmans)	190.000
c) Totenverluste der Zivilbevölkerung (Schätzung)	5.000 bis 10.000
3. Vertreibungsverluste der Sudetendeutschen	30.000 bis 50.000
a) gewaltsamer Tod	
– während des Prager Aufstandes (Schätzung)	5.000 bis 15.000
– in Postelberg (Postoloprty)	773
– auf dem Brünner „Todesmarsch“ (Schätzung)	650 bis 2.500
– in Aussig (Ústí nad Labem)	700 bis 2.700
b) Selbstmorde	6.667
c) in Lagern und Gefängnissen gestorben (Schätzung)	5.000 bis 20.000
d) an den Folgen der Vertreibung gestorben	[unbekannt]

Quellen: Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 550: Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich auf Grund der Volkszählung 1939 (Berlin 1944); Sonderauszählung der Volkszugehörigkeit und der Muttersprache 1939, Bd. 38: Sudetendeutsche Gebiete; Statistisches Jahrbuch des Protektorats Böhmen und Mähren 1941, 285; Die deutschen Vertreibungsverluste, 323-340; Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 13-15; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, 42-47; KUČERA, Statistik, 144-152; STANĚK, Verfolgung 1945, 205-212.

³⁰²⁶ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 42-47.

Tabelle 23: Kriegs- und Vertreibungsverluste der Karpatendeutschen

1. Zahl der Karpatendeutschen im Jahre 1940:	150.000
a) im Slowakischen Staat (Volkszählung 1940)	130.000
b) in Engerau und Theben (Volkszählung 1939)	6.000
c) in den 1938 an Ungarn abgetretenen Gebieten (Schätzung)	14.000
2. Kriegsverluste der Karpatendeutschen 1939-1945:	
a) gestorben ohne Zusammenhang mit dem Krieg	3.500
b) gefallene Soldaten (in SS, Wehrmacht, slowakischem Heer und Honvéd)	5.000
c) Totenverluste der Zivilbevölkerung:	
– im Slowakischen Nationalaufstand (davon in Glaserhau 181)	500
3. Vertreibungsverluste der Karpatendeutschen	
– in Prerau (Mähren)	247
– in den Lagern Poprad, Nováky und Engerau (Petržalka)	1.000

Quelle: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei, Bd. 1, 154-178.

FLUCHT, VERTREIBUNG UND ZWANGSAUSSIEDLUNG DER DEUTSCHEN AUS JUGOSLAWIEN

Völkerwanderungen im größeren Maßstab – ausgelöst durch militärische Operationen – waren im südslawischen Raum nichts Neues gewesen. Bereits der osmanische Vorstoß nach Südosteuropa hatte im 15. und 16. Jahrhundert Hunderttausende Südslawen und Albaner in Bewegung gesetzt. Viele orthodoxe Flüchtlingsgruppen (Vlachen, Pribegen, Uskokken, Raitzen) hatten sich – aus den Balkanländern kommend – im 16. Jahrhundert in Kroatien und Slawonien niedergelassen und waren dort von den habsburgischen Kaisern und ihren „Grenzbriestern“ in einer Militärgrenze gegen die Osmanen angesiedelt worden. Parallel dazu dürften etwa 200.000 Kroaten aus Bosnien nach Dalmatien, Istrien, Slawonien, in die Baranya und Batschka sowie aus Kroatien nach Westungarn gewandert und dort von adeligen Grundherren angesiedelt worden sein. Im Jahre 1690 kamen auf der Flucht vor dem Gegenschlag der osmanischen Heere etwa 40.000 serbische „Seelen“ über die Donau in die heutige Vojvodina und wurden dort von kaiserlichen Offizieren vor allem im östlichen Syrmien, in der südöstlichen Batschka und im südlichen Banat angesiedelt. Im 18. Jahrhundert folgten dann starke, von den Habsburgern wie von den ungarischen Ständen geförderte Siedlerströme aus dem Heiligen Römischen Reich, aus Oberungarn und aus Siebenbürgen nach Südungarn, die in der Baranya, Batschka, im Banat und in Syrmien zur Ansiedlung von Hunderttausenden „Schwaben“, Magyaren, Rumänen, Slowaken, Rusini und Südslawen führte. Diese auch im europäischen Maßstab beachtliche Neukolonisation schuf jedenfalls in den südungarischen und slawonischen Komitaten bis 1918 multiethnische, multilinguale, multikonfessionelle und multikulturelle Bevölkerungsstrukturen, die durch den Friedensvertrag von Trianon 1920 politisch ziemlich willkürlich getrennt wurden.³⁰²⁷

Trotz umfassender Agrarreformen in Jugoslawien und Rumänien, die sich in erster Linie gegen den magyarischen Großgrundbesitz und den Besitz der katho-

³⁰²⁷ Vgl. Gunter E. ROTHENBERG, Die österreichische Militärgrenze in Kroatien 1522-1881 (Wien – München 1970); Alexander BUCZYNSKI, Gradovi Vojne krajine, 2 knjige (Zagreb 1997); Drago ROKSANDIĆ, Triplex Confinium ili o granicama i regijama hrvatske povijesti 1500-1800. (Zagreb 2003); Radovan SAMARDŽIĆ [et alii], Kosovo und Metochien (Lausanne 1989); Günther SCHÖDL (Hg.), Land an der Donau (Deutsche Geschichte im Osten Europas 6, Berlin 2002); Arnold SUPPAN (Hg.), Zwischen Adria und Karawanken (Deutsche Geschichte im Osten Europas 7, Berlin 2002); Noel MALCOLM, A Short History of Bosnia (London 1994); Noel MALCOLM, Kosovo. A Short History (London 1998).

lischen Kirche gerichtet und partiell zur Ansiedlung von serbischen und rumänischen Kolonisten geführt hatten, waren die vielfältigen städtischen und dörflichen Strukturen der Baranya, der Batschka und des Banats, in Slawonien und Syrmien bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges im Wesentlichen erhalten geblieben. Das bestätigen sowohl jugoslawische Sprach- und Konfessionszählungen als auch offizielle Lageberichte der jugoslawischen Behörden und nicht zuletzt zahlreiche „Heimatbücher“ der Donauschwaben. Immerhin waren aber aus der Vojvodina nach 1918 etwa 33.000 ungarische Beamte und Staatsangestellte, Grundbesitzer und Intellektuelle überwiegend nach Ungarn abgewandert, und 14.345 magyarsche Bauern und Landarbeiter hatten serbischen Kolonisten und Kriegsfreiwilligen (*dobrovoljci*) Platz machen müssen. Aus dem gesamten jugoslawischen Staat emigrierten 14.442 Magyaren und etliche Tausend Donauschwaben nach Nordamerika oder Australien, davon über 10.000 aus der Vojvodina. Ihre Positionen nahmen etwa 16.200 serbische Beamte, Staatsangestellte, Militärs, Gewerbeleute und Händler ein, während knapp 20.000 überwiegend serbische Familien auf ungefähr 85.000 Hektar angesiedelt wurden, die vorwiegend dem ungarischen, deutschen, jüdischen, italienischen und kirchlichen Großgrundbesitz enteignet worden waren.³⁰²⁸

Am 7. März 1937 beklagte der serbische Historiker Vasa Čubrilović – einer der Attentäter von Sarajevo, der 1914 zu 16 Jahren Kerker verurteilt worden war – in einem Vortrag im Serbischen Kulturklub (*Srpski kulturni klub*) die Erfolglosigkeit des jugoslawischen Staates bei der Zerschlagung des „albanischen Dreiecks“ in Kosovo, Südost-Serbien und Nordwest-Makedonien, das sich zwischen Serbien, Montenegro und Makedonien (= Südserbien) geschoben habe. Čubrilović erinnerte an den „Bevölkerungsaustausch“ zwischen den Balkanstaaten und der Türkei zwischen 1913 und 1923 und verwies auf die vergebliche Kolonisationspolitik des Deutschen Reiches in der Provinz Posen (Poznań). Der künftige Minister in Titos Jugoslawien schlug daher die Massenvertreibung der Albaner durch eine Umsiedlungskonvention mit der Türkei (nicht mit dem benachbarten Albanien!) vor, um das „Arnautenproblem“ ein für alle Mal zu lösen:

„Unsere Statistiken von 1921 und 1931 [...] zeigen, dass die Fruchtbarkeit der albanischen Frauen auch unsere Kolonisationspolitik zunichte gemacht hat. Daraus müssen wir Schlussfolgerungen ziehen und uns beeilen, solange es noch Zeit gibt, eine Korrektur durchzuführen. [...] Wenn Deutschland Zehntausende von Juden vertreiben und Russland Millionen von Menschen von einem Teil des Kontinents in den anderen verschieben können, wird es wegen einiger Hunderttausend vertriebener Albaner schon nicht zu einem Weltkrieg kommen.“³⁰²⁹

³⁰²⁸ KOC SIS, *Ethnic Geography*, 146-149; SUPPAN, *Jugoslawien*, 668-675, 709-732, 780-785, 891-909; Karte 8. Weitere 112.000 ha waren auf 85.873 Familien aufgeteilt worden, die meist aus der Vojvodina kamen (Serben, Kroaten, Bunjevci, Šokci etc.).

³⁰²⁹ Vasa ČUBRILOVIĆ, *Iseljavanje Arnauta*, in: Bože ČOVIĆ (Hg.), *Izvori velikosrpske agresije. Rasprave, dokumenti, kartografski prikazi* (Zagreb 1991) 106-124; SUNDHAUSSEN, *Geschichte Serbiens*, 298-300.

Nicht weniger bedeutend sei das Problem der Vojvodina, besonders des „magyarischen Dreiecks“ in der Batschka zwischen Senta, Kula und Bačka Topola. Nach der Aufteilung des magyarischen Großgrundbesitzes seien Zehntausende magyarische landwirtschaftliche Arbeiter übrig geblieben, die heute zu einem guten Teil bei den mittleren Bauern serbischer und deutscher Nationalität arbeiteten. Diese magyarischen Landarbeiter und eine unbedeutende Zahl magyarischer Besitzer, aber auch Deutsche, sollten teilweise in den Süden verwiesen werden, denn in der Batschka, an der Grenze zu Ungarn, seien sie gefährlich, und dies umso mehr, als die Serben in der Batschka nur 25 % der Gesamtbevölkerung umfassten. Unten, in Südserbien, würden sie ihren Besitz gegenüber Albanien behüten und mit ihrer fortgeschritteneren Entwicklung als die serbische Umgebung zu einem staatstragenden Element werden. So müssten auch keine Serben aus der Vojvodina in den Süden umgesiedelt werden.³⁰³⁰ – Der Vorschlag von Čubrilović sollte also zwei Fliegen mit einem Schlag treffen: Die in die Türkei zu übersiedelnden 40.000 albanischen Familien sollten teilweise durch magyarische Landarbeiterfamilien ersetzt werden, die im Süden mehr Besitz bekämen. Damit könnte der Anteil der Magyaren in der Batschka deutlich reduziert werden, und das vor allem in Grenznähe zu Ungarn. Tatsächlich wurde noch 1938 ein Abkommen zwischen Jugoslawien und der Türkei geschlossen, das eine Umsiedlung von 40.000 muslimischen Familien aus dem Kosovo und Makedonien in die Türkei vorsah, aber infolge des Beginns des Zweiten Weltkrieges nicht mehr zur Durchführung gelangte.

Nach dem Einmarsch der ungarischen Truppen in der Batschka, in der Baranya, in Medjumurje und Prekmurje ab 11. April 1941 veränderte sich die Bevölkerungsstruktur erneut. Abgesehen von der weitgehenden „Ersetzung“ der serbischen (und kroatischen) Beamten und Staatsangestellten durch ungarische wurden zwischen 11. Mai und 20. Juni 1941 auf dem Boden internierter und deportierter serbischer Kolonistenfamilien in der nördlichen und südlichen Batschka 13.200 magyarische Familien aus der Bukowina und 161 magyarische Familien aus der Moldau angesiedelt sowie 481 magyarische „Ritter“ (*vitéz*)-Familien – insgesamt 2325 Personen – in der südwestlichen Batschka nahe der Donau. Somit erreichte der Anteil der Magyaren an der Bevölkerung der Batschka in der ungarischen Volkszählung zwischen 11. und 25. Oktober 1941 den Spitzenwert von 45 %, in Szabadka und Újvidék sogar über 50 %.³⁰³¹

Aussiedlungspläne während des Zweiten Weltkrieges

Während des Krieges wurden vor allem deutsche und serbische Aussiedlungspläne für die Vojvodina, deutsche und slowenische Aussiedlungspläne für Slowenien formuliert.

³⁰³⁰ ČUBRILLOVIĆ, Iseļjavanje Arnauta, 118.

³⁰³¹ KOCSIS, *Ethnic Geography*, 151f.

Bereits in seiner Instruktion über die Ziele der Četnik-Bewegung vom 20. Dezember 1941 sprach Draža Mihailović von der „Säuberung des staatlichen Territoriums von allen nationalen Minderheiten und a-nationalen Elementen“. Dies hätte die Vertreibung von etwa 2,7 Millionen Personen bedeutet, unter ihnen vor allem der Deutschen, Magyaren, Albaner, Rumänen, Bulgaren, Türken und Italiener, aber auch eines Teils der bosnischen Muslime und Kroaten. Vaso Čubrilović sandte am 3. November 1944 ein Memorandum an die neuen kommunistischen Machthaber in Belgrad und empfahl, alle nationalen Minderheiten aus der Vojvodina auszusiedeln, um die ethnische Mehrheit der Serben zu sichern. Nun dachte Čubrilović zuerst an die Deutschen, dann an die Magyaren, auch an die Rumänen, schließlich an die Albaner und Italiener.³⁰³²

Volkgruppenführer Sepp Janko berichtete am 3. Juli 1943 direkt an Himmler über seine Prüfung der „Bewährungsmitglieder“ der Volksgruppe in Belgrad und im serbischen Raum südlich von Belgrad: Auf die Frage, wer von ihnen als „Deutscher“ angesehen werden könne, versuchte Janko eine Teilung in eine A-, B- und C-Gruppe. Zur A-Gruppe gehörten für Janko Personen, die „charakterlich volkspolitisch einwandfrei, sozial sichergestellt“ seien. Unter der B-Gruppe ordnete er ein: „charakterlich einwandfrei, volkspolitisch unzuverlässig“. Dazu zählte Janko in erster Linie Personen, die eine Mischehe eingegangen seien bzw. aus Mischehen stammten, wobei keine Gewähr für die deutsche Erziehung der Kinder gegeben sei; hieher zählte Janko aber auch Personen aus niederen sozialen Gruppen, die schwer in eine sozial gehobene Stellung gebracht werden könnten. Gruppe C hieß für Janko: „Zu viel serbisches Blut, absolut unzuverlässig, asozial.“ Diese Gruppe sollte endgültig aus der Volksgruppe ausgeschlossen und ihr die Zugehörigkeit zum Deutschtum aberkannt werden. Während Personen der Gruppe A ordentliche Mitglieder der Volksgruppe werden sollten, sollte die Gruppe B ausgesiedelt werden. In diese Gruppe fielen nach Janko 323 Familien mit 1765 Personen sowie 812 Einzelpersonen. Die ins Banat Zuständigen sollten dorthin zu ihren Angehörigen übersiedelt werden, der Großteil aber sollte – nach Janko – ins Reich übersiedelt werden, um ihre Kinder dem Deutschtum zu gewinnen und zu erhalten. Es liege „im deutschen Interesse, dass hier in Belgrad Deutsche leben, die sozial, wirtschaftlich und kulturell aber auch volkspolitisch auf einer entsprechenden Höhe

³⁰³² Instrukcija Draže Mihailovića, 20. Dezember 1941, in: Zbornik dokumenata i podataka, Bd. XIV, Buch 1, 93-95; Srbija i Albanci. Pregled politike Srbije prema Albancima od 1913. do 1945. godine, hg. von Časopis za kritiko znanosti (Ljubljana 1989) 67-70.

Nach der jugoslawischen Volkszählung von 1931 hatten die „Serbokroaten“ (= Serben, Kroaten, Bunjevci und Šokci) nur in folgenden Bezirken des Westbanats, der Batschka, der Baranja und Syrmiens eine absolute Mehrheit: in Bela Crkva, Ilok, Irig, Kovačica, Novi Bečej, Ruma, Sombor (Stadt), Sremska Mitrovica, Sremska Mitrovica (Stadt), Stara Pazova, Subotica (Stadt), Šid, Titel, Velika Kikinda, Velika Kikinda (Stadt), Zemun (Land und Stadt) und Žabalj. – Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien (Wien 1943) 25-86.

stehen und wertmäßig ihrer Umgebung gegenüber überlegen sind. Es geht nicht an, dass die Volksgruppe, wie dies in früheren Jahren der Fall war, hier in Belgrad den Serben einen Hausmeister, Dienstmädchen und Bürodieners abgibt. Diesem aber kann nur durch eine radikale Umsiedlung abgeholfen werden.“³⁰³³

Die Idee der Aussiedlung von Minderheiten aus der Vojvodina kursierte nicht nur in *Četnici*-Kreisen, sondern wurde – nach dem Zeugnis von Milovan Đilas – auch im Politbüro der Kommunistischen Partei Jugoslawiens mehrfach erörtert. Tito persönlich ordnete die Vertreibung der Deutschen aus Werschetz (Vršac) an, als er auf dem Rückweg aus Moskau über Bukarest zwischen dem 16. und 25. Oktober 1944 die wesentlich von ihnen geprägte Stadt – mit 1931 noch 40,5 % Deutschen – besuchte. Der Minister für die Agrarreform und Kolonisation, Sreten Vukosavljević, bestätigte die Strategie der neuen Regierung, einerseits den Landhunger der Partisanen und ihrer Familien aus den verschiedenen innerjugoslawischen Regionen stillen zu wollen und sich andererseits ihrer Loyalität zu versichern.³⁰³⁴

Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Vojvodina und Slawonien

Unmittelbar nach der Kapitulation Rumäniens und der Kriegserklärung an das Deutsche Reich beauftragte Volksgruppenführer Janko Dr. Awender mit der Ausarbeitung eines detaillierten Evakuierungsplanes für den westlichen Banat, der eine Gesamtträumung innerhalb von drei Tagen vorsah. Am 8. September besprach Awender mit allen Bürgermeistern und Ortsgruppenführern den geplanten Ablauf der Evakuierung: Entsprechend den fünf Banater Kreisen waren fünf Marschgruppen vorgesehen, die vom zuständigen NS-Kreisleiter geführt werden sollten; die Marschgruppen waren in Marschkolonnen, diese in Zehnergruppen untergliedert. Jede Kolonne sollte maximal 2800 Personen umfassen, die mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von fünf Stundenkilometern über eine der drei Theißbrücken nach Westen in die Batschka ziehen sollten. Dreißig Marschkolonnen sollten die Theiß bei Titel überqueren, zwölf die Brücke bei Aradac und elf die im Auftrag der Volksgruppenführung errichtete Pontonbrücke bei Neu-Betsche (Novi Bečej). Der Chef des Ergänzungskommandos der Waffen-SS in Groß-Betschkerek (Petrovgrad/Zrenjanin), Johann Keks, hatte einen Verteidigungsplan ausgearbeitet, um den Schutz der Trecks zu gewährleisten. Jede Kolonne sollte durch eine Begleitmannschaft von 50 bewaffneten Dorfangehörigen der Deutschen Mannschaft gegen überraschende Partisanenüberfälle geschützt

³⁰³³ Bundesarchiv Koblenz, Himmler-Akten, Reichssicherheitshauptamt, Telegramm aus Belgrad, Nr. 378, 3. Juli 1943, 23 Uhr, Geheim; vgl. CASAGRANDE, Prinz Eugen, 181.

³⁰³⁴ TOMASEVICH, Chetniks, 171-173; Nedeljni telegraf, 25.9.1996, 40-43, 18.9.1997, 43-47; JANJETOVIĆ, Hitler, 117f., 227, 330.

werden. Die Zweigstelle der Staatsbahndirektion in Groß-Betschkerek stellte für eine rasche Evakuierung zusätzliche Züge für die Strecke Weißkirchen–Groß-Betschkerek–Titel in der Batschka bereit.³⁰³⁵

Auf Weisung Hitlers gab Reichsführer-SS Himmler am 13. September 1944 eine „Besonders Eilige Verfügung“ heraus, die Volksdeutschen vor der rasch durch die Walachei in Richtung Banat vorstoßenden Roten Armee in Sicherheit zu bringen. Aus dem rumänischen Banat sollten höchstens 30.000, aus dem serbischen Banat höchstens 80.000 Deutsche evakuiert werden. Nachdem aber die Waffen-SS gemeinsam mit Wehrmacht und ungarischen Truppen bei Temeschwar einen Gegenstoß unternommen hatte, hielt der HSSPF Hermann Behrends eine Evakuierung des serbischen Banats für vorläufig nicht erforderlich. Und als der Kommandeur des V. SS-Gebirgskorps, SS-Obergruppenführer Artur Phleps, im rumänischen Banat weit mehr Personen evakuierte, als Himmler erlaubt hatte, befahl dieser die Einstellung der Räumung und erließ für den serbischen Banat ein strenges Evakuierungsverbot. Ein Gesuch Jankos an den Militärbefehlshaber Serbien, die SS-Division „Prinz Eugen“ vom Timok-Gebiet in den Banat zu verlegen, wurde abgewiesen, da die Division aus militärischen Gründen in den Raum Niš verlegt wurde. In Absprache mit der Reichsjugendführung begann unter dem Begriff „Kinderlandverschickung“ lediglich der Bahntransport aller Schulkinder ins Reich, der die Mehrzahl der Kinder in bereits vorbereiteten Schulen und Heimen unterbrachte, so im Reichsgau Oberdonau (Oberösterreich). Auch für die Evakuierung der Kranken und Hilfsbedürftigen wurde eine eigene Aktion vorbereitet. Die allgemeine Evakuierung aber wurde auf Betreiben des HSSPF Behrends und seines Vertreters in Groß-Betschkerek, SS-Brigadeführer Fiedler, immer wieder hinausgezögert, gegen deren Befehle sich der Volksgruppenführer Janko nicht durchsetzen konnte.³⁰³⁶

Als die Panzerspitzen der 2. Ukrainischen Front aus dem rumänischen Banat heraus in der Nacht vom 29. auf den 30. September 1944 bei Modosch (Jaša Tomić) zum Angriff antraten, blieb daher nur mehr eine überstürzte und vielfach individuelle Fluchtbewegung. Lediglich aus Werschetz und Weißkirchen im südöstlichen Banat gelang mit Hilfe der Wehrmacht die rechtzeitige Evakuierung der Deutschen per Bahn und per Schiff nach Belgrad, ebenso aus Pantschowa. So

³⁰³⁵ Josef BEER, Flucht aus dem serbischen Banat und der Bačka, in: Josef Schmidt (Hg.), Die Donauschwaben 1944-1964 (München 1968) 32-53; Bericht DI Hans Kerbel aus Groß-Betschkerek, 6. Oktober 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 91f.; JANKO, Weg und Ende, 240f.; JANJETOVIĆ, Hitler, 122-125.

³⁰³⁶ Bericht Stabsarzt Dr. Michael Müller aus Stefansfeld im Banat, 17. Februar 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 92-95; Bericht Bürgermeister Franz Kneipp aus Kubin, 16. Februar 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 95-98; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 78; Anton SCHERER, Unbekannte SS-Geheimberichte über die Evakuierung der Südostdeutschen im Oktober und November 1944 sowie über die politische Lage in Rumänien, Ungarn, der Slowakei, im serbischen Banat und im „Unabhängigen Staat Kroatien“ (Graz 1990) 9f.; BEER, Flucht, 35-40; JANKO, Weg und Ende, 243-259.

wurden am 30. September alle deutschen Schüler aus Werschetz per Bahn über Pantschowa nach Belgrad gebracht und von dort Anfang Oktober über Neusatz und Budapest bis Passau gefahren, wo sie auf verschiedene Gemeinden und Schulen aufgeteilt wurden. Am 1. Oktober wurden etwa 120 Schulkinder von Kubin (Kovin) mit vier Militärkraftwagen nach Belgrad gebracht und von dort ins Reich transportiert, während die allgemeine Evakuierung nicht mehr zustande kam. Die Deutschen in Belgrad wurden jedoch per Eisenbahn und Schiff noch vor Beginn der Belagerung evakuiert. Erst als die Rote Armee nördlich an Groß-Betschkerek vorbei zur Theiß vorstieß, genehmigte HSSPF Behrends am Abend des 1. Oktober die allgemeine Evakuierung des Banats. Awender veranlasste die fünf Kreisverwaltungen noch telephonisch, die volksdeutsche Bevölkerung zur Flucht zu bewegen. Über die Theiß-Brücke bei Aradac verließ ein Teil der deutschen Bevölkerung von Groß-Betschkerek gemeinsam mit der Volksgruppenführung den Banat, ein Treck von 500 Personen konnte sogar mit Genehmigung der Partisanen Perlas (Perlez) verlassen und über Titel durch die ganze Batschka nach Bezdán und weiter nach Dunaföldvár ziehen, wo er die Donau überquerte und über Ödenburg nach Südmähren gebracht wurde. Ein bis zwei Schlepper fuhren mit Flüchtlingen beladen die Theiß aufwärts und durch den Franzenskanal nach Werbaß (Vrbas), wo am 2. Oktober auch der Krankentransport aus Groß-Betschkerek und der Volksgruppenführer Janko eintrafen. Viele Kranke und Gebrechliche konnten von dort per Bahn nach Wien transportiert werden. Aber bereits am 6. Oktober war der gesamte Banat von der Roten Armee und den ihr folgenden Partisanen besetzt und die Theiß zur Frontlinie geworden. Da zu diesem Zeitpunkt noch etwa 22.000 Mann in deutschen Militärformationen – hauptsächlich bei der Waffen-SS – eingegliedert waren, dürften etwa 85.000 Banater Schwaben von der Roten Armee überrollt worden sein und fielen nun unter die Herrschaft der Partisanen. Nach den geheimen Monatsberichten der Volksdeutschen Mittelstelle für Oktober und November 1944 trafen lediglich etwa 15.000 Banater Schwaben im Reich ein.³⁰³⁷

Seit Ende September 1944 mehrten sich Schreckensbotschaften, die deutsche und magyarische Flüchtlinge aus dem rumänischen und serbischen Banat in die Batschka mitbrachten. Die Rotarmisten zögen plündernd und vergewaltigend durch die Dörfer und Städte, die der Roten Armee folgenden Partisanen verübten Massaker an der deutschen und magyarischen Zivilbevölkerung. Aus Rücksicht auf das verbündete Ungarn hielten aber die Volksdeutsche Mittelstelle und die deutsche Volksgruppenführung den Beginn einer rechtzeitigen Evakuierung aus der Batschka viel zu lange zurück. Erst als die Rote Armee an der Theiß stand

³⁰³⁷ Bericht Stabsarzt Dr. Michael Müller aus Stefansfeld im Banat, 17. Februar 1953; Bericht Bürgermeister Franz Kneipp aus Kubin, 16. Februar 1958; Bericht F. S., Gemeindevorsteher in Perlas, 4. März 1953, in: Dokumentation der Vertreibung V, 92-95, 95-98, 98-101; WEHLER, Nationalitätenpolitik, 79; Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 67; SCHERER, SS-Geheimberichte, 14, 37.

und der Kommandeur des V. ungarischen Armeekorps den ungarischen Behörden in der Batschka befahl, die magyarische Bevölkerung in Sicherheit zu bringen, gab am 7. Oktober auch der Volksgruppenführer Franz Basch – im Einvernehmen mit den SS-Obergruppenführern Otto Winkelmann und Werner Lorenz sowie dem Gesandten Edmund Veesenmayer – die Weisung an den Gebietsführer für die Batschka, Sepp Spreitzer, den Evakuierungsauftrag an die Ortsgruppenleiter herauszugeben. Zuerst sollten die deutschen Gemeinden südlich des Franz-Josephs-Kanals geräumt werden, dann erst die eigentlich früher gefährdeten deutschen Gemeinden nördlich des Kanals. Vom 3. Oktober existierte auch eine genaue Vorschrift, was mitgenommen werden sollte: an Reiseproviant pro Person 15 kg Mehl, 7 kg Fett oder Öl, 7 kg Speck oder Schinken, 3 kg Aufstrich etc.; spezielle Bekleidung, im Besonderen Winterbekleidung; alle Dokumente, im Besonderen Diplome, Schulzeugnisse, militärische Papiere, Sparbücher, Verkaufsabschlüsse und dergleichen. Für jede Gemeinde waren zwei Sanitätswagen vorgesehen, einer für die Kranken, der andere für Medikamente und andere Utensilien.³⁰³⁸

Die Evakuierung ging nur schleppend vor sich: Am 9. Oktober verließen die letzten Flüchtlinge auf einigen die Donau aufwärts fahrenden Kähnen die Stadt Neusatz, der Bezirk Kula wurde zwischen 8. und 10. Oktober geräumt, der Bezirk Apatin zwischen 8. und 12., der Bezirk Hodschag (Odžaci) zwischen 9. und 12., der Bezirk Palanka zwischen 11. und 13. Oktober und der Bezirk Sombor bis 15. Oktober. Ein Teil der Donauschwaben gelangte per Schiff nach Mohács, um mit dem Zug über Fünfkirchen nach Ödenburg gebracht zu werden; viele setzten sich mit Bauernwagen und Pferden – einige auch mit Traktoren – in Richtung Nordwesten in Bewegung, um bei Mohács oder Baja die Donau zu überqueren. Als die dortigen Fähren die Überfahrt des Flüchtlingsstromes nicht bewältigen konnten, zog der größere Teil in langen Kolonnen die Donau aufwärts bis zur Donaubrücke bei Dunaföldvár, um von dort in Richtung Ödenburg zu marschieren. Die Versorgung der Flüchtlinge übernahm zum größeren Teil die SS, zum kleineren Teil die Volksgruppe in Ungarn. Als die Grenze nach Österreich gesperrt wurde, stellte die Volksdeutsche Mittelstelle klar:

„Reichsführer-SS wünscht, dass Volksdeutsche aus der Batschka in das Reich aufgenommen werden“ und nicht auf ungarischem Boden bleiben. Trotz wiederholter sowjetischer Luftangriffe erreichte der größte Teil tatsächlich Ödenburg und wurde per Bahn nach Oberösterreich oder Schlesien weiterbefördert. Die erste Begrüßung in Österreich soll aber nicht überall freundlich gewesen sein: „Was wollt ihr hier; wir brauchen solche Leute nicht; seid Nazi gewesen, deswegen habt ihr gehen müssen!“³⁰³⁹

³⁰³⁸ Josip MIRNIĆ, Die Bačkadeutschen zur Zeit der ungarischen Besetzung 1941-1944, in: *Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae* 18 (Budapest 1972) 349; MIRNIĆ, Nemci u Bačkoj, 326-328; SCHERER, SS-Geheimberichte, 14f.; Verbrechen an den Deutschen, 68.

³⁰³⁹ Bericht Professor J. P. aus Neusatz, 15. April 1958; Bericht Schriftsetzer Franz Grünwald aus Neusatz, 10. Juni 1958; Bericht Bauer J. Z. aus Kula, 12. April 1958; Bericht Buchhalter Filip Link aus Torschau, 6. Mai 1958, in: *Dokumentation der Vertreibung V*, 105-128; BEER, *Flucht*, 49f.; WEHLER, *Nationalitätenpolitik*, 78; JANKO, *Weg und Ende*, 293; MIRNIĆ, *Nemci*, 327-330.

Als die Panzerspitzen der Roten Armee, gefolgt von den Partisanen, bereits durch die Batschka rollten, war eine geordnete Evakuierung kaum mehr möglich und die Entscheidung zur Flucht praktisch jedem Einzelnen überlassen. NS-Funktionäre und jüngere Leute, die zu Recht ihre Bestrafung seitens der Partisanen fürchteten, flüchteten meist noch im letzten Moment, während sie die ältere Generation und die noch immer eher wenig politisierte Masse der Bevölkerung der Rache der Sieger und einem ungewissen Schicksal überließen. Viele der Zurückbleibenden wollten auch ihren Besitz nicht verlassen und vertrauten auf eine gewisse Unterstützung seitens der südslawischen Bevölkerung. Außerdem hatten manche Geistliche für das Verbleiben in der Heimat plädiert. Ein Apatiner Lehrer fasste die Argumente gegen die Evakuierung zusammen: „Was solle man in Ungarn, wenn das Gebiet doch wieder an Jugoslawien falle? [...] Man habe nichts verbrochen, den Serben sei kein Leid geschehen, und die Russen seien auch Menschen, man müsse diese nur gut bewirten [...]. Man hätte in Deutschland nur Interesse an unseren Kindern, an unseren Männern und an unserem Wohlstand, an uns keines! Man wusste und fühlte, dass man sich in der Heimat noch lange halten und versorgen könne, dass man aber alsbald hilflos ist, wenn man diese verlasse.“ – Dennoch dürften etwa 95.000 Volksdeutsche noch rechtzeitig aus der Batschka über die Donau nach Transdanubien geflüchtet sein, während sich noch etwa 26.000 jüngere Männer bei einer deutschen Militäreinheit, überwiegend der SS, befanden. Somit sind etwa 65.000 Schwaben aus der Batschka unter die Herrschaft Titos geraten.³⁰⁴⁰

Noch aus den Kolonnen der Evakuierten und Geflüchteten wurden etwa 12.000 wehrfähige Männer unter 65 Jahren herausgeholt und in die 31. SS-Grenadierdivision, die SS-Division „Batschka“, eingegliedert. Diese bestand zwar ausschließlich aus unausgebildeten, schlecht ausgerüsteten und schlecht bewaffneten Batschkadeutschen, bekam aber die Aufgabe, vom rechten Donauufer bei Batina aus einen Übergang der Roten Armee und der Partisanen aufzuhalten. Mitte November erlitt sie schließlich gegen die aus der Vojvodina rekrutierte 51. Division der Volksbefreiungsarmee eine schwere Niederlage, die ihrerseits ebenfalls schwere Verluste hinnehmen musste. Angesichts der schweren Kämpfe an der Donau und der Berichte der aus der Batschka geflüchteten Deutschen machte sich auch die Mehrheit der Deutschen aus der vor 1941 jugoslawischen Baranja auf den Weg nach Nordwesten, sodass nur mehr etwa 5000 zurückblieben.³⁰⁴¹

Barbara Beiler, deren Ehemann und Sohn auf einem Donauschiff in Deutschland arbeiteten, erlebte im Oktober 1944 die Besetzung ihrer überwiegend donauschwäbischen Heimatstadt Apatin in der nordwestlichen Batschka durch die Rote Armee und „einheimische“ Partisanen:

³⁰⁴⁰ Bericht Schneidermeister Jakob Engel aus Bulkes, 22. Februar 1958, Bericht Lehrer J. H. aus Apatin, 13. April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 117-121, 134-138; MIRNIĆ, Nemci, 331f.; JANJETOVIĆ, Hitler, 143; PORTMANN, Vojvodina, 159.

³⁰⁴¹ MIRNIĆ, Nemci, 331f.; JANKO, Weg und Ende, 293.

„[...] Schon in den ersten Tagen der russischen Besatzung wurde die Zivilbevölkerung zu Erdarbeiten im nahen Frontabschnitt herangezogen. In meinem Heimatort waren bis Ende November 1944 russische Truppen einquartiert. Während dieser Zeit wurden viele Häuser von Soldaten ausgeplündert und demoliert. Täglich, hauptsächlich in den Abendstunden und nachts, wurde in den Wohnungen eingebrochen, wobei Kleider, Wäsche, Lebensmittel, Wein und insbesondere Wertgegenstände entwendet wurden. Aus den Schränken war alles herausgeworfen, Geschirr zerbrochen, Lebensmittel, Kleider, Möbel: alles lag durcheinander. [...] Zahlreiche Vergewaltigungen der Frauen sind während dieser Zeit vorgekommen. Tagsüber hatten russische Soldaten Häuser, in denen junge Frauen und Mädchen wohnten, angekreidet und suchten sie in der Nacht auf. [...] Ich war um diese Zeit beim Arzt Dr. Josef Peteny in der Belgraderstr. als Köchin tätig. Er sagte mir gelegentlich, dass er bereits 75 vergewaltigte Frauen in Behandlung hätte. Viele Frauen und Mädchen sind an Geschlechtskrankheiten erkrankt. [...]“³⁰⁴²

Lediglich in Syrmien und in Ost-Slawonien funktionierte die Evakuierung der Deutschen weitgehend. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass sich deutsche Truppen aus der Umgebung von Belgrad dorthin zurückzogen und dass ihnen die Rote Armee nicht folgte. Die Partisaneneinheiten allein aber waren noch immer zu schwach, um einen direkten Angriff riskieren zu können. Bereits am 3. September waren in Agram der Gesandte Kasche, der SS-Gruppenführer Kammerhofer, der Volksgruppenführer Altgayer und der Hauptamtsleiter für die Volkswirtschaft, Ferdinand Gasteiger, mit *Ustaša*-Beamten aus Osijek, Vinkovci, Vukovar und Varaždin zusammengetroffen und hatten eine zeitweilige Aussiedlung der Syrmien- und Slawoniendeutschen erörtert. Gasteiger beauftragte daraufhin den Professor der Agramer Universität, Rudolf Ganslmayer, und den Ortsgruppenleiter von Agram, Georg Kren, mit der Ausarbeitung eines Evakuierungsplanes. Bereits bis zum 10. September erhielt Kammerhofer von der Volksdeutschen Mittelstelle die Entscheidungsvollmacht, zuerst alle Kinder mit der Bahn von Esseg nach Wien zu evakuieren, dann die erwachsenen Volksdeutschen in Trecks in Esseg die Drau überqueren zu lassen und über Fünfkirchen (Pécs) südwestlich des Plattensees in Richtung Neusiedlersee zu führen. Allerdings war diese Evakuierung vorläufig nur „bei ernster Gefahr“ vorgesehen, d. h. für den Fall, dass die Banater Deutschen vor der Roten Armee zu flüchten beginnen oder die Angloamerikaner an der dalmatinischen Küste landen. Nachdem Himmler am 13. September seine „Besonders Eilige Verfügung“ erlassen hatte, liefen die Evakuierungsvorbereitungen unter dem Decknamen „Heimatnot“ an. Die Ortsgruppenleiter und die Ortsheimwachtführer erhielten genaue Instruktionen, alle Wagen, die besten Pferde, Autos und Fahrräder bereitstellen und sie mit bestimmten Nahrungsmitteln, Bekleidung, Geschirr, Seifen, medizinischem Material, Werkzeug, Ernteerträgen und Futter beladen zu lassen sowie die genauen Orte zu bestimmen, an denen sich die Wagenkolonnen sammeln sollten. Nur die Kinder, die älteren Leute und die Kranken sollten fahren dürfen, die erwachsene Bevölkerung neben den Wagen mitmar-

³⁰⁴² Maschinenschriftlicher Bericht der Frau Barbara Beiler aus Apatin (Batschka, Jugoslawien) vom 28. Jänner 1947 (mit eigenhändiger Unterschrift), in: Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, Dok. 41, 306-310, hier 306f.

schieren. Die Kolonnen wurden in Gruppen mit fünf bis sechs Wagen aufgeteilt und von der Heimatwacht geschützt.³⁰⁴³

Nachdem der SS-Gruppenführer Kammerhofer am 3. Oktober – also vier Tage vor dem Volksgruppenführer Basch für die Batschka (!) – die Evakuierung freigegeben hatte, begann noch am selben Tag die Räumung der ersten Zone in Syrmien östlich der Linie Sremska Mitrovica–Banoštar. Die ersten Trecks machten sich bereits am 4. Oktober um 9 Uhr früh von Novi Slankamen aus auf den Weg in Richtung Westen, Franztal bei Semlin wurde am 5. Oktober evakuiert (die Bauern fuhren mit den Trecks, die Gewerbetreibenden und Arbeiter kamen mit dem Zug nach), der ganze Bezirk Semlin mit Neu-Pasua (Nova Pazova) und Novi Banovci am 6. Oktober; am 9. Oktober machten sich die Deutschen von Inđija auf den Weg. Nach zwei Wochen war die Räumungszone I evakuiert. Die Evakuierung der Räumungszone II (östlich der Linie Vukovar–Vinkovci–Vrpolje) wurde am 13. Oktober angeordnet, am 17. Oktober verließ der erste Treck Ruma, am 22. Oktober Vinkovci. Am selben Tag wurde die Räumung der dritten Zone befohlen, die bis 7. November abgeschlossen wurde. Die Trecks aus den beiden ersten Räumungszonen wurden weitgehend nach Oberösterreich geleitet, die Trecks aus der dritten Räumungszone über Körmend und Fürstenfeld in die Steiermark. So konnten – mit Unterstützung der Wehrmacht und weitgehend ungestört von den Partisanen – etwa 90.000 „Volksdeutsche“ aus Syrmien und dem östlichen Slawonien in überwiegend geschlossenen und geordneten Trecks das Gebiet des Unabhängigen Staates Kroatien verlassen und noch vor Kriegsende in Österreich und Süddeutschland eine neue Heimat finden. Lediglich rund 5000 Deutsche – mehrheitlich Stadtbewohner – blieben meist freiwillig in Syrmien zurück, etwa 10.000 im östlichen Slawonien; 28.000 jüngere Männer dienten noch bei deutschen Militäreinheiten, meist in der SS, 15.000 jüngere Männer und Frauen verrichteten Arbeitsdienst im Deutschen Reich.³⁰⁴⁴

Obwohl das Präsidium des AVNOJ bereits am 21. November 1944 die totale Enteignung der Deutschen in Jugoslawien beschlossen hatte, äußerte sich die neue jugoslawische Regierung unter Marschall Tito relativ spät über ihre Pläne zur Vertreibung und Aussiedlung aller Deutschen. Portmann vermutet, dass der Anstoß zur Vertreibung bzw. Zwangsaussiedlung vom Bundesminister für Kolonisation, Sreten Vukosavljević, ausging, der als Verfechter einer traditionellen serbischen Bevölkerungspolitik galt. Erst am 11. Juni 1945 tat das Präsidium des Ministerrates in einer bezeichnenden Argumentation kund:

„Die Regierung Jugoslawiens ist der Auffassung, dass die sich innerhalb der Grenzen Jugoslawiens befindlichen Deutschen ausgesiedelt und nach Deutschland überführt werden müssen,

³⁰⁴³ WEHLER, Nationalitätenpolitik, 77; OBERKERSCH, Die Deutschen, 432-435; JANJETOVIĆ, Hitler, 157-165.

³⁰⁴⁴ Bericht Hebamme Maria Hekli aus Franztal, 20. April 1958, in: Dokumentation der Vertreibung V, 101-105; OBERKERSCH, Die Deutschen, 435-440; SUNDHAUSSEN, Die Deutschen, 343; JANJETOVIĆ, Hitler, 158-174. Einige Trecks wurden bis Schlesien weitergeleitet, wo sie im Winter 1944/45 vor der Roten Armee flüchten mussten.

sobald dafür günstige technische Voraussetzungen geschaffen werden. Wir haben das Recht auf diese Aussiedlung, da

- die Deutschen, die sich heute in Jugoslawien befinden, vom deutschen Eroberer auf dem Boden kolonisiert wurden, das den Jugoslawen gehört;
- die deutsche Minderheit seit dem Tag der Ansiedlung in unserem Land und bis heute gegen die Interessen der Völker Jugoslawiens arbeitet, indem sie sich in den Dienst des deutschen Imperators stellt. Dies äußerte sich im besonderen während dieses Krieges, als sie mit allen Mitteln aktiv gegen unsere Armee und unsere Volksbefreiungsbewegung überhaupt gekämpft hat;
- die deutsche Minderheit während dieses Krieges so viele Verbrechen an den Völkern Jugoslawiens verübt hat, dass ihr weiteres Verbleiben innerhalb Jugoslawiens den Aufbau unseres Staates behindern würde.³⁰⁴⁵

Bemerkenswert ist einerseits die bewusste Vermischung von verdrehten historischen und aktuell-politischen Begründungen, andererseits die Zuordnung der Rolle eines Sündenbocks für die Kriegsverbrechen in Jugoslawien an die deutsche Minderheit. Über diese grundsätzliche politische Linie der Belgrader Regierung informierte etwa die „Landeskommission für die Repatriierung der Deutschen“ (sic!) des Innenministeriums des Föderativen Staates Kroatien auch die Volkskommissionen der Kreise und Bezirke.³⁰⁴⁶

Als bereits die Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte tagte, verfasste das jugoslawische Außenministerium ein Memorandum für das Präsidium des Ministerrates, in der Hoffnung, dass „spätestens bis zur Friedenskonferenz und vielleicht auch eher die Frage unserer deutschen Minderheit in internationale Relationen gestellt wird“. Deshalb sei es unumgänglich, „unseren Standpunkt zu dieser Frage genau zu erläutern“:

„Wenn wir den Deutschen unsere Staatsbürgerschaft aberkennen wollen, müssen wir folgende Fragen beantworten:

- a. Wen halten wir für Deutsche, besonders in Bezug auf Österreicher.
- b. Werden wir die Staatsbürgerschaft allen Deutschen oder nur einer bestimmten Kategorie aberkennen, und mit welchen Ausnahmen (z. B. Partisanenkämpfer, Mischehen).

In den Friedensvertrag muss deshalb eine Klausel über die Pflicht Deutschlands hinzugefügt werden, die Staatsbürgerschaft jenen Personen zu verleihen, die wir für Deutsche halten (eventuell auch Österreicher) und denen wir unsere Staatsbürgerschaft aberkennen. Das ist notwendig, damit es später nicht zu Schwierigkeiten bei der Aussiedlung dieser Menschen kommt [...].

³⁰⁴⁵ ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 221; Vertraulicher Brief des Präsidiums des Ministerrates der DFJ an das Außenministerium und das Sozialministerium, 11. Juni 1945, ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 703, zitiert nach: PORTMANN, Vernichtung, 326f.

³⁰⁴⁶ Zemaljska komisija za repatrijaciju Nijemaca pri Ministarstvu unutrašnjih poslova Federativne države Hrvatske, Nr. 1/45: Nijemaca naših državljana repatrijacija (iseljenje Nijemaca), Zagreb, 7. VII. 1945, Hrvatski Državni Arhiv, Zagreb, ostavština Svetozar Ritig, kt. 1, fasc. 5, „Protjerivanje Nijemaca iz FNRJ“, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 221.

Vor der Friedenskonferenz müssen wir unseren Standpunkt darüber bestimmen, wie wir mit Deutschen und besonders mit Österreichern verfahren, die sich auf den uns anzuschließenden Territorien befinden [...].³⁰⁴⁷

Dieses Positionspapier erlaubt eine ganze Reihe von Rückschlüssen:

1. Die jugoslawische Regierung hatte – etwa im Unterschied zur tschechoslowakischen – bis Anfang Juni 1945 noch keinen Standpunkt zum Umgang mit der deutschen Minderheit unter internationalen Gesichtspunkten erarbeitet.
2. Die jugoslawische Regierung hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Frage der deutschen Minderheit auch noch mit keiner Siegermacht erörtert, vermutlich nicht einmal mit den in Belgrad akkreditierten Botschaftern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens.
3. Die Frage der Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit war trotz des AVNOJ-Beschlusses vom 21. November 1944 und der „Auslegung“ vom 8. Juni 1945 noch keineswegs endgültig entschieden, wie auch die Diskussionen um das Wahlrecht und die Staatsbürgerschaft im August 1945 zeigen sollten.
4. Auch die Frage der Abgrenzung zwischen „Volksdeutschen“, „Deutschen“ und „Österreichern“ war noch keineswegs geklärt.
5. Deutschland und Österreich sollten aber in künftigen Friedensverträgen dazu verpflichtet werden, alle Personen, die Jugoslawien für „Deutsche“ oder „Österreicher“ hält, aufzunehmen und ihnen – nach Aberkennung der jugoslawischen Staatsbürgerschaft – die deutsche bzw. österreichische Staatsbürgerschaft zu verleihen, um eine allfällige Rückkehr auszuschließen.

Tatsächlich bereitete letztere Frage Jugoslawien im Sommer 1945 das größte Problem. Denn die alliierten Besatzungsmächte in Österreich – hier vor allem die sowjetische und britische – und Deutschland wiesen geflüchtete und vertriebene Volksdeutsche, die sie für jugoslawische Staatsbürger hielten, teilweise ab und zwangen sie zur Rückkehr nach Jugoslawien, manchmal sogar in großer Zahl. Hauptmotiv für die Besatzungsmächte war vor allem die kritische Ernährungslage in Österreich und Deutschland, die etwa die österreichische Regierung dazu veranlasste, bei den Alliierten Einspruch gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen zu erheben und auf einer dringenden Schließung der Grenze zu bestehen.³⁰⁴⁸

Daher vertrat Minister Vukosavljević gegenüber dem Präsidium seines Ministerrates folgenden Standpunkt:

„[...] Wenn sich einer dieser Deutschen zur Repatriierung [nach Jugoslawien, Anm. Suppan] meldet, wird sein Antrag angenommen und er über Ungarn zu uns zurückgewiesen. Damit sich nicht eine größere Anzahl von Deutschen in die Vojvodina infiltriert oder die Zahl der Deutschen an unserer ungarischen Grenze wächst, bin ich der Meinung, dass wir die sowjetischen Militärbehörden und die Behörden westlicher Alliierten davon in Kenntnis setzen müssen und

³⁰⁴⁷ ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 221f.

³⁰⁴⁸ Dušan NEČAK, O problemu „razseljenih oseb“ (D.Ps) in jugoslovanskih „Volksdeutscherjev“ v Avstriji ter o britanski ideji njihove zamjenjave s koroškimi Slovenci (1945-1947), in: Zgodovinski časopis 50/4 (Ljubljana 1996) 561-564.

sie bitten, dass sie diese Deutschen nicht mehr in unser Land zurückschicken. Derweilen sollten unsere Behörden darauf aufmerksam gemacht werden, dass sie streng darauf achten, dass diese Deutschen nicht in unser Land gelangen.“³⁰⁴⁹

Offensichtlich war aber die jugoslawische Regierung im Juli 1945 nicht gewillt, die drei in Potsdam verhandelnden Siegermächte zu ersuchen, auch die Frage der jugoslawischen Volksdeutschen in ihre Überlegungen zum „Transfer“ der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn einzubeziehen. Die Motive für diesen jugoslawischen „Sonderweg“ sind bis heute nicht bekannt. Vielleicht wollte die jugoslawische Führung die verbliebenen Volksdeutschen als Zwangsarbeiter zurückhalten, dann hätte man aber schon im Sommer 1945 die „Todeslager“ auflösen müssen, in denen überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute dahingevegetierten. Oder Tito und sein Politbüro wollten mit der vorläufigen Nicht-Aussiedlung der internierten Donauschwaben einmal mehr eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den Alliierten hervorkehren. Wie auch immer, die Bezirks- und Stadtvolksausschüsse erhielten im Sommer 1945 die Anweisung, ihre Entscheide über die Konfiszierung und Verstaatlichung des Eigentums der Volksdeutschen und deren Vertreibung nach Deutschland oder Österreich mit dem Vermerk zu versehen: „Solange keine Möglichkeiten für deren Transport existierten, werden diese in Lagern zur Zwangsarbeit interniert.“³⁰⁵⁰

Ausgenommen von diesen Verfolgungsmaßnahmen der Enteignung, Vertreibung – euphemistisch „Repatriierung“ genannt – oder Lagerinternierung blieben nur jene Volksdeutschen, die entweder ihre Teilnahme am Partisanenkampf oder dessen Unterstützung beweisen konnten, bzw. Personen mit deutschen Familiennamen, die beweisen konnten, dass sie sich während des Weltkrieges nicht als Deutsche deklariert hatten. Auch Volksdeutsche aus Mischehen wurden verschont, vor allem Frauen, die mit südslawischen Männern verheiratet waren. Die Abteilung für Repatriierung des jugoslawischen Ministeriums für Sozialpolitik fasste in einem Schreiben an das Präsidium des Ministerrates seinen kompromisslosen Standpunkt gegenüber rückkehrwilligen Volksdeutschen zusammen:

„Den zusammen mit der faschistischen [recte: nationalsozialistischen, Anm. Suppan] Besatzungsmacht geflüchteten Personen deutscher Nationalität, ehemaligen jugoslawischen Staatsbürgern, bleibt die Rückkehr in unser Land versagt. Auch die Staatskommission für die Repatriierung beschloss unter Zustimmung des Präsidiums des Ministerrates des DFJ und des Außenministeriums das Rückkehrverbot für diese Personen, mit Ausnahme derjenigen, die beweisen können, dass sie während des Krieges und der Okkupation unseres Landes aktiv an unserer Bewegung teilgenommen haben.“³⁰⁵¹

Die britische Besatzungsmacht in Österreich hatte bereits im Juli 1945 Transporte aus den slawonischen Lagern Josipovac und Valpovo nach Österreich abgewiesen. Ab September 1945 versuchte die jugoslawische Regierung, größere

³⁰⁴⁹ ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 222.

³⁰⁵⁰ Vladimir GEIGER (Hg.), Radni logor Valpovo 1945-1946. Dokumenti (Osijek 1999) 10.

³⁰⁵¹ ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 223.

Gruppen von Deutschen aus der Untersteiermark über die slowenische Grenze nach Österreich abzuschieben, ebenso aus der Vojvodina über die ungarische Grenze nach Österreich loszuwerden. Manchmal wurden solche Bahntransporte in der Nähe einer Bahnstation abgestellt, ohne die Deportierten ausreichend mit Wasser und Lebensmitteln zu versorgen. Vor allem Kleinkinder und kranke Leute überstanden solche Torturen nicht. Aleta Brownlee, die Leiterin der IRO-Abteilung für Kinderwohlfahrt in Österreich, hielt fest, dass die von der Familie getrennten oder verwaisten Kinder aus Jugoslawien alle dieselbe Geschichte erzählten:

„Sie wurden von der jugoslawischen Regierung in Lagern für Volksdeutsche interniert; ihre Väter waren in der Wehrmacht gewesen und jugoslawische oder russische Kriegsgefangene, sofern sie noch lebten. Die Frauen und Kinder waren in die Lager gekommen; die Frauen arbeiteten, solange sie konnten; wenn sie krank oder zu alt zum Arbeiten wurden, verhungerten sie langsam. Manchmal half jemand den Kindern; den Wachen war es anscheinend oft egal, ob sie flüchteten oder nicht; sie krochen unter dem Zaun durch und kamen auf verschlungenen Wegen meist durch Ungarn nach Österreich.“³⁰⁵²

Die jugoslawische Regierung, die 1945 einen Teil der Deutschen offensichtlich noch als Zwangsarbeiter verwenden wollte, trat erst am 19. Jänner 1946 in einem Aide-Mémoire über den „Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Österreich“ an die Botschafter der Alliierten in Belgrad heran. Da die Berufung auf das Potsdamer Protokoll seitens Jugoslawiens nicht den alliierten Abmachungen von 1945 entsprach und da die Massen der aufzunehmenden Deutschen auch die Alliierten verunsicherten, lehnten die amerikanischen Behörden ab. Die britische Botschaft in Belgrad, die offensichtlich von den schrecklichen Lagerbedingungen Kenntnis erhalten und in London hinsichtlich einer Aussiedlung der Deutschen nachgefragt hatte, erhielt Ende Jänner 1946 vom Foreign Office eine klare Positionsbestimmung:

„We agree that probably the only course of action likely to alleviate the lot of those people would be their eventual transfer to Germany or Austria. But given the great influx of refugees into Germany and the very critical food situation in both countries, it is certain that the control authorities would be most reluctant to add to their already heavy commitments.“³⁰⁵³

Das jugoslawische Innenministerium war im Jänner 1946 von 117.485 internierten Donauschwaben ausgegangen, die ausgesiedelt werden sollten. – Die Jugoslawische Militärmission in Berlin nannte dem Alliierten Kontrollrat eine Zahl von 130.388 „Volksdeutschen“. – Bei Annahme des Antrags wollte die Belgrader Regierung die Transporte innerhalb von 15 Tagen durchführen. Das Innenministerium legte dem Präsidium des Ministerrats auch einen Vorschlag zur Finanzierung der Aussiedlung vor, nach dem die Verwaltung der Staatsgüter 50 Millionen Dinar, die

³⁰⁵² DOUGLAS, „Ordentliche Überführung“, 159f., 312f.

³⁰⁵³ Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien, 221; Foreign Office an brit. Botschaft in Belgrad, London, 31. Jänner 1946, PRO, FO 371/55525, zitiert nach: PORTMANN, Vojvodina, 143.

Eisenbahnverwaltung eine Million Dinar übernehmen sollten. Der Generalsekretär des Ministerrats forderte sogar einen Kredit im Finanzministerium an, da „in kürzester Zeit mit der Aussiedlung der Deutschen aus unserem Lande begonnen wird“. Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland verschob jedoch in seiner Sitzung vom 26. März 1946 die geplante Überführung der deutschen Minderheit aus Jugoslawien auf unbestimmte Zeit – und zwar auf Vorschlag des sowjetischen Vertreters. Die jugoslawische Regierung vermutete ein Veto der Westmächte und ersuchte im Juli 1946 über das Außenministerium die sowjetische Regierung um Erlaubnis, rund 110.000 „Volksdeutsche“ in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands abzuschicken. Jetzt antwortete auch Moskau deutlich abschlägig und lieferte folgende Begründung, die das jugoslawische Außenministerium zusammenfasste:

„Die Alliierten konnten ihren Verpflichtungen bei der Übersiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nicht nachkommen und haben die Übersiedlung der Deutschen nach Westen gestoppt und werden sie nicht mehr erlauben. Der sowjetische Marschall Sokolovskij und der politische Berater der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonov melden, dass 15 Prozent der bisherigen Übersiedlungen nicht gelungen sind und dass es keinen Platz für die Unterkunft gibt. Der Empfang neuer Übersiedler würde auf große Schwierigkeiten stoßen. Die diesjährige Ernte in den östlichen Gebieten Deutschlands ist niedriger als die letztjährige und die Ansiedlung neuer Kontingente würde auf große Schwierigkeiten bei der Ernährung stoßen.“³⁰⁵⁴

Spätestens seit dem Sommer 1946 dürften daher die jugoslawischen Behörden zur Ansicht gelangt sein, dass die Frage der Zwangsaussiedlung der deutschen Minderheit „auf legale Weise“ nicht zu lösen sei, und sie begannen daher die Flucht donauschwäbischer Lagerinsassen aus grenznahen Konzentrationslagern nach Ungarn zu tolerieren. Dennoch mussten in den Arbeits- und Todeslagern der Vojvodina etwa 110.000 Donauschwaben auch noch den strengen Winter von 1946/47 überstehen, bevor sich die Lagerverwaltungen – offensichtlich unter dem Druck eines amerikanischen Hilfskomitees, einer päpstlichen Aktion und des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Stuttgart – ab Frühjahr 1947 dazu entschlossen, stillschweigend die Flucht der Donauschwaben aus den grenznahen Lagern nach Ungarn zu beschleunigen, von wo sie nach Österreich weitergeschleust wurden. Auf der Konferenz der stellvertretenden Außenminister in London zwischen dem 14. Jänner und dem 25. Februar 1947 zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und eines Staatsvertrages mit Österreich unternahm die jugoslawische Regierung einen neuerlichen Anlauf zur Lösung des „Deutschenproblems“. Der jugoslawische Delegierte Mladen Iveković überreichte ein Memorandum, in dem die Übernahme von rund 100.000 „Volksdeutschen“ seitens Deutschlands gefordert wurde. Da auch diese Initiative keinen diplomatischen Erfolg zeitigte, ließ Innenminister Ranković weitere Fluchtaktionen zu und rechnete am 14. Mai 1947 bereits mit etwa 11.000 allein seit Jahresbeginn nach Ungarn geflüchteten Do-

³⁰⁵⁴ Schreiben des jug. Außenministeriums (S. Prica) an das Präsidium des Ministerrates der FN RJ, Belgrad, 20. September 1947, ASCG, F-50, 35/980, zitiert nach: PORTMANN, Vernichtung, 332f.; DOUGLAS, „Ordnungsgemäße Überführung“, 144.

nauschwaben. Als die ungarische Regierung protestierte und die Rücknahme der Geflüchteten forderte, empfahl Ranković seinen Grenzposten ein Doppelspiel:

„[...] alle sind mit unserem Wissen und stillschweigender Duldung geflüchtet. Aber wir geben [dies, Anm. Suppan] nicht zu, trotz der Meldung an die ungarischen Grenzposten, dass wir sie zurücknehmen werden. Unsere Erklärung ist, dass es sich um Deutsche handelt, die anlässlich der Befreiung des Landes vor unserer Armee geflüchtet sind.“³⁰⁵⁵

Noch im August 1947 lehnte die sowjetische Regierung einen neuerlichen jugoslawischen Antrag ab, die „restlichen“ 110.000 Volksdeutschen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands abzuschieben. Daher fasste das Belgrader Außenministerium für das Präsidium des Ministerrates und das Innenministerium die Lage folgendermaßen zusammen:

„In Bezug auf die negative Antwort der sowjetischen Regierung und dem bekannten negativen Standpunkt der westlichen Mächte hinsichtlich der Aussiedlung unserer deutschen Minderheit, ist eine legale Lösung dieser Frage in absehbarer Zeit nicht in Sicht, obwohl sie vor dem Kontrollrat in Berlin und bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland erneut aufgegriffen werden kann. Davon können jedoch praktische Ergebnisse kaum erwartet werden.“³⁰⁵⁶

Erst Ende 1947 stoppten daher die jugoslawischen Behörden die geduldeten Fluchtbewegungen und lösten die Konzentrationslager bis März 1948 auf. Die (wenigen) Arbeitsfähigen wurden auf Staatsgütern und in landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften eingesetzt, jüngere Männer auch in Bergwerken. Ab 1949 konnten Jugoslawien-Deutsche wieder die jugoslawische Staatsbürgerschaft beantragen, da sie bis dahin als staatenlos galten. Etwa 45.000 sollen dieses „Angebot“ angenommen haben.³⁰⁵⁷

Trotz der internationalen Schwierigkeiten mit der Zwangsaussiedlung der Deutschen aus der Vojvodina wurde der Großteil der Slowenien- und Slawoniendeutschen noch in den Jahren 1945 und 1946 nach Österreich abgeschoben, so dass die jugoslawische Volkszählung vom 15. März 1948 nur mehr 55.337 Angehörige der deutschen Minderheit erfasste. Im Jänner 1948 wurden hingegen in Österreich bereits 139.539 Jugoslawien-Deutsche gezählt, in der Bundesrepublik Deutschland zum 13. September 1950 rund 147.500; in der DDR rechnete man mit etwa 15.000 Jugoslawiendeutschen.³⁰⁵⁸ Erstaunlicherweise tauchten aber in der jugoslawischen Volkszählung von 1953 wiederum 69.536 Deutsche und 1459 Österreicher auf. Offensichtlich hatten 1948 viele noch in Jugoslawien verbliebene Deutsche ihre ethnische Identität bewusst verborgen und sich als Angehörige der magyarischen, kroatischen, slowenischen oder serbischen Nationalität ausgegeben. Zu den Verbergungsstrategien gehörten auch die Slawisierung oder

³⁰⁵⁵ Dokumentation der Vertreibung V, 468; Depesche IMer Ranković an Mrazović, 14. Mai 1947, ASCG, F-507, II D/278, zitiert nach: PORTMANN, Vernichtung, 333f.

³⁰⁵⁶ ASCG, fond 50, fasc. 35, br. 73, zitiert nach: GEIGER, Volksdeutsche, 223.

³⁰⁵⁷ Problemi Folksdojčera, [Juni 1952], in: Arhiv Josipa Broza Tita, KMJ-I-2a/9.

³⁰⁵⁸ Dokumentation der Vertreibung V, 90E-118E.

Magyarisierung der Vor- und Familiennamen und die Verwendung der serbischen, kroatischen, slowenischen und/oder ungarischen Sprache im Alltag. Schließlich lebte eine größere Zahl der verbliebenen Deutschen auch in ethnisch gemischten Ehen. In der jugoslawischen Volkszählung vom 31. März 1971 bekannten sich schließlich 12.785 zur deutschen, 852 zur österreichischen „Nationalität“, davon: in der Vojvodina 7243 zur deutschen und 38 zur österreichischen Nationalität, in Kroatien 2791 zur deutschen und 352 zur österreichischen Nationalität, in Slowenien 422 zur deutschen und 278 zur österreichischen Nationalität.³⁰⁵⁹

Erst die Beendigung des Kriegszustandes mit der Bundesrepublik Deutschland im Jänner 1951 und mit Österreich im August 1951 ermöglichte ein Programm der Familienzusammenführung über das Rote Kreuz. Nach dem Abkommen zwischen Bonn und Belgrad im Jahre 1952 wurden die Umsiedlungen erleichtert. Und am 1. Dezember 1953 bzw. am 12. März 1954 erfolgte ein Notenaustausch zwischen Jugoslawien und Österreich über die Entlassung von Volksdeutschen aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft und die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Demnach konnte nun die österreichische Botschaft in Belgrad an Personen deutscher Volkszugehörigkeit eine Bestätigung ausstellen, womit diese aus dem jugoslawischen Staatsverband entlassen wurden.³⁰⁶⁰

Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Slowenien

Bereits seit Herbst 1941 wurde innerhalb der „Befreiungsfront“ von Historikern, Geographen und Politikern über die künftigen Grenzen des befreiten und vereinigten Slowenien diskutiert. Edvard Kardelj schrieb daher in einem Brief an Tito am 14. Dezember 1942:

„Die Frage der Grenzen ist für uns so aktuell, wie sie es wahrscheinlich nicht einmal für das englische Imperium ist. Es geht in dieser Hinsicht um eine ganz spezifische slowenische Empfindlichkeit, die wir lange mit allgemeinen Grundsatzaussagen umgehen wollten, doch dies alles ist jetzt nicht mehr möglich. Die Slowenen, die schon seit 1000 Jahren zersplittert sind, spüren nämlich, dass jetzt darüber entschieden wird, ob die alte Losung vom ‚Vereinten Slowenien‘ endlich Wirklichkeit wird. Daher wird unter den Massen immer wieder die Frage gestellt: ‚Doch innerhalb welcher Grenzen?‘“

Das Zentralkomitee der KPS entschied, dass die Konkretisierung der Grenzforderungen nach ethnischen Prinzipien erfolgen sollte. Gemäß dem leninistischen

³⁰⁵⁹ Konačni rezultati popisa stanovništva od 15. marta 1948. godine, knj. IX: Stanovništvo po narodnosti (Beograd 1954) XIV-XVI, 1-183; Boro M. PETROVIČ, Population structure, in: Klaus-Detlev Grothausen (Hg.), Jugoslawien (Südosteuropa-Handbuch I, Göttingen 1975) 322-344; Aleksandar KREL, Die ethnische Identität und die Lage der deutschen nationalen Minderheit in der Vojvodina vom Zweiten Weltkrieg bis heute, in: Vladimir Mitrović – Christian Glass (Hgg.), Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini. Daheim an der Donau. Zusammenleben von Deutschen und Serben in der Vojvodina (Novi Sad – Ulm 2009) 224-228.

³⁰⁶⁰ Službeni list FNRJ. Međunarodni ugovori i drugi sporazumi, III/1955, 15. jula 1955.

Prinzip, dass die Stadt zum Hinterland gehöre, sollten auch die Städte Klagenfurt und Triest zum neuen Vereinten Slowenien gehören.³⁰⁶¹

Zu Beginn des Jahres 1944 teilte der Sekretär des AVNOJ, Rodoljub Čolaković, dem von Fran Zwitter geleiteten Wissenschaftlichen Institut des „Slowenischen Volksbefreiungsrates“ (*Slovenski narodnoosvobodilni svet*) im Gottscheer Hornwald (Kočevski Rog) mit, dass an eine Aussiedlung der Deutschen aus ganz Jugoslawien gedacht sei. Diese ziemlich exakte Angabe des später führenden slowenischen Historikers lässt darauf schließen, dass entweder auf der zweiten Vollversammlung des AVNOJ in Jajce oder zumindest innerhalb des Präsidiums des AVNOJ doch schon Ende November 1943 oder an der Jahreswende 1943/44 über die Aussiedlung der Deutschen gesprochen worden war. Dies würde zeitlich auch mit den diesbezüglichen Gesprächen von Beneš und Gottwald mit Stalin im Dezember 1943 in Moskau übereinstimmen, von denen die jugoslawischen Kommunisten mit Sicherheit Kenntnis erhalten hatten.³⁰⁶²

Eine slowenische Kommission zur Feststellung der Kriegsverbrechen seitens der Okkupatoren und ihrer Kollaborateure unter Vorsitz von Makso Šnuderl verfasste Anfang September 1944 einen „Vorschlag für die ersten Maßnahmen zur Machtübernahme in der slowenischen Steiermark“: Wegen der Rolle der untersteirischen Deutschen in der genoziden nationalsozialistischen Besatzungspolitik müssten sie vollständig aus dem slowenischen Gebiet vertrieben, ihr Eigentum beschlagnahmt und für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden verwendet werden. Dieser Vorschlag wurde von einer Expertengruppe des „Volksbefreiungsrates“ noch hinsichtlich des Personenkreises konkretisiert: „Alle Deutschen, egal ob jugoslawische oder fremde Staatsbürger, die Mitglieder des Kulturbundes oder anderer nationalsozialistischer Organisationen waren, sollen samt ihren Familien des Landes verwiesen werden, weil sie ihren eigenen Staat verraten bzw. die Gastfreundschaft des Landes missbraucht haben, in dem sie gelebt haben.“³⁰⁶³

Nach der Flucht vieler untersteirischer Deutscher in den Maitagen 1945 begannen schon in den letzten Junitagen nicht organisierte Vertreibungen aus Orten im Grenzbereich in die österreichische Steiermark. Die organisierte Aussiedlung begann im September 1945, wurde im November wegen der jugoslawischen Parlamentswahlen unterbrochen, dann ab Dezember 1945 wieder fortgesetzt und dauerte bis Februar 1946 an. Organisierte Transporte liefen über den Wurzenpass (Koren), den Karawankentunnel zwischen Assling (Jesenice) und Rosenbach (Področca), den Seebergsattel (Jezerko), Unterdrauburg (Dravograd), Spielfeld (Šentilj) sowie über Hodoš und Kotoriba nach Ungarn. In den Transporten be-

³⁰⁶¹ FERENC – GODEŠA, Die Slowenen, 264.

³⁰⁶² Fran ZWITTER, Diplomatski problem jugoslovansko-avstrijske meje v dobi druge svetovne meje, in: Zgodovinski časopis 33 (Ljubljana 1979) 145-160, hier 145f.

³⁰⁶³ Dušan NEČAK, Einige grundlegende Angaben über das Schicksal der deutschen Volksgemeinschaft in Slowenien nach 1945, in: Südostdeutsches Archiv 36/37 (München 1993/94) 162f.

fanden sich nicht nur slowenische Deutsche, sondern auch österreichische und deutsche Staatsangehörige und Slowenen, die sich während der Besatzungszeit als „Kollaborateure“ kompromittiert hatten. Der Major der Staatssicherheitsverwaltung, Zvone Debevc, hielt 1951 in seinem Bericht fest:

„Zweifellos war das Kriterium der Aussiedlung unter Berücksichtigung der Nachkriegszeit sehr streng, und es wurden auch Fehler gemacht. Es gibt Beispiele, wo wegen eines Familienmitglieds, das sich als Kollaborateur der Deutschen kompromittiert hatte, auch die restlichen Familienmitglieder ausgesiedelt wurden, ohne Rücksicht auf ihre persönliche Haltung, ihr Alter u. ä. Es existieren aber auch einzelne Beispiele von Menschen, die aufgrund der gegen sie erstatteten Anzeigen durch Leute, die ihnen feindlich gesinnt waren, ausgesiedelt wurden. In der großen Mehrzahl der Fälle aber waren die Aussiedlungen gerechtfertigt. Das ist auch aus der Tatsache ersichtlich, dass etwa nur ein Zehntel aller Ausgesiedelten einen Antrag auf Rückkehr in die FVRJ stellte.“³⁰⁶⁴ – Es ist offensichtlich, dass diese Begründung zu kurz greift.

Nach deutschen Angaben sollen etwa 9000 Gottscheer in Österreich Aufnahme gefunden haben, davon etwa 6000 in der Steiermark und 3000 in Kärnten. Und allein im Jahre 1950 sollen in der Steiermark 9873 aus der Untersteiermark vertriebene Deutsche gelebt haben. Aber die verschiedenen Statistiken von „Volksdeutschen“, „Jugoslawiendeutschen“, „Displaced Persons“, Eingebürgerten und Ausgewanderten wurden weder in Österreich noch in Deutschland kongruent geführt, so dass eine genaue Bestandsaufnahme nur nach den alten Ortsverzeichnissen für das Draubanat (1939) und das Savebanat (1937) sowie den österreichischen und deutschen Ortsverzeichnissen nach 1945 möglich wäre. Auch die jugoslawische Volkszählung vom 15. März 1948 ließ nicht erkennen, welche Deutschen nun gezählt wurden – ob lediglich die bereits aus den Internierungslagern Entlassenen oder auch die bis zum Sommer 1948 zurückgehaltenen Lagerinsassen; die deutschen Kriegsgefangenen werden mit Sicherheit extra gezählt worden sein. Jedenfalls wies die Volkszählung nur noch 55.337 Deutsche aus, etwa ein Zehntel der Zahl von 1931. Hierbei entfielen auf die Volksrepublik Slowenien noch 1824, auf die Volksrepublik Kroatien noch 10.144 Angehörige der verbliebenen deutschen Minderheit. Die Österreicher wurden bei dieser Zählung unter „übrige“ (*ostali*) gezählt, so in Slowenien.³⁰⁶⁵

Der protestantische Senior Johann Baron aus Marburg, der seit 1933 in NS-Aktivitäten eingebunden gewesen war und auch zwischen 1941 und 1945 eine wichtige Rolle in der Marburger Gesellschaft spielte, verfasste am 18. August 1945 im Auftrag der steiermärkischen Landesregierung ein Exposé über „Geschichte, Wesen und Schicksal der deutschsprachigen Flüchtlinge aus Slowenien“, in dem er sich und die gesamte deutsche Volksgruppe als Opfer des Nationalsozialismus hinstellte. Angehörige der deutschen Volksgruppe seien mit der Verfolgung der Slowenen in der Untersteiermark und der NS-Völkermordpolitik nicht im ge-

³⁰⁶⁴ NEČAK, „Die Deutschen“, 394f.

³⁰⁶⁵ FNRJ, Savezni zavod za statistiku. Konačni rezultati popisa stanovništva od 15. marta 1948 godine, knj. IX: Stanovništvo po narodnosti, XIV.

ringsten Zusammenhang gestanden.³⁰⁶⁶ – Die Verdrängung der Kollaboration mit dem NS-Besatzungsregime setzte also schon sehr früh ein.

An die 90 % der deutschen Untersteirer, Gottscheer und Laibacher wurden von den slowenischen Siegern „ethnisch gesäubert“ – einige Hundert erschossen, über 1000 dem Hunger- und Seuchentod in Konzentrationslagern (Sterntal/Strnišče, Tüchern/Teharje) preisgegeben, über 10.000 vertrieben; über 15.000 waren noch bei Kriegsende geflohen. Nach slowenischen Quellen sollen aber höchstens 9474 Deutsche ausgesiedelt worden sein. Eine Massenaussiedlung „auf menschliche Art“ nach Artikel XIII des Potsdamer Abkommens war jedenfalls nicht vorgesehen, da Jugoslawien im Sommer 1945 daran nicht interessiert war. Hinsichtlich der Kriegstoten unter den Deutschen in Slowenien muss selbstverständlich auch an Gefallene der Wehrmacht und SS, an Justifizierte und an Bombenopfer gedacht werden.³⁰⁶⁷

Als traurige Bilanz ist festzuhalten, dass innerhalb eines Jahres das Ende der deutschen Minderheit in Slowenien erzwungen wurde. Nach vier verheerenden Kriegsjahren waren Slowenen und Deutsche offensichtlich nicht mehr in der Lage, im selben Raum ein gemeinsames Leben zu führen. Jahrhundertelange gemeinsame Arbeit und Geschichte zählten nicht mehr, jahrhundertalte Nachbarschaft trennte bald ein Eiserner Vorhang. Die Teilung Europas verlief nun entlang der Mur, mitten durch die steirischen Weinberge, folgte dem Höhenkamm der Karawanken und der westlichen Julier, zerteilte die alte Stadt Görz und erreichte über den Karst das Hinterland von Triest. Aber nicht nur die Existenz einer deutschen Minderheit im Alpen-Adria-Gebiet, auch die jahrhundertelange österreichische und deutsche Geschichte in Marburg, Cilli und Pettau, in Laibach und Görz, in Triest und Fiume, schien damit endgültig vorbei.³⁰⁶⁸

Flucht und Zwangsaussiedlung der Italiener aus dem Küstenland

Nach der Kapitulation Italiens und dem Rückzug der italienischen Truppen aus Dalmatien und Istrien im September 1943 drangen Partisaneneinheiten vom Dinarischen Gebirge und den Höhenzügen Istriens an die Adriaküste vor und begannen – soweit es die ebenfalls vorrückenden deutschen Truppen zuließen – Druck auf die italienische Bevölkerung auszuüben. Bei Kriegsende brachten südslawische Partisanen besonders in Istrien und im Hinterland von Triest Tausende von Italienern um und warfen sie in die dortigen Karsthöhlen (*foibe*). Besonders diese Massaker lösten bei den etwa 300.000 Italienern im Quarnero (Kvarner), in Istrien, Triest und in der Venezia Giulia einen Massenexodus (*l'esodo*) aus, sodass nur mehr einige Tausend an der Küste Istriens und auf dem Karst zurückblieben.³⁰⁶⁹

³⁰⁶⁶ NEČAK, „Die Deutschen“, 377.

³⁰⁶⁷ NEČAK, „Die Deutschen“, 393.

³⁰⁶⁸ NEČAK, „Die Deutschen“, 395.

³⁰⁶⁹ Erzwungene Wege, 93.

Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Italiener von der Ostküste der Adria begannen in Zara, der ehemaligen Hauptstadt des österreichischen Dalmatien, die im November 1944 von den Alliierten bombardiert worden war. Im März 1945 setzten die Fluchtbewegungen aus Fiume und den Inseln im Quarnero ein. Nach dem Einmarsch der Partisanen in Albona, Rovigno und Parenzo wurde die dortige italienische Bevölkerung zur Abwanderung gedrängt. Nach der am 9. Juni in Belgrad zwischen den Anglo-Amerikanern und Jugoslawien akkordierten Teilung der Venezia Giulia in zwei Besatzungszonen kamen die Italiener in Cittanova, Umago, Buie, Pirano, Isola und Capodistria unter Druck. Nur Pola blieb ausgenommen, da die britisch-amerikanische Besatzung bis zum Friedensvertrag 1947 die Stadt und den Hafen besetzt hielt. Nach Unterzeichnung des Friedensvertrags erfolgte die Evakuierung der meisten Italiener per Schiff nach Rimini und Venedig. Mit dem Londoner Memorandum 1954 bekamen die italienischen Staatsbürger in Jugoslawien die letzte Möglichkeit, für Italien zu optieren, und die meisten verließen das Land. Unter ihnen befanden sich drei Bischöfe sowie viele Priester, Mönche und Nonnen. Etwa 240.000 der bis zu 300.000 Vertriebenen (*esuli*) fanden Aufnahme in Italien, die anderen emigrierten vorwiegend nach Amerika.³⁰⁷⁰

Der Exodus der Italiener von der Ostküste der Adria stellte auch hier – vergleichbar dem Exodus der Griechen aus Kleinasien oder dem Exodus der Deutschen aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Böhmen, Mähren und der Untersteiermark – einen einmaligen Präzedenzfall in der Geschichte des oberen Adriaumes dar. Bis dahin hatte es trotz vieler Grenzänderungen unter byzantinischer, fränkischer, ottonischer, salischer, staufischer, venezianischer, ungarischer und habsburgischer Herrschaft keine „ethnischen Säuberungen“ gegeben. Nun wurden die ethnischen Territorien den neuen Staatsgrenzen angepasst.

Konsequenzen für die Vojvodina, Slawonien, Slowenien und das Küstenland

Mit der Machtübernahme der kommunistisch geführten Partisanenbewegung in der Vojvodina (ab Oktober 1944), in Slawonien (ab April 1945) und in Slowenien (ab Mai 1945) begann sofort ein Prozess der „Sowjetisierung“, d. h. der Aufbau einer gesellschaftspolitischen und sozioökonomischen Neuordnung sowjetischer Prägung. Da dieser Prozess ab 15. Mai 1945 ohne Anwesenheit der Roten Armee vor sich ging, spricht man auch von „Selbst-Sowjetisierung“.³⁰⁷¹

³⁰⁷⁰ PUPO – SPAZZALI, Foibe, 217-224; Erzwungene Wege, 94.

³⁰⁷¹ Vgl. Hans LEMBERG (Hg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuitäten und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg (Marburg 1991); Jera VODUŠEK-STARIČ, Prevzem oblasti 1944-1946 (Ljubljana 1992); Norman NAIMARK – Leonid GIBIANSKIJ (eds.), The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944-1949 (Boulder – Oxford 1997);

Für die Bevölkerungsstruktur der Vojvodina (in ihren heutigen Grenzen mit der Batschka, dem serbischen Banat und Syrmien) brachten die Kriegs- und Nachkriegsjahre fundamentale Veränderungen. Diese werden am deutlichsten durch einen Vergleich zwischen der jugoslawischen Volkszählung 1931, der ungarischen Volkszählung 1941 (kombiniert mit deutschen und kroatischen Schätzungen von 1941) und der jugoslawischen Volkszählung 1948, der auch das Ausmaß von Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung dokumentiert.

Tabelle 24: Ethnische Struktur der Bevölkerung der Vojvodina 1931-1941-1948

Jahr	Gesamtbevölkerung	Serben	Magyaren	Deutsche	Kroaten	Andere
1931	1,624.158	613.910 (37,8 %)	376.176 (23,2 %)	328.631 (20,2 %)	132.517 (8,2 %)	172.924 (10,6 %)
1941	1,636.367	577.067 (35,3 %)	465.920 (28,5 %)	318.259 (19,4 %)	105.810 (6,5 %)	169.311 (10,3 %)
1948	1,640.757	827.633 (50,4 %)	428.554 (26,1 %)	28.869 (1,8 %)	132.980 (8,1 %)	222.721 (13,6 %)

Quellen: Die Gliederung der Bevölkerung des ehemaligen Jugoslawien nach Muttersprache und Konfession nach den unveröffentlichten Angaben der Zählung von 1931, hg. von der Publikationsstelle Wien, Wien 1943; ungarische Volkszählung 1941; jugoslawische Volkszählung 1948; vgl. KOCŠIS, *Ethnic Geography*, 143; SUPPAN, *Jugoslawien*, 672-674; Saša KICOŠEV, *The Ethnic and Religious Structure of the Population of Serbia and Montenegro*, in: *Serbien und Montenegro*, 65. Unter „Andere“ wurden zusammengefasst: Slowaken, Rumänen, Rusini/Ukrainer, Russen, Juden, Roma, Bulgaren, Montenegriner, Makedonier etc.

Prüft man die Statistik von 1948 nach den in der Vojvodina verbliebenen deutschen und magyarschen Minderheiten, so lassen sich noch folgende Konzentrationen feststellen: Die Magyaren stellten die absolute Mehrheit in den Kreisen Bačka Topola, Stari Bečej, Kneževac und Senta sowie die relative Mehrheit im Kreis Sombor; darüber hinaus gab es noch eine deutliche absolute magyarische Mehrheit in der Stadt Senta. Beachtliche Minderheiten machten die Magyaren auch in den Städten Subotica, Novi Sad, Zrenjanin, Sombor und Bajmok aus. Die Deutschen waren hingegen aus den Städten der Vojvodina weitgehend „verschwunden“; nach Evakuierung, Flucht, Vertreibung und Deportation waren insgesamt nur mehr einige Tausend Personen geblieben, die meisten noch in Pančevo und in Novi Sad. Die trotz der Kriegereignisse relativ geringe absolute und relative Abnahme der Magyaren lässt die Assimilation vieler Deutscher vermuten. Die starke Zunahme der Serben war aber weniger auf eine Assimilation verschie-

Jera VODUŠEK-STARIČ, *Stalinismus und Selbst-Sowjetisierung in Jugoslawien. Von der kommunistischen Partisanenbewegung zu Titos Einparteiensystem*, in: Stefan Kreuzberger – Manfred Görtemaker (Hgg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944-1949* (Paderborn 2002) 219-237.

dener slawischer oder nicht-slawischer Bevölkerungsgruppen, sondern eindeutig auf die Zuwanderung von etwa 225.000 Kolonisten zurückzuführen, unter denen sich 162.000 Serben, 40.000 Montenegriner, 12.000 Makedonier, 7000 Kroaten und 2000 Slowenen befanden.³⁰⁷²

Erstmals in der Geschichte der Vojvodina seit dem Ende der osmanischen Herrschaft zu Ende des 17. Jahrhunderts stellten nun die Serben nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten die relative Bevölkerungsmehrheit, und erstmals seit der Neukolonisation im 18. Jahrhundert stellte die slawische Bevölkerung die absolute Mehrheit gegenüber den Nicht-Slawen. Damit wurden unter dem Druck des Weltkrieges innerhalb weniger Jahre wesentliche serbisch-nationale Zielsetzungen erreicht. Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Konsequenzen aus diesen „ethnischen Säuberungen“ waren freilich noch nicht absehbar.

Der erste Bericht, der die verheerenden wirtschaftlichen Konsequenzen für die Vojvodina aufzeigte, stammte bezeichnenderweise von amerikanischen Nachrichtenoffizieren aus dem April 1945. Die landwirtschaftlich reichste Region Jugoslawiens hatte zwar relativ wenige Zerstörungen erlitten, die donauschwäbische Bevölkerung hatte allerdings auf ihrer Flucht vor der Roten Armee und den Partisanen die besten Zugtiere, die geeignetsten Wagen und etwa die Hälfte der Traktoren mitgenommen, die zweifellos ihr Eigentum dargestellt hatten. So blieben nur mehr 63.000 Zugtiere und 17.000 Traktoren zurück, von denen gar nur 1200 einsetzbar waren. Da die „Volksdeutschen“ und jene Magyaren, die von den Partisanen als „Faschisten“ klassifiziert worden waren, über 30 % des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens der Vojvodina besessen hatten, war mit dem AVNOJ-Beschluss vom 21. November 1944 über die Sequestration des feindlichen Besitzes etwa 800.000 Joch (= 456.000 ha) Agrarland an den jugoslawischen Staat gefallen. Von den 1,089.000 in der Landwirtschaft beschäftigten Personen waren freilich infolge der Flucht und Vertreibung der „Volksdeutschen“ und einer kleineren Anzahl von Magyaren nur mehr 512.000 übrig geblieben. Zwar war den OSS-Beobachtern „the indiscriminate drafting of essential farm labor into the Partisan army“ bekannt, offensichtlich wussten sie zu diesem Zeitpunkt aber noch nichts über „Arbeitslager“ für die Donauschwaben – und ebenso nichts über die „Todeslager“ für die nicht-arbeitsfähigen alten Menschen sowie für die Mütter mit Kleinkindern.³⁰⁷³

Genauere Angaben hatte die Belgrader Regierung über die Frühjahrsaussaat 1945 gemacht: Da im Herbst 1944 nur mehr 18 % der landwirtschaftlichen Fläche bebaut worden waren – anstatt der üblichen 35 % für das Wintergetreide –, unterstellte die Regierung die Landwirtschaft der Vojvodina der strikten Kontrolle der Provinzbehörden. Jeder private Bauer sollte 33 % seines Besitzes mit Zu-

³⁰⁷² KICOŠEV, Ethnic and Religious Structure, 63.

³⁰⁷³ OSS, Research and Analysis Branch, No. 3033a: Present Condition of Yugoslav Industry, Washington, 15 April 1945.

ckerrüben bebauen, 32 % mit Mais, 24 % mit Weizen, 6 % mit Gerste, 4 % mit Sonnenblumen und 1 % mit Hirse. Auf nunmehr staatlichem Besitz sollten die Aussaatanteile je 33 % Zuckerrüben und Mais, je 12 % Weizen und Gerste, 6 % Hafer, 2 % Sonnenblumen und 1 % Hirse betragen. Festgelegt wurde auch, dass im März Weizen, Hafer, Gerste, Wicken, Erbsen und Zuckerrüben anzubauen seien, im April Zuckerrüben, Kartoffeln, Hanf, Bohnen und Mais, im Mai Mais, Sonnenblumen und Hirse. Um den Mangel an Zugtieren und Arbeitskräften zu überbrücken, wurde einerseits die Anbausaison ausgedehnt, andererseits das landwirtschaftliche Gerät – unabhängig vom Eigentum – in Kooperativen zusammengefasst. So wurden alle Traktoren von der Regierung requiriert und – vergleichbar den Maschinen-Traktor-Stationen in der Sowjetunion – in jedem Bezirk bereitgestellt. Allerdings mangelte es sehr bald an Treibstoff. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter wurden Standardlöhne eingeführt: Saisonarbeiter erhielten zwischen 600 und 700 Dinar täglich (oder 30 kg Weizen bzw. 40 kg Mais), auf einem Bauernhof ständig beschäftigte Arbeiter erhielten monatlich 7000 Dinar sowie Verpflegung und Unterkunft. Die kleinen Pächter erhielten ein Achtel der Ernte und 5 % der gedroschenen Frucht. Die Belgrader Regierung war zwar durchaus gewillt, kooperative und private Initiativen in der Landwirtschaft der Vojvodina zuzulassen: „[...] State, private, and cooperative initiative – all must play a part. [...] Nevertheless, the state must play the leading part in the economic life of the country and direct the general economic plan. In any case, the state, with the property and undertakings it has sequestered from national enemies, will be the most powerful entrepreneur in the country. [...]“ Das galt natürlich nicht nur für die Vojvodina, sondern für ganz Jugoslawien.³⁰⁷⁴

Die Opferbilanz der Jugoslawien-Deutschen

Der Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974 über „Vertreibungsverbrechen“ gegenüber den Jugoslawien-Deutschen differenzierte zwischen Opfern sowjetischer Ausschreitungen und Opfern jugoslawischer Ausschreitungen. Die Gewaltakte der Roten Armee, die im Oktober und November 1944 die deutschen Siedlungsgebiete in der Vojvodina durchzog, sind unter Erschießungen, Vergewaltigungen und Plünderungen zusammenzufassen, die jedoch zahlenmäßig nicht mehr zu erheben sind. Völkerrechtswidrig waren auch die Deportationen von etwa 12.000 arbeitsfähigen Deutschen – unter ihnen zwei Drittel jüngere Frauen – in die Sowjetunion, die etwa 2000 Personen nicht überlebten.³⁰⁷⁵

Unmittelbar nach der Übernahme der Militärherrschaft durch die jugoslawischen Partisanen im Banat, der Batschka, Syrmien und der Baranja begannen sofort Massenverhaftungen von ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, der Deutschen

³⁰⁷⁴ Ebenda.

³⁰⁷⁵ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48; Verbrechen an den Deutschen, 117-120.

Mannschaft und der Volksgruppenorganisationen (einschließlich der Frauen) sowie der deutschen Bürgermeister und ihrer Verwaltungsbeamten, aber auch von Akademikern, Lehrern, wohlhabenden Bürgern und Bauern. Die Verhafteten wurden in Gefängnisse und Verliese geworfen, bei Verhören brutalst misshandelt, sodann geschlossen zu einem vorher ausgehobenen Graben außerhalb der Gemeinde getrieben und dort erschossen. In dieser und ähnlicher Weise wurden im Oktober und November 1944 in Werschetz (Vršac) mindestens 550, in Groß-Kikinda (Kikinda) über 500, in Groß-Betschkerek (Zrenjanin) mehr als 300, in Pantschowa (Pančevo) mindestens 300, in Deutsch-Zerne etwa 230, in Kubin (Kovin) mindestens 200, in Homolitz (Omoljica) etwa 180, in Bawanische (Bavanište) 120, in Startschowa (Starčevo) über 100, in Weißkirchen (Bela Crkva) etwa 80 Menschen erschossen oder erschlagen, im westlichen Banat zusammen nahezu 3000. In der Batschka und in Syrmien wurde diese „Aktion Intelligencija“ weniger „flächendeckend“ durchgeführt, dennoch wurden in Hodschag (Odžaci) nahezu 380 Menschen, in Semlin (Zemun) an die 250, in Filipowa (Filipovo) über 220, in Palanka (Bačka Palanka) über 250, in Kischker (Bačko Dobro Polje) etwa 140, in Bajmok und Werbaß (Vrbas) je über 100, in Sombor knapp 100 und in Apatin über 50 Donauschwaben getötet. Erschießungen oder Tötungen wurden aus insgesamt 117 Gemeinden berichtet. Mindestens in gleichem Ausmaße fanden Massenerschießungen in den seit Oktober 1944 zur Internierung und für den Arbeitseinsatz der Deutschen angelegten Lagern statt, z. B. in Kikinda, Groß-Betschkerek und Werschetz. Anfang Dezember 1944 wurden diese Massenerschießungen – angeblich auf sowjetischem Einspruch hin – eingestellt.³⁰⁷⁶

In Kroatien und Slawonien war vor der erst im April 1945 erfolgten Besetzung der deutschen Siedlungsgebiete durch die Partisanen die überwiegende Mehrheit der Deutschen evakuiert worden. Im April 1945 dürften daher nur mehr etwa 20.000 Deutsche anwesend gewesen sein. In den einzelnen Ortschaften kam es auch hier zunächst zu Erschießungen aufgegriffener Deutscher, dann Anfang Mai zur Deportation in Lager – vor allem ins Lager Valpovo –, wo weitere Erschießungen stattfanden.³⁰⁷⁷

In der von den Partisanen erst Anfang Mai 1945 besetzten Untersteiermark kam es ebenfalls sofort zu Massenverhaftungen und Massenerschießungen unter den noch nicht geflüchteten Deutschen, und zwar in der Gegend von Rann (Brežice), am Stadtrand von Cilli (Celje), in Gonobitz (Konjice), Windischfeistritz (Slovenska Bistrica) und Mahrenberg (Radlje ob Dravi), in den Panzergräben bei Marburg-Thesen (Maribor-Tezno) und in der Männerstrafanstalt von Marburg. Hier wurden allein am 6. Dezember 1945 als Vergeltung für die Explosion eines

³⁰⁷⁶ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 48f.; vgl. die genauen Angaben in: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, hg. von Karl Weber, Band IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen zu Verbrechen an den Deutschen durch das Tito-Regime in der Zeit von 1944-1948 (München – Sindelfingen 1994) 970f. (Karte).

³⁰⁷⁷ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

Munitionswaggons, die als deutscher Sabotageakt ausgelegt wurde, 200 bis 300 Deutsche erschossen.³⁰⁷⁸

Personen deutscher Volkszugehörigkeit dürften in etwa 1500 Lagern und Gefängnissen zusammengepfercht worden sein. Nach Hunderten von Augenzeugenberichten dürfte die Mehrzahl der Lagerinsassen aus Frauen, Kindern und Säuglingen sowie aus alten Leuten bestanden haben. Auf Grund von Misshandlungen brutalster Art wie Auspeitschungen, mehr noch infolge der unmenschlichen Zustände, der völlig unzureichenden Ernährung, der mangelhaften ärztlichen Versorgung und der hierdurch entstandenen Seuchen gab es unter den Internierten Zehntausende Sterbefälle. Besonders hohe Todesquoten sind für einige „Todeslager“ in der Vojvodina überliefert: So sind von den etwa 33.000 Lagerinsassen in Rudolfsgrad (Knićanin) am linken Ufer der Theiß nach den Aufzeichnungen eines Lagerarztes 9503 Personen gestorben, von den etwa 18.000 Lagerinsassen in Gakowa (Gakovo) nördlich von Sombor ca. 8800, von den ebenfalls etwa 18.000 Lagerinsassen in Jarek (Bački Jarek) 6400 und von den etwa 10.000 Lagerinsassen in Kruschiwl (Kruševlje) rund 3000. Bis heute blieb ungeklärt, weshalb die jugoslawische Führung diesen Völkermord geschehen ließ.³⁰⁷⁹

Nach der zwischen 1990 und 1995 entstandenen vierbändigen Dokumentation „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien“ fielen zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 rund 195.000 Donauschwaben (90.000 aus dem westlichen Banat, 80.000 aus der Batschka und 25.000 aus Syrmien, der Baranja, Slawonien und Kroatien) unter die neue kommunistische Herrschaft; dazu sind etwa 10.000 Gottscheer, Untersteirer und Oberkrainer zu zählen. Von den etwa 170.000 internierten deutschen Zivilpersonen verstarben etwa 51.000 in den „Todes“- und Arbeitslagern, davon 48.700 Donauschwaben und 2300 Sloweniendeutsche. Bereits zwischen 1941 und 1944 waren rund 1500 Jugoslawien-Deutsche bei Partisanenüberfällen ums Leben gekommen, zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 fielen etwa 9500 Massenerschießungen zum Opfer. Von den in die Sowjetunion Deportierten verstarben etwa 2000 Personen. Insgesamt kamen also im Zuge der Deportations- und Vertreibungsmaßnahmen des Tito-Regimes knapp 60.000 Donauschwaben und etwa 3000 Sloweniendeutsche gewaltsam ums Leben, fast ein Drittel der in ihrer Heimat verbliebenen volksdeutschen Zivilpersonen. Von den 93.000 zur SS, zur Honvéd, zum kroatischen Militär oder zu diversen Heimatschutztruppen einberufenen Donauschwaben fielen 26.000 Soldaten, von den Tausenden zur Wehrmacht eingezogenen Slowenien-Deutschen einige Hundert.³⁰⁸⁰

³⁰⁷⁸ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50.

³⁰⁷⁹ Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, 50f. Von den Opfern in Rudolfsgrad sind 7767 namentlich bekannt, von denen in Gakowa 5827, von denen in Jarek 5240, von denen in Kruschiwl 2103 und von denen in Molidorf 2012. Vgl. Leidensweg der Deutschen, IV.

³⁰⁸⁰ Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermords, hg. vom Arbeitskreis Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung (München 1998) 4f.

Von den im Zweiten Weltkrieg und in den ersten Nachkriegsjahren gewalt-
sam ums Leben gekommenen rund 85.000 Donauschwaben konnten mittler-
weile 60.225, d. h. gut 70 %, namentlich festgestellt werden. Im Band IV der
Dokumentation „Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien“
werden die Namen und Zahlen der deutschen Menschenverluste in Jugoslawien
(mit Ausnahme Sloweniens) in der Zeit von 1944 bis 1948 genau dokumentiert.
Gegliedert nach den großen Siedlungsgebieten Banat, Batschka, Baranja, Syrmien,
Slawonien/Kroatien und Bosnien werden für 333 Heimatorte die Zivilopfer
vor der Internierung (meist im Herbst 1944 Erschossene und Selbstmorde), die
Zivilopfer in den Todeslagern (Gakowa/Gakovo, Jarek/Bački Jarak, Kruschiwl/
Kruševlje, Molidorf/Molin, Rudolfsgnad/Knićanin), die Zivilopfer in den Inter-
nierungslagern, die Zivilopfer in den UdSSR-Zwangsarbeitslagern, die Zivilopfer
durch direkte Kriegseinwirkungen (wie etwa Bomberangriffe) und die Soldaten-
opfer (Gefallene, Vermisste, in der Gefangenschaft Umgekommene, im Lazarett
Gestorbene, in Jugoslawien Erschossene) aufgelistet. Nach den Verzeichnissen
und entsprechenden Hochrechnungen hatten die Donauschwaben im westlichen
Banat rund 35.500 Zivil- und Soldatenopfer zu beklagen, in der Batschka 31.800,
in der Baranja 2400, in Syrmien 6900, in Slawonien und Kroatien rund 7000 und
in Bosnien 1300, zusammen also 84.900.³⁰⁸¹

³⁰⁸¹ Im „Leidensweg der Deutschen“, IV, sind folgende Internierungslager angeführt: Agram/Zagreb, Albertsdorf/Grabovac, Alibunar, Altkanischa/Stara Kanjiža, Alt-Futog/Futak, Altker/Zmajev, Apatin, Apfeldorf/Jabuka, Badinska Skela, Banat-Brestowatz/Banatski Brestovac, Banater Hof/Banatski Dvor, Batsch-Brestowatz/Bački Brestovac, Batsch-Sentiwan/Prigrevica, Banater Topola/Banatska Topola, Belgrad/Beograd, Beodra, Beschanja/Bežanja, Beschka, Besni Fok, Neu-Betsche/Novi Bečej, Betschmen/Bečmen, Boka, Bor, Botschar/Bočar, Čačinci, Čalma, Charleville/Banatsko Veliko Selo, Crljane, Debeljača, Deliblato, Deutsch-Elemer/Elemir, Deutsch-Zerne/Nova Crnja, Djakovo, Dobanovci, Dubovac, Ernsthausen/Banatski Despotovac, Esseg/Osijek, Etschka/Ečka, Filipowa/Filipovo, Franzfeld/Kačarevo, Franztal/Novigrad, Gajdobra, Georgshausen/Velika Greda, Glogon/Glogonj, Gospodjinci, Groß-Betschkerek/Veliki Bečkerek/Zrenjanin, Groß-Kikinda/Velika Kikinda, Heideschütz/Hajdučica, Heufeld/Novi Kozarci, Hodschag/Odžaci, Homolitz/Omoljica, India/Indjija, Ittebe, Ivanjica, Jasenovo, Josipovac, Karlsdorf/Banatski Karlovac, Kathreinfeld/Topolovac, Kerndia/Krndija, Kernei/Kljajićevo, Klek, Kribenac, Kubin/Kovin, Kudritz/Gudurica, Kula, Kumanovo, Laibach/Ljubljana, Lazarfeld/Lazarevo, Legin, Maria-Theresiopel/Subotica, Mastort/Novi Kozarci, Melenci, Mirkovac, Mitrowitz/Sremska Mitrovica, Modosch/Jaša Tomić, Mramorak, Nakodorf/Nakovo, Neusatz/Novi Sad, Neusin/Neuzina, Obrenovac, Orolik, Ostrovo, Palanka/Bačka Palanka, Pantschowa/Pančevo, Pardan/Medja, Perles/Perlez, Peterwardein/Petrovaradin, Popovac/Ban, Ruma, St. Georgen/Žitište, St. Hubert/Banatsko Veliko Selo, Sarajevo, Schowe/Ravo Selo, Schurjan/Šurjan, Schuschara/Šušara, Sekitsch/Sekić/Lovčenac, Semlin/Zemun, Setschan/Sečanj, Setschanfeld/Dužine, Sigmundfeld/Lukićevo, Sladica, Sladna Greda, Slakovci, Smederevo, Soltur/Banatsko Veliko Selo, Sombor, Stanischitsch/Stanišić, Stara Moravica, Startschowa/Starčevo, Stefansfeld/Krajišnik, Titel, Torschau/Savino Selo, Towarnik, Tschestereg/Čestereg, Tschonopel/Čonoplja, Ulma, Valpovo, Vlajkovac, Vodjinci, Vrdnik, Weißkirchen/Bela Crkva, Wekerle, Weprowatz/Kruščić, Werbaß/Vrbas, Werschetz/Vršac, Wukowar/Vukovar, Zenta/Senta und Zichydorf/Plandište.

Von der vor dem Zweiten Weltkrieg etwa 500.000 Personen zählenden deutschen Volksgruppe in Jugoslawien waren bereits bis Kriegsende mindestens 200.000 Personen nach Österreich und Deutschland evakuiert worden oder vor der Roten Armee bzw. den Partisanen geflüchtet. Nach Hinrichtung von etwa 7000 Personen durch die Partisanen und Verschleppung von über 12.000 jüngeren Männern und Frauen zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion wurden im Winter und Frühjahr 1945 nahezu 150.000 Personen – überwiegend ältere Leute sowie Frauen mit kleinen Kindern – in Hunger- und Arbeitslagern zusammengepfercht, in denen etwa 50.000 elend zugrunde gingen. Von den über 90.000 Soldaten fielen oder starben über 26.000. Von den etwa 29.000 Sloweniendeutschen waren bei Kriegsende etwa 15.000 nach Österreich geflüchtet, weitere Tausende wurden noch im Mai 1945 über die Grenze getrieben, etwa 10.000 wurden vor allem in den beiden berüchtigten Konzentrationslagern Sterntal (Strnišče, heute Kidričevo) bei Pettau (Ptuj) und Tüchern (Teharje) bei Cilli interniert. Zwischen 2000 und 3000 Deutsche dürften in diesen Lagern und durch Massenerschießungen ihr Leben verloren haben, der größere Teil der Überlebenden wurde 1946 und 1947 zwangsausgesiedelt. Im Jänner 1948 wurden daher in Österreich bereits 139.539 „Jugoslawiendeutsche“ gezählt, im Herbst 1950 in der Bundesrepublik Deutschland schon 163.162, in der DDR etwa 15.000, zusammen also deutlich über 300.000. Nach der jugoslawischen Volkszählung vom 15. März 1948 blieben hingegen in der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien insgesamt nur mehr 55.337 „Deutsche“ zurück.³⁰⁸²

³⁰⁸² WEHLER, Nationalitätenpolitik (1980); NEČAK, „Nemci“ na Slovenskem, 173-183; KARNER, Volksgruppe, 26, 172; SUPPAN, Adria, 417-422; WILDMANN, Verbrechen (1998); JANJETOVIĆ, Hitler, 335-346.

Tabelle 25: Die Gesamtverluste aller Donauschwaben in Jugoslawien 1941-1948

UMGEKOMMENE	Banat	Batschka	Baranja	Syrmien	Slawonien/ Kroatien	Bosnien	Serbien	GESAMT
von 1941 bis zur Internierung	3.885	1.864	50	1.330	720	110	70	8.049
während der Internierung in Jugoslawien 1944-1948	21.840	20.797	1.520	1.795	2.205	130	130	48.447
auf der Flucht aus der Internierung	80	96	19	30	15			240
im ehemaligen Jugoslawien zusammen	25.805	22.757	1.589	3.155	2.940	240	200	56.736
in der UdSSR während der Zwangsarbeit	825	1.169						1.994
außerhalb Jugoslawiens und der UdSSR	47	115	14	107	101	211	10	605
Zivilpersonen zusammen	26.677	24.041	1.603	3.262	3.041	451	210	59.335
Soldaten	8.804	7.748	794	3.662	3.926	850	250	26.064
Gesamtzahlen der Umgekommenen	35.481	31.789	2.397	6.924	6.967	1.301	460	85.399

Quelle: Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien, Band IV: Menschenverluste – Namen und Zahlen (München 1994) 1014. Die Statistik setzt sich aus Zählungen der namentlich dokumentierten umgekommenen Zivilpersonen und Soldaten sowie aus Hochrechnungen zusammen. Unter den umgekommenen Zivilpersonen befanden sich 28.260 Frauen, 25.206 Männer und 5869 Kinder.